Ahmed Aly Doghiem

TECHNISCHE, EXPORT- UND KAPITALHILFE ALS MITTEL ZUR FÖRDERUNG DES WACHSTUMS IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

1974

1975

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547208_0032

Technische, Export- und Kapitalhilfe als Mittel zur Förderung des Wachstums in Entwicklungsländern

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung
des akademischen Grades eines Doktors der
Wirtschaftswissenschaft durch den
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Diplom Volkswirt Ahmed Aly Doghiem
aus Ägypten (Kairo)

Münster (Westf.) 1975

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

1. Berichterstatter: Prof. Dr. E. Boettcher

2. Berichterstatter: Prof. Dr. H. St. Seidenfus

Dekan: Prof. Dr. D. Adam

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juli 1974

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung: Vorwort und Definitionen	1
A. Vorwort	1
B. Definition einiger wichtiger Begriffe	3
a. Wachstum	3
b. Entwicklungsländer	4
I. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen an Entwicklungsländer	6
1. Determinanten des Wachstums in Entwicklungsländern	6
2. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus	11
3. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen vom Standpunkt der hochentwickelten Volkswirtschaften aus	12
II. Formen der drei Hilfen	15
1. Formen der technischen Hilfe	15
1.1. Formen der Hilfe im Bereich "human capital"	17
1.1.1. Ausbildungshilfe	17
1.1.1.1. Ausbildung im Inland	18
1.1.1.2. Ausbildung im Ausland	22
1.1.2. Medizinische Hilfe	25
1.2. Personalhilfe	27

Seite

2. Formen der Exporthilfe 28

2.1. Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten 29

2.2. Preisstabilisierung 34

3. Formen der Kapitalhilfe 36

3.1. Direktinvestition 38

3.2. Kredithilfe für Realkapitalinvestitionszwecke 40

3.2.1. Bilaterale Kredithilfe 40

3.2.2. Multilaterale Kredithilfe 42

III. Mögliche Wirkungen der drei Hilfen auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern 48

1. Wirkungen der technischen Hilfe 48

1.1. Einfluß auf das Wachstum der Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte 49

1.2. Einfluß auf das Wachstum des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens 53

2. Wirkungen der Exporthilfe 78

3. Wirkungen der Kapitalhilfe 81

4. Zusammenwirken der drei Hilfen 93

Seite

IV. Maßnahmen zur Vergrößerung des durch die drei Hilfen sich ergebenden Förderungsausmaßes des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern 97

1. Betreiben nur von günstiger Außenhandelspolitik in den Entwicklungsländern 99

2. Realisierung von richtiger bzw. günstiger Struktur der Hilfsform Ausbildung 104

3. Förderung bzw. Erweiterung verschiedener Formen der drei Hilfen 122

3.1. Förderung der Hilfsform Ausbildung im Ausland 123

3.2. Erweiterung der Personalhilfe 129

3.3. Weitere Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten 132

3.4. Förderung der Hilfsform Preisstabilisierung 134

3.5. Förderung der Direktinvestition 135

3.6. Vermehrung der Nettokredite 142

Schlußfolgerungen 150

Literaturverzeichnis 153

Tabellenverzeichnis

Tabelle		Seite
1	Zahlen des französischen Personals der Ausbildungshilfe, 1965	21
2	Übersicht über Konditionen einiger internationaler Entwicklungshilfe-Organisationen	45
3	Das Verhalten der jährlichen Direktnettoinvestition in der Zeit	82
4	Die Werte für R_L für gegebene Größen von a, r und i (in Prozentsätzen)	88
5	Das Verhalten von R in der Zeit für gegebene Größen von a, r und i (in Prozentsätzen)	90
6	Die durch Ausbildungspolitik (a) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland	109
7	Die durch Ausbildungspolitik (b) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland	117

Einführung: Vorwort und Definitionen

A. Vorwort

Es ist das Ziel der Wirtschaftspolitik eines jeden Entwicklungslandes, ein langfristiges, angemessenes Wirtschaftswachstum zu erzielen.

Die Entwicklungsländer vermögen aber aus bestimmten Gründen, die später noch dargelegt werden sollen, allein und aus eigenen Kräften, d.h. ohne Hilfe von außen bzw. von hochentwickelten Volkswirtschaften, keine angemessene Wachstumsrate zu realisieren. Wie noch gezeigt werden wird, brauchen Entwicklungsländer zur Realisierung eines langfristigen, angemessenen Wachstums Hilfen, die einer Verbesserung des Gesundheitszustandes und des Ausbildungsstandes bzw. einer wesentlich schnelleren Erhöhung der Zahl der Ausgebildeten, sowie einer entscheidenden Vergrößerung ihrer jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dienen. Dazu dienen technische, Export- und Kapitalhilfen in verschiedenen Formen. Aus diesem Grunde bitten Entwicklungsländer hochentwickelte Volkswirtschaften um solche Hilfen in ihren verschiedenen Formen. Deshalb und weil hochentwickelte Volkswirtschaften sich aus bestimmten Gründen, wie wir später zeigen werden, für Entwicklungsländer bzw. für ihr Wirtschaftswachstum interessieren, werden die drei Hilfen[1] in verschiedenen Formen an Entwicklungsländer gewährt und zwar auf verschiedene Weisen, d.h. direkt, sowie über internationale Organisationen.

---

1 Wenn wir auch im folgenden die drei Hilfen sagen, meinen wir immer die technische, die Export- und die Kapitalhilfe.

Der Umfang dieser Hilfen ist von Entwicklungsland zu Entwicklungsland verschieden. Die wichtigste Ursache dafür besteht darin, daß es große Unterschiede zwischen diesen Ländern gibt[1], d.h., daß der Grad der Hilfsnotwendigkeit in verschiedenen Bereichen bzw. in verschiedenen Formen von Entwicklungsland zu Entwicklungsland unterschiedlich ist.

Das erste Kapitel dieser Arbeit begründet die Notwendigkeit für Hilfen an Entwicklungsländer, d.h. die Gründe, warum Entwicklungsländer ohne Hilfen von hochentwickelten Volkswirtschaften keine angemessene Wachstumsrate erzielen können, sowie Gründe, aus denen sich hochentwickelte Volkswirtschaften für Entwicklungsländer bzw. für ihr Wachstum interessieren. Dann werden wir in dem zweiten Kapitel Formen der drei Hilfen darlegen. Im dritten Kapitel werden wir mögliche Wirkungen der drei Hilfen auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern erörtern. Schließlich wird gezeigt, durch welche Maßnahmen es ermöglicht wird, daß die drei Hilfen ein erheblich größeres Förderungsausmaß des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern als bisher realisieren (Kapitel IV).

---

1 Die Unterschiede zwischen einzelnen Entwicklungsländern sind oft - wie Prof. Sohn mit Recht sagt - größer als zwischen diesen und einer Gruppe von Industriestaaten.
Siehe K.-H. Sohn, Entwicklungspolitik, Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe, München 1972, S. 8.

B. Definition einiger wichtiger Begriffe

An den Anfang unserer Untersuchung wollen wir einige Definitionen stellen.

a. Wachstum

Nach Kuznets[1] ist Wachstum als eine andauernde Zunahme im Volumen einer Einheit definiert. Man Unterscheidet zwischen meßbarer Einheit (vor allem Realvolkseinkommen und Realeinkommen pro Kopf) und unmeßbarer Einheit (wie z.B. Gesamtwohlfahrt). Eine unmeßbare Einheit ist offenbar unzweckmäßig. Zugleich kann man hier in dieser Arbeit Realeinkommen pro Kopf als Einheit, an der das Wachstum gemessen werden kann, nicht wählen, da mit dem Thema dieser Arbeit gemeint ist, daß Entwicklungsländer auch ohne Hilfe von außen bzw. von hochentwickelten Volkswirtschaften Wachstum erzielen können[2] und, wie wir wissen, können Entwicklungsländer ohne Hilfe von Industriestaaten nur Zunahme des Realvolkseinkommens und keine Zunahme des Realeinkommens pro Kopf erreichen.

Aus obiger Überlegung wird Wachstum im folgenden als Zunahme des Realvolkseinkommens verstanden[3].

---

1 S. Kuznets, On Comparative Study of Economic Structure and Growth of Nations, in: The Comparative Study of Economic Growth and Structure, National Bureau of Economic Research, New York 1959, S. 162.

2 Das Thema heißt ja: "Technische, Export- und Kapitalhilfe als Mittel zur 'Förderung' des Wachstums in Entwicklungsländern" und nicht: "... als Mittel zur 'Schaffung' des Wachstums in Entwicklungsländern".

3 Vgl. G. Jaszi, The Measurement of Aggregate Economic Growth, in: Review of Economics and Statistics, Vol. XLIII, 1961, S. 317-332 und K. Rose, Grundlagen der Wachstumstheorie, Göttingen 1971, S. 9.

b. Entwicklungsländer[1,2,3]

In der Literatur ist Entwicklungsland ("developing country") durch folgende Tatbestände charakterisiert:[4]

1. Niedriges Realeinkommen pro Kopf;

2. kleine Sparquote;

3. niedriger Ausbildungsstand;

4. geringe Arbeitsproduktivität;

---

1 Die Bezeichnung "Entwicklungsländer" ist eine diplomatische Bezeichnung für unterentwickelte Länder. Prof. Predöhl nennt diese Bezeichnung mit Recht einen verschämten Ausdruck der Diplomatensprache, weil sich auch die höchstentwickelten Industriestaaten in einer permanenten Weiterentwicklung befinden.
Vgl. A. Predöhl, Die sogenannten Entwicklungsländer in der Entwicklung der Weltwirtschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 119. Bd., 1963, S. 313.

2 Entwicklungsländer sind folgende Gebiete: die afrikanischen Länder (mit Ausnahme der "weißen Teile von Südafrika), die Länder Asiens (mit Ausnahme Japans), Teile Süd- und Südosteuropas sowie Süd- und Mittelamerikas (u.U. mit Ausnahme Argentiniens und Uruguays).
Siehe Gablers, Wirtschaftslexikon, Hrsg. von R. Sellien und H. Sellien, 1. Bd., 8.Aufl., Wiesbaden 1971, S. 1197.

3 Mehr als zwei Drittel der Mitgliedstaaten der UNO sind Entwicklungsländer. Auch daher beschäftigt sich die UNO sehr u.a. mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dieser Länder.
Vgl. H.M. Schmid, Neue Aspekte der Entwicklungspolitik, in: Die Neue Gesellschaft, Hrsg. von Willy Brandt u.a., 20. Jahrgang, September 1973, S. 665 f.

4 Vgl. z.B. H. Hesse, Der Außenhandel in der Entwicklung unterentwickelter Länder unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, (Diss.), Hrsg. von W. Hoffmann in Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung, Tübingen 1961, S. 1.

5. überragende Bedeutung des Agrarsektors gegenüber den anderen Sektoren;

6. versteckte Arbeitslosigkeit.

Die Frage ist nun, ob alle diese Tatbestände für alle Entwicklungsländer charakteristisch sind. Wenn nein, welcher Tatbestand bzw. welche Tatbestände ist bzw. sind dann für diese Länder allgemein charakteristisch?

Tatsache ist, daß es sich trotz eines Zutreffens des Gegenteils vom Tatbestand1,2,4 oder (und) 5 oder (und) trotz eines Fehlens vom Tatbestand 6 um ein Entwicklungsland handeln kann, wie es der Fall ist bei einigen Entwicklungsländern, wie z.B. Kuwait. Das bedeutet, daß kein Tatbestand von diesen fünf Tatbestände für die Entwicklungsländer allgemein ckarakteristisch ist.

Wenn aber das Gegenteil des Tatbestandes 3 zutrifft, kann es sich dann erfahrungsgemäß nicht um ein Entwicklungsland handeln. Das heißt, daß dieser Tatbestand, d.h. niedriger Ausbildungsstand, für die Entwicklungsländer allgemein charakteristisch ist.

Man kann also die Entwicklungsländer wie folgt definieren:
Entwicklungsländer sind die Länder mit niedrigem Ausbildungsstand.[1]

---

1 Zur Problematik der Messung des Ausbildungsstandes in einem Land siehe z.B. W. Hosak, Der Einfluß der Größe der Entwicklungsländer auf einige wichtige Determinanten ihres wirtschaftlichen Wachstums, Eine empirisch-interregionale Untersuchung, (Diss.), o.O., 1966, S. 74 ff.

I. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen an Entwicklungsländer

Wie wir bereits gesagt haben, sollen Hilfen an Entwicklungsländer gewährt werden, weil diese ohne Hilfen von hochentwickelten Volkswirtschaften keine angemessene Wachstumsrate erzielen können (diese Gründe sind also offenbar Gründe für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus), zudem aber auch, weil auch die hochentwickelten Volkswirtschaften sich für Entwicklungsländer bzw. für ihr Wachstum interessieren (diese Gründe sind also offensichtlich Gründe für Hilfen vom Standpunkt der hochentwickelten Volkswirtschaften aus).

Zunächst wollen wir uns mit den Gründen für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer und dann mit den Gründen für Hilfen vom Standpunkt der Industriestaaten aus beschäftigen.

Für eine Betrachtung der Gründe für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus bzw. der Gründe, aus denen Entwicklungsländer ohne Hilfen von Industriestaaten keine angemessene Wachstumsrate realisieren können, ist es aber zweckmäßig, zunächst Determinanten des Wachstums in Entwicklungsländern darzulegen.

1. Determinanten des Wachstums in Entwicklungsländern

Prof. Schneider[1] meint mit Recht, daß produktionstheoretische Hypothesen, die das Wirtschaftswachstum

---

1 H.K. Schneider, Wirtschaftspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie, in: Beiträge zur Wachstumspolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 55, 1970, S. 37.

ausschließlich durch Kapitalakkumulation und vermehrten Arbeitseinsatz erklären, unbrauchbar sind, da sie entscheidende Determinanten des Wachstums nicht erfassen.
Die Wachstumsdeterminanten sind in der Tat zahlreich.[1] Wir wollen uns hier aber nur auf die wichtigsten Determinanten beschränken.

Das Wachstum des Sozialprodukts ($\dot{O}$) ist eine Funktion der Neuinvestitionen ($\dot{K}$), des vermehrten Arbeitseinsatzes ($\dot{B}$) und der Restgröße[2] bzw. des Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ($\dot{P}$)[3]:

$$(1) \qquad \dot{O} = f(\dot{K}, \dot{B}, \dot{P})$$

Neuinvestitionen bestehen aus inländischen (privaten und öffentlichen) und ausländischen (privaten und öffentlichen) Neuinvestitionen, d.h.:

$$(2) \qquad \dot{K} = I = I_{inl.} + I_{ausl.}$$

Das Ausmaß der inländischen privaten Neuinvestitionen hängt ab von Investitionsneigung und -fähigkeit der inländischen privaten Investoren. Die Investitions-

---

1 Vgl. F. Benham, Economic Aid to Underdeveloped Countries, London, New York, Toronto 1961, S. 15.

2 Vgl. D. Lorenz, Über einige Beziehungen zwischen technischem Fortschritt, Außenhandel und Wachstum, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 86. Jahrgang, I. Halbband, Berlin 1966, S. 257.

3 Vgl. H. Hesse und B. Gahlen, Das Wachstum des Nettoinlandprodukts in Deutschland, 1850-1913, Berechnung von makroökonomischen Produktionsfunktionen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 121. Bd., Tübingen 1965, S. 461; L. Johansen, Production Functions, An Integration of Micro and Macro, Short Run and Long Run Aspects, Amsterdam, London 1972, vor allem S. 230 ff; S. Kuznets, Economic Growth of Nations, Total Output and Production Structure, Cambridge, Massachusetts 1971, S. 52 und S. Kuznets, Modern Economic Growth, Rate, Structure and Spread, New Haven, London 1966, S. 72.

neigung dieser Investoren hängt vom Gewinn ab.[1] Die Investitionsfähigkeit dieser Investoren hängt ab von den Devisenmengen, die sie kaufen können, um Kapitalgüter zu importieren.
Normalerweise wird der Teil der jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen des Entwicklungslandes, - der durch private Unternehmer nicht ausgenutzt wird, ganz gleich wie groß er ist, - ganz durch den Staat im Entwicklungsland zum Importieren von Kapitalgütern für den öffentlichen Sektor ausgenutzt.[2,3] Das bedeutet, daß die für die Einfuhr von Kapitalgütern jährlich verfügbaren Devisenmengen normalerweise ganz zum Importieren von solchen Gütern ausgenutzt werden, selbst wenn die private Neuinvestition gleich null wäre. D.h., daß das Ausmaß der inländischen Neuinvestitionen in Entwicklungsländern praktisch nur von den jährlichen Devisenmengen (D) abhängig ist, die von den für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen

---

1 Eigentlich hängt die Investitionsneigung der privaten Investoren von den Erwartungen über den zukünftigen Gewinn ab. Die Erwartungen über den zukünftigen Gewinn werden entscheidend beeinflußt von der aktuellen Höhe des Gewinns. Die Investitionsneigung der privaten Investoren hängt also von der aktuellen Höhe des Gewinns - sagen wir kurz vom Gewinn - ab.

2 Mehr als 50 Prozent - manchmal auch nahezu 100 Prozent - der Investitionen in Entwicklungsländern werden von der öffentlichen Hand getätigt. Siehe K.-H. Sohn, Zur Einkommens- und Verteilungspolitik in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 25. Jahrgang, Köln 1972, S. 389.

3 Der Staat im Entwicklungsland verhält sich so, weil er sich für die Entwicklung seiner Volkswirtschaft verantwortlich fühlt.
Vgl. W.F. Stolper, Budget, Economic Policy, and Economic Performance in Underdeveloped Countries, (Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), Hrsg. von H. Giersch, N.F. Bd. 69, Tübingen 1971, S. 10.

nach Abzug der für die Durchführung der Ersatzinvestitionen erforderlichen Devisenmengen übrigbleiben, d.h.:

(3) $$I_{inl.} = f(D)$$

Dagegen betrachten wir die ausländischen Neuinvestitionen hier, d.h. bei unserer Betrachtung von Wachstumsdeterminanten in Entwicklungsländern, als autonom, also:

(4) $$I_{ausl.} = \text{autonom}$$

Wie wir schon wissen, hängt das Wirtschaftswachstum auch von dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ab. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität kann erhöht werden vor allem durch Verbesserung der Arbeitsqualität, d.h. Verbesserung des Ausbildungsstandes ($\dot{A}$) und des Gesundheitszustandes ($\dot{G}$), durch bessere Qualität der Bruttoinvestitionen ($\dot{Q}_{I_b}$), d.h. durch bessere Qualität der Neuinvestitionen und der Ersatzinvestitionen, und durch Veränderung der Wirtschaftsstruktur[1] zuungunsten des Agrarsektors[2](primären

---

1 Die Wirtschaftsstruktur läßt sich in einen primären, sekundären und tertiären Sektor gliedern. In allen drei Sektoren finden sich Zweige, die zur Infrastruktur gerechnet werden.
Vgl. z.B. C. Clark, The Conditions of Economic Progress, 1. Aufl., London 1940 und E. Tuchtfeldt, Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 54, 1970, S. 130 f.

2 Lewis bezeichnet den Agrarsektor als "subsistence" Sektor und den Industriesektor als "capitalist" Sektor. Mit Recht sagt Petralias aber, daß die Existenz von Enklavenstrukturen, von kommerzialisierten Verhältnissen etc. diese Terminologie von Lewis analytisch und empirisch unbrauchbar macht.
Siehe W.A. Lewis, Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, in: A.N. Agarwala and S.P. Singh, The Economics of Underdevelopment, London 1960, S. 407 ff und N.S. Petralias, Kritische Beiträge zur Theorie der dualistischen Entwicklung, Meisenheim am Glan 1973, S. 1 Fußn. 3.

Sektors) $(\dot{S})$[1]. Demgemäß läßt sich folgende Funktion schreiben:

$$\dot{P} = f\ (\dot{A},\ \dot{G},\ \dot{Q}_{I_b},\ \dot{S}) \tag{5}$$

Aus den obigen Funktionen und der obigen Gleichung bekommt man die folgende Funktion:

$$\dot{O} = f\ (D,\ I_{ausl.},\ \dot{B}^{2)},\ \dot{A},\ \dot{G},\ \dot{Q}_{I_b},\ \dot{S}) \tag{6}$$

Aus der obigen Darlegung ist es zu ersehen, daß Determinanten des Wirtschaftswachstums in Entwicklungsländern sind:

1. Die jährlichen Devisenmengen, die von den für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen nach Abzug der für die Durchführung der Ersatzinvestitionen erforderlichen Devisenmengen übrig--bleiben;
2. ausländische Neuinvestitionen;
3. neue, d.h. zusätzliche, Beschäftigung;
4. Ausbildungsstand;
5. Gesundheitszustand;
6. Qualität der Bruttoinvestitionen;
7. Wirtschaftsstruktur.

---

1 Veränderung der Wirtschaftsstruktur zuungunsten des Agrarsektors hat Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zur Folge, weil die Produktivität in diesem Sektor kleiner als die Produktivität in den anderen Sektoren ist. Vgl. Employment and Economic Growth, (International Labour Office, Studies and Report, N.S. No. 67), Geneva 1964, S. 143.

2 Die Nachfrage nach Arbeit steigt infolge der Neuinvestitionen. Die Beschäftigung kann aber in gleichem Ausmaß wachsen, in dem die Nachfrage nach Arbeit steigt selbstverständlich nur, wenn es für diese zusätzliche Nachfrage Arbeitsangebot gibt. Bekanntlich gibt es aber in Entwicklungsländern große Arbeitsreservearmeen und zugleich steigt die Zahl der erwerbsfähigen Personen relativ schnell als Folge der hohen natürlichen Wachstumsrate der Bevölkerung in diesen Ländern.
Aus der obigen Überlegung ist es ersichtlich, daß das Wachstum der Beschäftigung in Entwicklungsländern praktisch nur von der Steigerung der Nachfrage nach Arbeit abhängt.

2. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus

Unbezweifelbare Tatsache ist, daß ohne Hilfen von Industriestaaten der Ausbildungsstand und der Gesundheitszustand in Entwicklungsländern nur zu niedrig sein können. Unter diesen Umständen kann die Arbeitsproduktivität nur zu niedrig sein und läßt sich eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur zuungunsten des Sektors von niedriger Produktivität, d. h. zuungunsten des Agrarsektors, kaum realisieren, da ein zu niedriger Ausbildungsstand bekanntlich solche Veränderung der Wirtschaftsstruktur verhindert.
Zu niedrige Produktivität bedeutet hohe Kosten. Hohe Kosten haben hohe Preise zur Folge.
Zu niedriger Ausbildungsstand und zu niedriger Gesundheitszustand verursachen also hohe Preise und gleichzeitig hat ein zu niedriger Ausbildungsstand infolge der durch ihn verursachten Ausnutzung nur von sehr altmodischen Maschinen niedrige Qualität und Unmodernität industrieller Güter zur Folge. Unter diesen Umständen importieren die hochentwickelten Volkswirtschaften industrielle Waren aus Entwicklungsländern nicht bzw. nur sehr wenig. Deshalb und weil bekanntlich die Preise von Exporten der Entwicklungsländer von landwirtschaftlichen Gütern sowie mineralischen Rohstoffen - beim Fehlen der Hilfe von außen zur Stabilisierung dieser Preise - mit der Zeit sinken[1], können die Erlöse der Entwicklungsländer aus ihren Exporten in die Industriestaaten nicht groß sein, auch wenn diese Exporte mit der Zeit steigen.

---

1 Vgl. M. Hoffmeyer, Internationale Rohstoffabkommen als Instrument der Weltagrarmärkte, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 102 Bd., 1969, S. 231 ff und A. D. Law, Raw Material Agreements as World Market Instruments in Agriculture, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 108. Bd., 1972, S. 320.

Zugleich ist die Nachfrage der Entwicklungsländer nach industriellen Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln aus den Industriestaaten bzw. der Import der Entwicklungsländer von solchen Waren aus den Industriestaaten bekanntlich relativ groß und mit der Zeit steigt er relativ schnell vor allem wegen der schnellen Steigerung der Bevölkerungszahl in den Entwicklungsländern.

Es zeigt sich also, daß ohne Hilfe von außen die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer nichts anderes als knapp sein können. Unter diesen Umständen können die Neuinvestitionen dieser Länder nur gering sein und damit kann die Beschäftigung nur sehr langsam steigen.

Aus der obigen Darlegung ist es also zu ersehen, daß Entwicklungsländer ohne Hilfen von hochentwickelten Volkswirtschaften keine angemessene Wachstumsrate erzielen können und, daß die Gründe dafür bzw. die Gründe für Hilfen vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus sind:

1) Niedrigkeit des Ausbildungsstandes;

2) Niedrigkeit des Gesundheitszustandes;

3) Knappheit der für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen.

3. Notwendigkeit bzw. Gründe für Hilfen vom Standpunkt der hochentwickelten Volkswirtschaften aus

Wie wir bereits wissen, handelt es sich hier um Gründe, aus denen hochentwickelte Volkswirtschaften sich für Entwicklungsländer bzw. für ihr Wachstum

interessieren. Diese Gründe sind folgende:

1. Möglichkeit der Ausweitung der Märkte und Sicherung des Bezugs der Rohstoffe sowie der Brennstoffe aus Entwicklungsländern durch Beschleunigung des Wachstums dieser Länder

Da bekanntlich jede Volkswirtschaft von einer Ausweitung ihrer Märkte profitiert[1], interessieren sich die hochentwickelten Volkswirtschaften für Ausweitung ihrer Märkte. Daher und weil sich durch Erhöhung der Wachstumsrate in den Entwicklungsländern die Märkte der hochentwickelten Volkswirtschaften ausweiten können[2], interessieren sich die hochentwickelten Volkswirtschaften für das Wachstum in den Entwicklungsländern.

Zugleich sichert die Beschleunigung des Wachstums der Produktion von Rohstoffen und Brennstoffen in den Entwicklungsländern den hochentwickelten Volkswirtschaften ihren Bezug von diesen Gütern aus den Entwicklungsländern in dem von ihnen gewünschten steigenden Ausmaß.

---

1 J.H. Furth, Theorie und Politik der wirtschaftlichen Auslandshilfe, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 4. Bd., 2. Aufl., Tübingen 1965, S. 167.

2 Vgl. W. Scheel, Konturen einer neuen Welt, Schwierigkeiten, Ernüchterung und Chancen der Industrieländer, 1. Aufl., Düsseldorf, Wien 1965, S. 135.

2. Bedürfnis nach politischer Unterstützung durch Entwicklungsländer

Sowohl der Westen als auch der Osten interessieren sich für Entwicklungsländer auch, weil sie politische Unterstützung dieser Länder brauchen, um dadurch ihre Front gegeneinander zu verstärken.

II. Formen der drei Hilfen

Aus der Betrachtung der Gründe, aus denen Entwicklungsländer ohne Hilfe von außen keine angemessene Wachstumsrate erzielen können, ist zu ersehen, daß zur Realisierung angemessener Wachstumsraten in Entwicklungsländern Hilfen notwendig sind, die einer Verbesserung des Gesundheitszustandes und des Ausbildungsstandes bzw. einer wesentlich schnelleren Erhöhung der Zahl der Ausgebildeten, sowie einer entscheidenden Vergrößerung der jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder dienen. Dazu dienen - wie bereits oben gesagt und wie wir sehen werden - technische, Export- und Kapitalhilfe in verschiedenen Formen. Da die Formen der drei Hilfen vielfach und sehr ausführlich in der Literatur[1] dargestellt sind, wollen wir uns auf die wichtigsten Formen der drei Hilfen beschränken und sie in diesem Kapitel nur kurz darlegen.

1. Formen der technischen Hilfe [2,3]

André Page nennt die technische Hilfe "L'investisse-

---

1 Siehe diese Arbeit, Fußn. 3 von dieser Seite, Fußn. 1, S. 28 und Fußn. 2, S. 36

2 Die technische Hilfe ist eigentlich keine reine technische Hilfe. Im Rahmen dieser Hilfe werden Finanzmittel an Entwicklungsländer gewährt. Vgl. U. Köhler und W. Ruf, Die Entwicklungshilfe des gaullistischen Frankreich, in: Frankreichs Entwicklungshilfe, Politik auf lange Sicht?, (Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts), 6. Bd., Köln, Opladen 1967, S. 278 ferner H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer, gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form, Berlin 1963, S.129.

3 Von der Literatur über Formen der technischen Hilfe erwähnen wir folgende:
P. Aich, Farbige unter Weißen, Köln, Berlin 1962;

ment intellectuel".[1] Viele Ökonomen verstehen darunter nur die eine Hilfe auf dem Gebiet der

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

C. Ayari, Some Thoughts on the Crisis of the International Economic Cooperation, in: Obstacles to Growth, Demographic, Economic and Social, (Studies on Developing Countries), ed. by I. Sachs, Vol. 3, Warszawa 1967, S. 61-77; H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, Ein Beitrag zur internationalen technisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Köln, Opladen 1968; Die Entwicklungsländer und unsere Hilfe, Zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU, 2. völlig neu bearbeitete Aufl., Bonn 1961; K. Hesse, Das System der Entwicklungshilfen, Berlin 1969; O. Jäger, Ärztliche Hilfe in Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1960, S. 129-132 und S. 166-167; F. Kappenstein, Landwirtschaftliche Fachausbildung als Entwicklungshilfe, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 20-22; G. Kerckhoff, Die Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, in: Kooperative Entwicklungshilfe, Deutsche und amerikanische Bemühungen beim Aufbau der Entwicklungsländer, (Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik), Hrsg. von H. Besters u.a., 6. Bd., Bielefeld 1969, S. 75-85; R. Mielitz, Studenten aus dem Vorderen Orient, Bericht über eine Studienreise verbunden mit Vorschlägen zur Bewältigung des Ausländerstudiums in Deutschland, (Wirtschaft und Wissenschaft, Arbeitsschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft), Essen-Bredeney 1963; H. von Recum, Bildungsplanung in Entwicklungsländern, Die Regionalpläne der UNESCO, Einführung und Dokumentation, Braunschweig 1966; R.E. Vente, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 1. Bd., Ein Überblick über die technische Hilfe - insbesondere die Ausbildungsprogramme in Industrieländern - Internationaler Organisationen, Europäischer Länder und der USA, Baden-Baden, Bonn 1961 und R.E. Vente, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 2. Bd., Möglichkeiten und Grenzen der Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer in Industrieländern, Baden-Baden, Bonn 1962.

---

1 André Page, L'Investissement intellectuel, in: Tiers-Monde, Revue Trimestrielle, Janvier-Juin

Technik.[1] Wir aber verstehen unter der technischen Hilfe Sozial-, Personal- und Forschungshilfe[2]. Die wichtigsten Formen der Sozialhilfe sind Ausbildungshilfe und medizinische Hilfe. Diese beiden Formen der Sozialhilfe stellen gleichzeitig Formen der Hilfe im Bereich "human capital" dar. In diesen beiden Hilfsformen sowie in der Personalhilfe liegt unserer Auffassung nach der Schlüssel des Problems der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern.[3]

Wir wollen nun die Formen der Hilfe im Bereich "human capital" sowie die Hilfsform, Personalhilfe, darlegen.

1.1. Formen der Hilfe im Bereich "human capital"

1.1.1. Ausbildungshilfe

Sowohl die Entwicklungsländer als auch die hochentwickelten Volkswirtschaften haben die Ziele,

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

1962, S. 27, zitiert nach K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe in ihrer historischen, politischen und wirtschaftlichen Ausprägung, ihre Motivationen und Formen, in: Frankreichs Entwicklungshilfe, Politik auf lange Sicht?, a.a.O., S. 54.

---

1 K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe..., a.a.O., S. 54.

2 Außer acht lassen werden wir die Form, Forschungshilfe, weil wir uns - wie bereits oben gesagt - nur auf die wichtigsten Hilfsformen beschränken.

3 Das wird später, d.h. in dem nächsten Kapitel dieser Arbeit, nachgewiesen werden.

Verbesserung des Ausbildungsniveaus der jetzigen einheimischen Beschäftigten der Entwicklungsländer und Erfüllung der zukünftigen Bedürfnisse dieser Länder an Ausgebildeten mit einheimischen Menschen.[1] Deshalb und weil die Entwicklungsländer bekanntlich unter Mangel an Ausbildern leiden, sorgen diese Länder und die hochentwickelten Volkswirtschaften dafür, daß durch Ausbilder aus hochentwickelten Volkswirtschaften Angehörigen der Entwicklungsländer sowohl im Inland als auch im Ausland ausgebildet werden.

1.1.1.1. Ausbildung im Inland

Direkt und auch über internationale Organisationen, wie z.B. UNESCO[2], helfen die hochentwickelten Volkswirtschaften den Entwicklungsländern bei Gründung verschiedener Ausbildungsinstitute.[3] Dafür gibt es doch sehr viele Beispiele. Einige davon wollen wir im folgenden anführen:

1. Die Tätigkeit der Ausbildungsabteilung des sog. Durchführungsbüros des UN-Sonderfonds bis zum Jahr 1961 erstreckt sich auf die nachstehenden

---

1 Vgl. K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe..., a.a.O., S. 56.

2 Die United Nations Educational, Scientfic and Cultural Organization wurde im Jahr 1946 als Sonderorganisation der UN errichtet.
Siehe R.E. Vente, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 1. Bd., Ein Überblick über die technische Hilfe..., a.a.O., S. 38.

3 Gleichzeitig gewähren hochentwickelte Volkswirtschaften Stipendien an Angehörigen von Entwicklungsländern zur Ausbildung an ihren Heimatausbildungsinstituten.
Vgl. W. Scheel, Konturen einer neuen Welt, a.a.O., S. 117.

Projekte, für deren Inangriffnahme der UN-Sonderfonds entsprechende Beihilfen gewährt:[1]

1.1. "Errichtung von Ausbildungsstätten für Fach- und Gewerbelehrer zur Erteilung praktischen und theoretischen Unterrichts in Jugoslawien, Ägypten, ..[2], Indien, Nigeria, Kolumbien, Peru, Chile und Iran.

1.2. Errichtung von Techniker- und Ingenieurschulen im Libanon und Irak, in Pakistan, Marokko und Ekuador.

1.3. Förderung von technischen Fakultäten an Universitäten in der Türkei, in Pakistan, Jamaika, Kolumbien und Chile.

1.4. Aufbau von Instituten für die Erhöhung der industriellen Gütererzeugung und Ausbildung von Führungskräften in Argentinien, Malaga, Thailand und im Irak.

1.5. Aufbau von besonderen Ausbildungsstätten für Zivilluftpersonal in Ägypten und Mexiko, für das Fernmeldewesen in Libyen und auf den Philippinen, für die Mineralöltechnik in Argentinien und Indien, für die Gewerbeförderung in Kolumbien und schließlich für den öffentlichen Dienst in Ghana.

---

1 Siehe P. Reichert, Wie organisieren und finanzieren die Vereinten Nationen die technische Bildungshilfe?, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962, S.151 f.

2 An dieser Stelle hat der Verfasser des Artikels (Ebenda, S. 151), aus dem wir jetzt zitieren, Israel erwähnt. Weil, was wir oben darlegen, Beispiele für Ausbildungshilfe an Entwicklungsländer sind und, da Israel kein Entwicklungsland ist, erwähnen wir es in dem obigen Zitat nicht.

1.6. Bau von Ausbildungsstätten für die Lehrkräfte höherer Schulen in den neuen afrikanischen Staaten."

2. "Im August und September 1958 wurde die Gründung eines 'Industrial Education Institute' durch Notenaustausch zwischen den Regierungen der Vereinigten Arabischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart."[1]

3. "... Aufbau einer volkswirtschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fakultät in der Universität Kabul durch die Universitäten Köln und Bonn und einer veterinärmedizinischen Fakultät am Royal College in Nairobi durch die Universität Gießen."[2]

4. "Deutsch-indonesisches Forstingenieur-Institut in Bogor."[3]

Gleichzeitig senden hochentwickelte Volkswirtschaften Ausbilder und Leiter für Ausbildungsinstitute in Entwicklungsländer.[4]

---

1 G. Rose, Das 'Institut für technische Ausbildung' in Kairo, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 10.

2 W. Scheel, Konturen einer neuen Welt, a.a.O., S. 116 f.

3 F. Kappenstein, Landwirtschaftliche Fachausbildung als Entwicklungshilfe, a.a.O., S. 22.

4 Siehe z.B. U. Köhler und W. Ruf, die Entwicklungshilfe des gaullistischen Frankreich, a.a.O., S. 281 ff; K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe..., a.a.O., S. 64 ff und G. Rose, Das 'Institut für technische Ausbildung' in Kairo, a.a.O., S. 14.

Ein Beispiel für die Personalhilfe im Ausbildungssektor gibt uns die folgende Tabelle:

Tabelle 1: Zahlen des französischen Personals der Ausbildungshilfe, 1965[1]

Tätigkeitsbereich	Schwarzafrika und Madagaskar	Algerien	Marokko	Tunesien	Kambodscha	Laos	Vietnam	Andere Länder	Gesamt
Primärschulen	2212	8560	2998	849	-	-	130	-	14749
Mittel- und Technische Schulen	2285	1660	1820	1288	304	192	165	-	7714
höheres Schulwesen	492	350	67	68	16	-	45	-	1038
Verschiedenes (Verwaltung usw.) im Ausbildungssektor	928	485	270	118	4	6	9	-	1820
Gesamt	5917	11055	5155	2323	324	198	349	-	25321

Die ausländischen Ausbilder und Leiter für Ausbildungsinstitute sind den Entwicklungsländern

1 Vgl. U. Köhler und W. Ruf, die Entwicklungshilfe des gaullistischen Frankreich, a.a.O., S. 315, Tabelle 19b.

sehr erwünscht und willkommen und zwar nicht nur, da diese Länder sie für ihre Ausbildungsinstitute brauchen, sondern auch weil sie bei den Regierungen der Entwicklungsländer nicht im Verdacht stehen, ein Mittel zur politischen Beeinflussung oder Überfremdung zu sein.
Obwohl die Gehälter solcher ausländischen Arbeitskräfte hoch sind, stellen sie keine große Belastung für das Entwicklungsland dar, weil in der Regel der größte Teil dieser Gehälter im Entwicklungsland ausgegeben wird, d.h., weil nur ein relativ kleiner Teil dieser Gehälter in die Länder dieser Ausländer in harter Währung geht.

1.1.1.2. Ausbildung im Ausland

Schon seit je ermöglichen Ausbildungsinstitute in hochentwickelten Volkswirtschaften, Angehörigen der Entwicklungsländer bei ihnen Ausbildung zu erfahren.[1]

Obwohl in den letzten Jahren viele Ausbildungsinstitute in den Entwicklungsländern errichtet worden sind, fahren noch immer zu viele Angehörigen dieser Länder zur Ausbildung in hochentwickelte Volkswirtschaften.[2] Die Gründe dafür sind vielfältig.
In den Entwicklungsländern vermehren sich die Zahlen der Oberschulabsolventen als Folge der hohen Rate des natürlichen Wachstums der Bevölkerung in diesen

---

1 Vgl. H. Pakleppa, Zur Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, in: Aspekte der auswärtigen Kulturpolitik in Entwicklungsländern, Hrsg. von W.S. Freund und U. Simson, Meisenheim am Glan 1973, S. 107.

2 Vgl. R.E. Vente, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 2. Bd., Möglichkeiten und Grenzen der Ausbildung..., a.a.O., S. 7.

Ländern viel schneller als die Zahlen der Studienplätze. Daher können nicht alle Oberschulabsolventen, die studieren wollen, eine Zulassung zu inländischen Universitäten erhalten. Ein relativ großer Teil von denjenigen, die keine Zulassung zu einer inländischen Universität bekommen können, versucht, im Ausland zu studieren.[1]

Gleichzeitig führt das Zulassungssystem in den Universitäten in Entwicklungsländern dazu, daß die Studenten - abgesehen von wenigen Ausnahmen - das Studienfach nicht nach ihrem Interessengebiet, sondern nach der im Schulabschlußzeugnis erreichten Punktzahl wählen dürfen.[2,3] Infolge dieses Zulassungssystems will ein Teil derjenigen, die die Zulassung zu Universitäten im eigenen Land bekommen, nicht im Inland studieren, weil sie ihre Zulassung zu einem anderen Studienfach bekommen als das, was sie studieren wollen. Diese Studenten versuchen, in hochentwickelten Volkswirtschaften das Studienfach zu studieren, wofür sie sich interessieren.

Auch weil es einige Studien- und Praktikumfächer noch nicht in Entwicklungsländern gibt, fahren viele Personen, d.h. diejenigen, die eine Ausbildung in diesen Fächern erfahren wollen, in Industriestaaten,

---

1 R. Mielitz, Studenten aus dem Vorderen Orient, a.a.O., S. 11.

2 Ebenda, S. 9.

3 Trotz dieses Nachteils dieses Zulassungssystems in den Universitäten in Entwicklungsländern werden diese Universitäten gezwungen, es zu verfolgen. Da die Zahl der Bewerber zu jeder Fakultät größer ist als die Zahl der freien Studienplätze, müssen die Universitäten ein Kriterium für die Zulassung zu den Fakultäten haben. Es kann eigentlich kein anderes Kriterium für die Zulassung zu den Fakultäten besser sein als die im Schulabschlußzeugnis erreichte Punktzahl, d.h. als das Zulassungssystem, das in Entwicklungsländern verfolgt wird.

damit sie dort in diesen Fächern ausgebildet werden. Ein anderer Grund dafür, daß zu viele Angehörigen der Entwicklungsländer in hochentwickelte Volkswirtschaften zur Ausbildung fahren, liegt darin, daß bei einer Stellenbesetzung in den Entwicklungsländern die in einer hochentwickelten Volkswirtschaft ausgebildete Person der im Inland ausgebildeten Person vorgezogen wird[1], da die Ausbildung in den hochentwickelten Volkswirtschaften bekanntlich besser und moderner ist als die Ausbildung in den Entwicklungsländern.
Außerdem ist es eine Tatsache, daß man im Entwicklungsland heraus aus seinem engen Kreis will und etwas von der hochentwickelten Welt sehen will.[2] Auch deshalb fahren Studenten und Praktikanten von den Entwicklungsländern in die hochentwickelte Welt.
Freilich stellt auch die Gewährung von Stipendien des Staates in Entwicklungsländern sowie der Industriestaaten an Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern, damit sie in den Industriestaaten ausgebildet werden[3], einen weiteren Grund dafür dar, daß zu viele Angehörigen der Entwicklungsländer in Industriestaaten zur Ausbildung fahren.

Die Ausbildungsländer für Angehörigen der Entwicklungsländer sind bekanntlich vor allem Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, England, Frankreich, Holland, Österreich, Schweiz, Sowjetunion, Tschechoslowakei und die

---

1 Vgl. R. Mielitz, Studenten aus dem Vorderen Orient, a.a.O., S. 11.

2 Ebenda, S. 11.

3 Vgl. G. Kerckhoff, Die Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 82.

Vereinigten Staaten von Amerika.

Mit der Hilfsform, Ausbildung, überschneidet sich die zweite Form der Hilfe im Bereich "human capital", nämlich die medizinische Hilfe, weil diese Hilfsform - wie wir gleich sehen werden - auch Ausbildungsprogramme enthält. Diese Hilfsform haben wir jetzt darzulegen.

1.1.2. Medizinische Hilfe

Auch die medizinische Hilfe wird sowohl auf bilateraler Basis als auch auf multilateraler Basis gewährt.

Im Rahmen der bilateralen medizinischen Hilfe senden hochentwickelte Volkswirtschaften Ausbilder in Entwicklungsländer zur Ausbildung von örtlichen Kräften für Gesundheitsdienst und lassen gleichzeitig Personen bzw. Stipendiaten aus Entwicklungsländern in hochentwickelten Volkswirtschaften im Gesundheitswesen ausbilden.
Die bilaterale medizinische Hilfe enthält auch Aufbau von Krankenhäusern u.ä. in Entwicklungsländern und Lieferung von Krankenhausbooten[1] und Medikamenten an diese Länder sowie Entsendung von notwendigen ausgebildeten Arbeitskräften für Krankenhäuser u.ä. in solche Länder.

---

1 Zum Beispiel hat die Bundesrepublik Deutschland Pakistan im Jahre 1961 die Lieferung eines Krankenhausbootes zugesagt.
Vgl. Technische Hilfe an 74 Länder, Kapitalhilfe an 38 Länder, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962, S. 95 f.

Die multilaterale medizinische Hilfe - d.h. die medizinische Hilfe, die internationale Organisationen, wie z.B. "World Health Organization"[1] (WHO), Entwicklungsländern anbieten - beinhaltet Ausbildungshilfe, die der Ausbildungshilfe ähnlich ist, die die bilaterale medizinische Hilfe enthält. Neben dieser Ausbildungshilfe entsenden diese internationalen Organisationen zugleich Fachleute in diese Länder zur Untersuchung der gesundheitlichen Situation dort und der besten Methoden zu ihrer Besserung und auch zur Bekämpfung des Ausbruchs von Krankheiten durch Vorbeugungsmaßnahmen. Gleichzeitig geben sie den Entwicklungsländern kostenlos medizinische Materialien und medizinische Einrichtungen.[2]

Durch bilaterale und multilaterale medizinische Hilfe an die Entwicklungsländer versuchen also die hochentwickelten Volkswirtschaften den Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften in Berufen des Gesundheitswesens, an Krankenhäusern u.ä. und an Medikamenten, unter dem die Entwicklungsländer leiden, zu überwinden, um den Gesundheitszustand in diesen Ländern verbessern zu können.

Daß die beiden Formen der Hilfe im Bereich "human capital", Ausbildungshilfe und medizinische Hilfe, Entsendung von ausgebildeten Arbeitskräften aus hochentwickelten Volkswirtschaften in die Entwicklungs-

---

1 Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen wurde die "World Health Organization" im Jahre 1948 gegründet.
Siehe R.E. Vente, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 1. Bd., Überblick über die technische Hilfe..., a.a.O., S. 40.

2 Vgl. O. Jäger, Ärztliche Hilfe in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 167.

länder enthalten, bedeutet, daß sich diese beiden Hilfsformen mit der anderen wichtigsten Form der technischen Hilfe, d.h. mit der Personalhilfe, überschneidet.

1.2. Personalhilfe

Hochentwickelte Volkswirtschaften senden in die Entwicklungsländer außer ausgebildeten Arbeitskräften für Berufe im Ausbildungs- und Gesundheitswesen auch Fachleute für andere Zweige der Infrastruktur sowie für die Industrie und die Landwirtschaft, um den augenblicklichen Bedarf der Entwicklungsländer an ausgebildeten Arbeitskräften erfüllen zu können.

Wie es der Fall ist beim Entleihen der Entwicklungsländer von ausgebildeten Arbeitskräften aus hochentwickelten Volkswirtschaften für Berufe im Ausbildungs- und Gesundheitswesen geschieht auch das Entleihen der Entwicklungsländer von Fachleuten für andere Zweige der Infrastruktur sowie für die Industrie und die Landwirtschaft sowohl auf bilateraler Ebene als auch auf multilateraler Ebene.

Bei der Auswahl von Fachkräften für Entwicklungsländer legen hochentwickelte Volkswirtschaften entscheidendes Gewicht außer auf Fachkenntnisse auch auf die charakterlichen Eigenschaften, auf eine ideelle Einstellung, auf Improvisationsvermögen, Pädagogische Fähigkeit, Bescheidenheit, Phantasie und die Kenntnisse der Landessprache. Darin liegt eigentlich der Erfolg der Personalhilfe.[1]

---

1 Vgl. Die Entwicklungsländer und unsere Hilfe, Zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU, a.a.O., S. 79.

2. Formen der Exporthilfe[1]

Hauptziel der Exporthilfe ist Vermehrung der Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer in die hochentwickelten Volkswirtschaften, damit die Fähigkeit der Entwicklungsländer Investitionsgüter zu importieren, steigt.

---

1 Zu diesen Formen siehe vor allem die folgende Literatur:
H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O.; M.Y. Cho, Wirtschaftsmesse der Entwicklungsländer - eine gute Idee, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962, S. 190-191; Entwicklungshilfe innerhalb des Ostblocks, (Arbeiten zur Wirtschaftskunde der Entwicklungsländer), Hrsg. von der Studiengesellschaft für wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main, Berlin 1960; Entwicklungspolitik durch Einfuhrförderung, Referate und Entschließung anläßlich der gemeinsamen Sitzung des Europa- und Außenwirtschaftsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages am 21. November 1960 in Bonn, (Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages), Heft 72, Bonn 1961; S. Fietze u.a., Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz, (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit), 7. Bd., Heft 1, Stuttgart 1966; Handel und Entwicklungsförderung, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 249; K. Hesse, Das System der Entwicklungshilfen, a.a.O.; H. Jürgensen, General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 346-350; A.D. Law, Raw Material Agreements as World Market Instrument in Agriculture, a.a.O., S. 319-327; R. Margulies, Unterstützung durch Einfuhr aus Rohstoffländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1959, S. 11-12; G. Poensgen, Alte und neue Assoziierungen in Afrika, in: Der Volkswirt, Wirtschaft- und Finanzzeitung, Beiheft zu Nr. 39, 1. Oktober 1965, S. 24 und S. 26 f; und J. Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, Berlin, München 1955.

Die Exporthilfe vollzieht sich in zwei Formen, nämlich Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten und Preisstabilisierung.

2.1. Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten

Der Öffnung bzw. der Erweiterung von Absatzmärkten der hochentwickelten Volkswirtschaften für Waren aus den Entwicklungsländern dienen vor allem das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen ("General Agreement on Tariffs and Trade" - GATT)[1], Assoziierung[2] von Entwicklungsländern an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft[3] (EWG), bilaterale handelspolitische Vereinbarungen und Wirtschaftsmessen.

Das GATT bemüht sich seit Ende 1957, den Problemen

---

1 Das GATT ist am 30. Oktober 1947 in Genf abgeschlossen worden. Es ist rechtlich keine Einrichtung von UN, nicht einmal eine internationale Körperschaft, sondern nur ein multilaterales völkerrechtliches Abkommen.
Siehe H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 56 und S. 59.

2 Als neue Form der zwischenstaatlichen Beziehungen tauchte der Begriff "Assoziierung" zum ersten Male anläßlich der Assoziierung Großbritanniens an die Montanunion auf.
Siehe I. Schmidthuber, Assoziierung als neue Form der Entwicklungshilfe, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1959, S. 18

3 Der Artikel 238 des Vertrages der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmt, daß die Gemeinschaft mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen kann, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamen Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.
Siehe ebenda, S. 18

der Entwicklungsländer mehr Beachtung als bisher zu schenken.
Durch Bemühungen des GATT ist das Abkommen über den Handel mit Baumwolltextilien am 1. Oktober 1962 abgeschlossen worden.[1] Seine weiteren Bemühungen im Hinblick auf die Belange der Entwicklungsländer brachten vor allem folgende Ergebnisse:
"Am 8.2.1965 wurde ein Abkommen unterzeichnet, das unter der Überschrift 'Handel und Entwicklung' als Teil IV Bestandteil des GATT wurde."[2] Es enthält eine Menge von Maßnahmen und Verpflichtungen, die u.a. der Hebung der Exporterlöse der Entwicklungsländer dienen.[3]
Die hochentwickelten Volkswirtschaften haben sich zu der folgenden Politik verpflichtet:
"Abbau von Handelshemmnissen bei Waren, für die die Entwicklungsländer gegenwärtig oder in Zukunft ein besonderes Exportinteresse haben;
keine Neueinführung oder Verstärkung von Handelshemmnissen für diese Waren (Stillstandsverpflichtung);
Abbau und Beseitigung von steuerlichen Maßnahmen, die eine Zunahme des Verbrauchs von Grundstoffen aus Entwicklungsländern erheblich stören können;
Stillstandsverpflichtungen für steuerliche Maßnahmen."[4]
Die hochentwickelten Volkswirtschaften können sich

---

1 Siehe H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 62.

2 Ebenda, S. 63.

3 Ebenda, S. 63 f.

4 Handbuch der Entwicklungshilfe, III D-40, S. 4 f, zitiert nach H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 64.

diesen Verpflichtungen nur aus zwingenden Gründen entziehen.[1]
Die Vertragspartner haben sich verpflichtet, diesen neuen Teil IV des GATT ohne Verzug anzuwenden.[2]

Da gemäß dem Teil IV des GATT und der Meistbegünstigung, die die Vertragspartner des GATT untereinander gegenseitig genießen,[3,4] die Importeure von den Mitgliedindustriestaaten bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedentwicklungsländern keine zölle bzw. nur niedrige Zölle bezahlen müssen, steigen die Importe der Mitgliedindustriestaaten aus einem Entwicklungsland, wenn dieses Entwicklungsland Mitglied des GATT geworden ist,[5] d.h. die Mitgliedschaft von Entwicklungsländern zum GATT hat Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten der Mitgliedindustriestaaten für Waren aus diesen Entwicklungsländern zur Folge. Erweiterung dieser Absatzmärkte für Waren aus Entwicklungsländern hat offensichtlich auch der Abbau der Mitgliedindustriestaaten von Importkontingentierung bei Waren aus Entwicklungsländern gemäß dem IV Teil des GATT zur Folge.

Auf die gleiche Art und Weise, auf die die Mitgliedschaft der Mitgliedentwicklungsländer zum

---

1 H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 64.

2 Ebenda, S. 64.

3 Ebenda, S. 60 und F. Bülow i.V.m. H. Langen, Wörterbuch der Wirtschaft, Stuttgart 1963, S. 174.

4 Meistbegünstigung bedeutet, daß jede Zollvergünstigung, die ein Vertragspartner einem anderen für eine Ware gewährt, gilt ohne weiteres auch gegenüber den anderen Vertragspartnern. Siehe H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 60.

5 Weil je kleiner die Importzölle sind, desto

GATT Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten der Mitgliedindustriestaaten für Waren aus den Mitgliedentwicklungsländern zur Folge hat, führt die Assoziierung der an die EWG assoziierten Entwicklungsländer zur Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten der Partnerstaaten der Europäischen Wirtschaftgemeinschaft[1] für Waren aus den assoziierten Entwicklungsländern, d.h., daß die Partnerstaaten der EWG Handelshemmnisse bei Waren aus den Entwicklungsländern, die an die EWG assoziiert werden, verringern bzw. abbauen und dadurch steigen die Exporte dieser Entwicklungsländer in die Partnerstaaten der EWG.

Auch die bilateralen handelspolitischen Vereinbarungen zwischen den hochentwickelten Volkswirtschaften und den Entwicklungsländern dienen, wie bereits oben erwähnt, der Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten dieser Volkswirtschaften für Waren aus den Entwicklungsländern und zwar durch die Abnahmeverpflichtung, die diese Vereinbarungen beinhalten.
Man unterscheidet zwischen kurz-, mittel- und langfristigen bilateralen handelspolitischen Ver-

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)
kleiner sind in der Regel die Preise der Importe in dem Importland und je kleiner diese Preise sind, desto größer ist die Nachfrage nach diesen Gütern.

---

1 Die Partnerstaaten der EWG sind bekanntlich Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Irland, Italien und Luxemburg.

einbarungen. Langfristige bilaterale handelspolitische Vereinbarungen sind natürlich für die Entwicklungsländer bedeutender als die kurzfristigen und die mittelfristigen, weil die langfristigen handelspolitischen Vereinbarungen größere Sicherheit in die Entwicklung ihres Exportes als die kurzfristigen und die mittelfristigen bringen. Die meisten bilateralen handelspolitischen Vereinbarungen sind trotzdem kurzfristige und mittelfristige Vereinbarungen. Sie werden aber meistens mehrfach erneuert.

Vor mehreren Jahren begann noch eine andere wichtige Methode zur Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten der Industriestaaten für Waren aus den Entwicklungsländern realisiert zu werden, nämlich Wirtschaftsmessen von Entwicklungsländern auf dem Boden von Industriestaaten.[1]
Die Entwicklungsländer können auf den Wirtschaftsmessen einmal ihre Produkte zum Kauf anbieten und zweitens ihre Entwicklungspläne darstellen. Auf diese Weise vergrößert sich die Kenntnis der Unternehmer der Industriestaaten über die vorhandenen Exportgüter der Entwicklungsländer und erfahren gleichzeitig die ausstellenden Länder, welche Produkte sie modifizieren oder gar neu anbauen sollen, um den Geschmack der Verbraucher der Industriestaaten zu treffen.[2] Das alles führt dazu, daß die Exporte der ausstellenden Länder in die Industriestaaten, auf deren Boden solche Messen durchgeführt werden, steigen.
Die Wirtschaftsmessen finden in vielen hochentwickelten Volkswirtschaften meistens im Zyklus von

---

1 Als Beispiel erwähnen wir hier, daß die erste Wirtschaftsmesse von Entwicklungsländern auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland in dem Jahre 1963 durchgeführt worden ist. Vgl. M.Y. Cho, Wirtschaftsmesse der Entwicklungsländer - eine gute Idee, a.a.O., S. 191.

2 Ebenda, S. 191.

zwei oder einigen Jahren statt.[1]

2.2. Preisstabilisierung

Wie wir bereits wissen, stellt Vermehrung der Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer in die hochentwickelten Volkswirtschaften Hauptziel der Exporthilfe dar.
Die Exporthilfsform, Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten der Industriestaaten für Waren aus den Entwicklungsländern, kann allein aber nicht garantieren, daß die Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer in die Industriestaaten steigen. Es kann sogar passieren, daß trotz Steigerung der Menge dieser Exporte die Exporterlöse sinken,[2] weil es passieren kann, daß die Preise der Exporte mit größerem Prozentsatz sinken als der Prozentsatz, mit dem die Exportmenge steigt. Deshalb hat die Exporthilfe neben der Form, Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten, auch die Form, Preisstabilisierung.
Der Preisstabilisierung dienen vor allem die internationalen Warenabkommen[3] und bestimmte bilaterale

---

1 Vgl. M.Y. Cho, Wirtschaftsmesse der Entwicklungsländer - eine gute Idee, a.a.O., S. 191.

2 Ein konkretes Beispiel dafür, daß es passieren kann, daß trotz Steigerung der Menge der Exporte der Entwicklungsländer die Erlöse dieser Exporte sinken, gibt uns Walter Scheel. Er sagte: "die südamerikanischen Staaten haben von 1955 bis 1959 ihre Rohstoffexporte um 45 Prozent mengenmäßig erhöht; trotzdem waren die Erlöse insgesamt 25 Prozent geringer."
W. Scheel, Methoden und Technik der Entwicklungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der Einfuhrförderung, in: Entwicklungspolitik durch Einfuhrförderung, a.a.O., S. 18.

3 Preisstabilisierung stellt den Hauptzweck der internationalen Warenabkommen dar.
Siehe H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 66.

handelspolitische Vereinbarungen, wie z.B. handelspolitische Vereinbarungen zwischen Sowjetunion und Entwicklungsländern.

Die Methoden zur Preisstabilisierung, die die internationalen Warenabkommen enthalten, sind nicht einheitlich.

Die Methode zur Preisstabilisierung, die einige internationale Warenabkommen, wie z.B. das Getreideabkommen, beinhalten, ist, daß die Verbraucherländer in Überschußsituationen zur Abnahme fester Mengen zu vereinbarten Mindestpreisen und die Erzeugerländer in Mangelsituationen zur Lieferung bestimmter Mengen zu vereinbarten Höchstpreisen verpflichtet sind.[1]

In einigen anderen internationalen Warenabkommen, wie z.B. Zinnabkommen, wird versucht, bei fallenden Preisen Vorräte anzusammeln und bei steigenden Preisen die Halden wieder abzutragen und auf diese Weise den Weltmarkt mit festgelegten Mindest- und Höchstpreisen zu regulieren.[2]

Die übrigen internationalen Warenabkommen, darunter das Kaffeeabkommen, enthalten eine dritte Methode zur Preisstabilisierung. Die Erzeugerländer der Waren, die diese internationalen Warenabkommen betreffen, haben sich in diesen Abkommen auf bestimmte Ausfuhrquoten geeinigt, die ihren Anteil an der Weltausfuhr dieser Waren bestimmen. Künden die Schätzungen niedrigere oder höhere Ausfuhren an, fallen oder steigen die Ausfuhrquoten jedes Erzeugerlandes um den gleichen Prozentsatz. Mit der Quotenfestsetzung wird u.a. versucht, angemessene Erzeugerpreise zu garantieren.[3]

---

1 Vgl. H. Bräker, Multilaterale..., a.a.O., S. 66 f.
2 Vgl. ebenda, S. 67.
3 Vgl. ebenda, S. 67 f.

Anders als diese drei Methoden zur Preisstabilisierung ist die Methode zur Preisstabilisierung, die bestimmte bilaterale handelspolitische Vereinbarungen, wie z.B. handelspolitische Vereinbarungen zwischen Sowjetunion und Entwicklungsländer, beinhalten. In diesen Vereinbarungen verpflichten sich die Vertragspartner, bestimmte Waren von einander im Zeitraum dieser Vereinbarungen zu gleichbleibenden Preisen abzunehmen, die die Weltmarktpreisschwankungen also nicht mitmachen.[1]

Nach der Darstellung von Formen der technischen Hilfe und der Exporthilfe bleibt uns jetzt übrig, die Formen der Kapitalhilfe darzulegen.

3. Formen der Kapitalhilfe[2]

Die hochentwickelten Volkswirtschaften versuchen, die Investition in den Entwicklungsländern nicht nur durch Vermehrung der Exporterlöse der Entwicklungsländer zu erhöhen, sondern auch durch Kapitalhilfe.
Die Kapitalhilfe verwirklicht sich in drei Formen,

---

1 Vgl. W. Scheel, Methoden und Technik der Entwicklungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der Einfuhrförderung, a.a.O., S. 18 f.

2 Zu diesen Formen siehe z.B. folgende Literatur: H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung..., a.a.O.; W. Ehrlicher, Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Hrsg. von E.H. Sieber, Berlin 1963, S. 101-120; Entwicklungshilfe innerhalb des Ostblocks, a.a.O.; W. Friedmann u.a., International Financial Aid, New York, London 1966; P. Gekker, Die sowjetische Hilfe für Entwicklungsländer, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 4. Bd., Tübingen 1965, S. 232-245; H. Giesecke, Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, Risiken und Chancen, (Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs), Nr. 18, Hamburg 1963;

nämlich Direktinvestition, Kredithilfe für Realkapitalinvestitionszwecke und Schenkungen für Realkapitalinvestitionszwecke[1].

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

M. Goharin, Die Darlehenspolitik der Weltbank, insbesondere gegenüber den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern,(Diss.), Winterhur 1961; W. Guth, Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Tübingen 1957; E. Helmstädter, Kapitalexport nach Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1960, S. 185-190; K. Hesse, Das System der Entwicklungshilfen, a.a.O.; Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, Arbeitsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, Frankfurt am Main 1963; J. Jaeckel, Neue Finanzhilfe für Entwicklungsländer, Das Abkommen über die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1960, S. 125-127; S. Namek, Der internationale Handel, o.O., o.J., S. 54-76; B.K. Nehru, Vorstellungen über die Entwicklungshilfe aus der Sicht der Entwicklungsländer, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, 1. Aufl., Berlin, Mainz 1966, S. 711-723; E.I. Nwogugu, The Legal Problems of Foreign Investment in Developing Countries, Frome, London 1965; H. Schubert, Langfristige Finanzhilfe an Entwicklungsländer, Die Einzelheiten des Verfahrens der deutschen Maßnahmen, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 162-164; H. Singer, Direkte und indirekte Entwicklungshilfe, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, a.a.O., S. 733-764; J. von Spindler, Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart 1963; United Nations, Foreign Capital in Latin America, New York 1955 und United Nations, International Flow of Long-term Capital and Official Donations 1951-1959, New York 1961.

---

1 Die jährliche Schenkung für Realkapitalinvestitionszwecke ist bekanntlich relativ zu klein. Daher ist sie offenbar nicht sehr bedeutend. Deshalb und weil wir uns, wie bereits oben gesagt, ausschließlich auf die wichtigsten Hilfsformen beschränken, werden wir diese Kapitalhilfsform außer acht lassen.

3.1. Direktinvestition

Es handelt sich hier um den Erwerb ausländischer Investoren von Beteiligungen an alten bzw. neuen Unternehmungen sowie um die Errichtung von ausländischen Niederlassungen.[1]

Die Träger der Direktinvestition sind ausländische private Investoren, ausländische öffentliche Investoren und die "International Finance-Corporation" (IFC)[2,3]. Demnach unterscheidet man zwischen privaten Direktinvestitionen, öffentlichen Direktinvestitionen und IFC-Direktinvestitionen.

Direktinvestitionen werden vor allem aus dem Interesse an der Erschließung des Entwicklungslandes, sei es als Rohstoffbasis, sei es als Absatzraum für die eigenen Produkte, durchgeführt.[4] Danach

---

1 Vgl. W. Guth, Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, a.a.O., S. 32 und A. Titzrath, Wirkungen internationaler Kapitalbewegungen auf Einkommen und Beschäftigung, Studie zum Stand der Transfertheorie, (Diss.), o.O., o.J., S. 60.

2 Als Tochtergesellschaft der Weltbank wurde die "International Finance-Corporation" am 20.7.1966 gegründet. Sie ist eigentlich nicht nur ein Träger der Direktinvestition, sondern auch ein Träger multilateraler Kredithilfe.
Siehe K. Hesse, Das System der Entwicklungshilfen, a.a.O., S. 155 f.

3 Die "International Finance-Corporation" beteiligt sich an privaten Unternehmen. Sie nimmt keine Investitionen in regierungseigenen oder von der Regierung betriebenen Unternehmungen vor, obwohl ihr Abkommen nicht eine Beteiligung an einem Unternehmen ausschließt, in dem öffentliche Mittel investiert worden sind.
Siehe W. Friedmann u.a., International Financial Aid, a.a.O., S. 112 und Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, a.a.O., S. 104.

4 W. Ehrlicher, Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, a.a.O., S. 113.

unterscheiden wir - wie es Jürgensen[1] gemacht hat - einmal auslandsbezogene Direktinvestitionen, die sich auf die Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen in Entwicklungsländern richten und von der Nachfrageentwicklung der Industriestaaten ausgelöst werden, zum anderen inlandsbezogene Direktinvestitionen, bei denen es sich um die Gründung von Produktions- und Verkaufsniederlassungen in Entwicklungsländern handelt, die aufgrund der dort erwarteten Nachfrage getätigt werden[2].

Obwohl die Direktinvestition Nachteile, wie z.B. Überfremdung der nationalen Wirtschaft und den Dekapitalisierungseffekt dieser Investition auf die Wirtschaft des Entwicklungslandes,[3] haben, begrüßt jedes Entwicklungsland, daß bei ihm Direktinvestitionen durchgeführt werden, weil ihr positiver Effekt auf die Wirtschaft des Anlagelandes in der Regel ihre Nachteile weit überkompensiert. Den Entwicklungsländern sind aber die privaten Direktinvestitionen und die IFC-Direktinvestitionen lieber als die öffentlichen Direktinvestitionen und zwar aus dem Grunde, daß die öffentlichen

---

1 H. Jürgensen, Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, in: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 16, Berlin 1959, S. 60 f.

2 Die Auslandsgesellschaften suchen sich erfahrungsgemäß mit Vorliebe jene Teilmärkte aus, die durch hohe Zollmauern oder mengenmäßige Importbeschränkungen vom Ausland abgesichert sind.
Siehe H.-R. Hemmer, Die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Hrsg. von A. Kruse, 92. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin 1972, S. 163.

3 H. Giesecke, Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 23 ff.

Direktinvestitionen in der Regel im Gegensatz zu den anderen Direktinvestitionen als Mittel zur Beeinflussung der Politik des Anlagelandes benutzt werden können.

3.2. Kredithilfe für Realkapitalinvestitionszwecke[1]

Kredithilfe wird sowohl auf bilateraler Basis als auch auf multilateraler Basis gewährt.

3.2.1. Bilaterale Kredithilfe

Bilaterale Kredithilfe besteht aus Lieferantenkrediten und "normalen" Krediten (als normale Kredite bezeichnen wir die Kredite, die nicht Lieferantenkredite sind). Sie besteht gleichzeitig aus öffentlichen und privaten Krediten. Das Verhältnis zwischen privaten Krediten und öffentlichen Krediten hat sich zugunsten der öffentlichen Kredite verschoben.[2]

Die Kredite können entweder zur Finanzierung einzelner Projekte oder zur Durchführung einer umfassenden Entwicklungsplanung gewährt werden.[3] Viele Industriestaaten - insbesondere die Sowjetunion - bevorzugen Unterstützung von Einzelprojekten.[4] Der Grund dafür liegt unserer Ansicht

---

1 Im folgenden sagen wir kurz Kredithilfe.

2 Siehe W. Ehrlicher, Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, a.a.O., S. 111.

3 Siehe J.H. Furth, Theorie und Politik der wirtschaftlichen Auslandshilfe, a.a.O., S. 169.

4 Vgl. P. Gekker, Die sowjetische Hilfe für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 242.

nach hauptsächlich darin, daß Unterstützung einzelner Projekte vom politischen Standpunkt aus den Vorteil hat, daß sie ein konkretes und sichtbares Ergebnis hat.

Die Konditionen der bilateralen Kredite unterscheiden sich von Block zu Block. Um das zu zeigen, nehmen wir die sowjetischen Kredite und die amerikanischen Kredite als Beispiel.
Während der typische Zinssatz sowjetischer Kredite bei 2% - 2,5% liegt, sind die amerikanischen Kredite zu Sätzen zwischen 3,5% und 6% zu verzinsen. Außerdem sehen die sowjetischen Kredite gewöhnlich eine Rückzahlung in Binnenwährung oder in einheimischen Produkten vor. Die amerikanischen Kredite müssen aber meist in harter Währung zurückgezahlt werden. Andererseits weisen die amerikanischen Kredite im allgemeinen eine längere Tilgungszeit auf (in manchen Fällen bis zu 40 Jahren), während die sowjetischen Kredite normalerweise in 12 Jahren rückzahlbar sind.[1]

Fast alle öffentlichen Kredite sind in irgendeiner Weise gebunden. Die Tendenz zu gebundener Kredithilfe hat sich seit dem Jahr 1959 verstärkt, d.h. seit dem Jahr, in dem die Vereinigten Staaten von Amerika in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerieten. Danach gingen sie ganz zu gebundener Kredithilfe über, und diesem Beispiel folgten viele Geberländer, ob sie selbst in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerieten oder nicht. Eine solche Bindung der Kredithilfe bedeutet, daß das Empfängerland mit dem

---

1 Siehe P. Gekker, Die sowjetische Hilfe für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 242.

Kredit Güter von dem Geberland zu den Geberlandsmarktpreisen kaufen muß, die manchmal höher liegen als die Weltmarktpreise. Der Nettowert des Kredits für das Empfängerland wird also unmittelbar verringert durch die Differenz, die zwischen diesen und den Weltmarktpreisen liegt.[1]
Kredithilfe kann auch gebunden werden in dem Sinne, daß das Schuldnerland sich in seiner politischen Philosophie oder Ideologie nicht zu weit vom Geberland unterscheiden darf. Viele Geberländer betrachten häufig die Kreditgewährung als ein Mittel zur Beeinflussung der Politik der kreditempfangenden Staaten.[2]

3.2.2. Multilaterale Kredithilfe

Man versteht unter multilateralen Krediten die Kredite, die über internationale Organisationen vergeben werden.

Als internationale Entwicklungshilfe-Organisationen sind vor allem "International Bank for Reconstruction and Development"[3] (Weltbank), die "International Development Association"[4] und der "Social

---

1 B.K. Nehru, Vorstellungen über die Entwicklungshilfe aus der Sicht der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 719.

2 Ebenda, S. 721.

3 Die "International Bank for Reconstruction and Development" ist im Jahre 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods beschlossen worden. Sie nahm aber ihre Geschäftstätigkeit im Jahre 1946 auf. Seit 1948 konzentriert sie sich zunehmend auf die Entwicklungsländer.
Siehe H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer, a.a.O., S. 113.

4 Die "International Development Association" ist im September 1960 als eine Tochterorganisation der Weltbank gegründet worden. Mit ihrer Gründung

Progress Trust Fund"[1] zu erwähnen.

Das wichtigste Argument für die Finanzierung über internationale Organisationen läuft darauf hinaus, daß es den Entwicklungsländern politisch-psychologisch leichter fiele, von ihnen Kredite aufzunehmen als von einzelnen Staaten.[2]
Es ist angenehmer für die Entwicklungsländer Mittel von internationalen Organisationen entgegenzunehmen als von einzelnen Staaten auch, weil in dem Fall bei diesen Krediten das kreditnehmende Land nicht - wie es der Fall ist bei bilateralen Krediten - gezwungen wird, diese Kredite im bestimmten Staat trotz seiner höheren Preise als die Weltmarktpreise auszugeben.

Es wird behauptet, daß die Kreditaufnahme von internationalen Organisationen den Vorteil der Kreditaufnahme von einzelnen Staaten, die Verbindung von

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

wurde ein alter Wunsch der Entwicklungsländer nach flexibleren Kreditbedingungen erfüllt.
Vgl. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, a.a.O., S. 108 und H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 121.

---

1 Im gleichen Jahr der Gründung der "International Development Association", nämlich im Jahre 1960 wurde der "Social Progress Trust Fund" von den USA geschaffen.
Siehe H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 125.

2 Vgl. J.C.D. Zahn, Die Weltwirtschaft als Operationsbasis der nationalen Wirtschaft, in: Offene Welt, (Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft), Jg. 1960, Nr. 65, Köln, Opladen 1960, S. 50.

"Trade and Aid", von gegebener Kredithilfe und handelspolitischer Erleichterung, nur schwer kompensieren kann.[1] Tatsache ist aber, daß während nicht die gesamte bilaterale Kredithilfe, sondern nur ein relativ kleiner Teil von ihr diesen Vorteil hat - d.h. während nicht alle Geberländer, sondern bekanntlich nur wenige Geberländer es zulassen, Kredite mit Warenlieferungen zurückzuzahlen -, veranlaßt die multilaterale Kredithilfe fast alle Industriestaaten, handelspolitische Erleichterung durchzuführen, weil jeder Industriestaat mehr von dem von internationalen Organisationen kreditnehmenden Entwicklungsland importieren will, damit dieses Land von ihm mehr importieren und die multilateralen Kredite bei ihm ausgeben will. Das heißt doch, daß die handelspolitische Erleichterung nicht nur auch in dem Fall der multilateralen Kredithilfe durchgeführt wird, sondern auch, daß solche Erleichterung in diesem Fall durch bedeutend mehr Industriestaaten durchgeführt wird als in dem Fall der bilateralen Kredithilfe.

Während die Entwicklungsländer die Vorteile der Kreditaufnahme von internationalen Organisationen genießen, müssen diese Organisationen eine Reihe von Risiken, wie Ausbruch eines Krieges, einer Depression oder auch einer Stagnation des Fortschritts in diesen Ländern, tragen.[2,3]

---

1 Siehe z.B. H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer, a.a.O., S. 137 f.

2 Vgl. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, a.a.O., S. 39 und H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 118.

3 Solche Risiken tragen offensichtlich nicht nur die Träger der multilateralen Kredithilfe, sondern auch die Träger der bilateralen Kredithilfe.

Obwohl die internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen fast gleiche Risiken übernehmen, sind ihre Konditionen von Entwicklungshilfe-Organisation zu Entwicklungshilfe-Organisation unterschiedlich. Als Beispiel dafür, daß die Konditionen dieser Organisationen nicht gleich sind, bringen wir hier die folgende Tabelle:

Tabelle 2: Übersicht über Konditionen einiger internationaler Entwicklungshilfe-Organisationen[1]

Bezeichnung	Laufzeit in Jahren	Zinssatz + Kommission	Rückzahlung in harter oder weicher Währung
International Bank for Reconstruction and Development	15 - 25	5 3/4	in harter Währung
International Development Association	50	3/4[2)]	in harter Währung
Social Progress Trust Fund	20 - 30	2 - 3 1/2	in weicher Währung

Nicht nur die Konditionen der internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen sind von Organisation zu Organisation unterschiedlich, sondern auch ihre Prinzipien bzw. Hilfsprinzipien. Als

1 Siehe H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 132, Tabelle 4.

2 Diese Verzinsung besteht nur aus einer Bearbeitungsgebühr.
Siehe ebenda, S. 121.

Beispiel dafür bringen wir hier im folgenden eine Gegenüberstellung von Prinzipien bzw. Hilfsprinzipien der drei oben genannten internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen, nämlich der Weltbank, der "International Development Association" und des "Social Progress Trust Fund".

Während die Weltbank das Prinzip, Kredite für alle Länder, hat, verfolgt die "International Development Association" das Prinzip, Kredithilfe für alle Entwicklungsländer, und der "Social Progress Trust Fund" das Prinzip, Kredithilfe nur für eine Gruppe von Entwicklungsländern, nämlich für Lateinamerika.[1]

Die Weltbank verfolgt auch das Prinzip, Gewährung der Kredithilfe nach Schuldendienstfähigkeit,[2] die "International Development Association" verfolgt aber das Prinzip, Bevorzugung der ärmeren Länder bei Gewährung der Kredithilfe,[3] und der "Social Progress Trust Fund" das Prinzip, Verteilung der Kredithilfe auf alle zuständigen lateinamerikanischen Staaten[4].

Sowohl die Weltbank als auch der "Social Progress Trust Fund" haben aber auch das Prinzip, verschiedene

---

1 Vgl. H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 132.

2 Vgl. ebenda, S. 116.

3 Vgl. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC, und IDA, a.a.O., S. 111 und H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 123.

4 Vgl. H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 125.

Bedingungen für einzelne Projekte,[1] während aber die "International Development Association" das Prinzip, gleiche Bedingungen für einzelne Projekte verfolgt[2].

---

1 Vgl. H. Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen..., a.a.O., S. 113 und S. 125.

2 Vgl. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, a.a.O., S. 113.

III. Mögliche Wirkungen der drei Hilfen auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern

Das Vorziel jeder der drei Hilfen ist ja Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern. Hier in diesem Kapitel haben wir zu zeigen, ob dieses Ziel immer erreicht wird. M.a.W. gesagt, fragt es sich nun, welche Wirkungen auf die Dauer jede der drei Hilfen auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern hat und wie auf die Dauer das Anbieten aller drei Hilfen auf dieses Wachstum bewirkt.

1. Wirkungen der technischen Hilfe

Wie es gezeigt werden wird, beeinflußt die technische Hilfe entscheidend nicht nur die Qualität der Arbeit in den Entwicklungsländern, sondern auch das Wachstum der Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in diesen Ländern.

Während aber, wie wir sehen werden, der Einfluß der technischen Hilfe auf die Qualität der Arbeit in der Regel nur positive Wirkungen auf das Wachstum des Sozialproduktes bzw. des Volkseinkommens der Entwicklungsländer hat, kann der Einfluß dieser Hilfe auf das Wachstum der Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte, wie wir sehen werden, negative Wirkungen auf das Wachstum des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens der Entwicklungsländer haben.

1.1. Einfluß auf das Wachstum der Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte[1]

Jede der drei oben dargestellten Formen der technischen Hilfe hat, wie es gleich gezeigt werden wird, positive Effekte auf das jährliche Wachstum der Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern.

Tatsache ist aber, daß medizinische Hilfe und Personalhilfe (wie z.B. die Personalhilfe beim Straßenverkehrssystem) das Wachstum der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte der Entwicklungsländer vom Beginn dieser Hilfe an positiv beeinflussen, während die Ausbildungshilfe positive Wirkungen auf das Wachstum dieser Zahl erst einige Zeit nach ihrem Beginn haben kann. Die Ausbildungshilfe hat aber erfahrungsgemäß die größte positive Wirkung auf das Wachstum dieser Zahl.

Die Ausbildungshilfe hat zur Folge, daß die Ausbildungsinstitute in den Entwicklungsländern sich relativ viel schneller vermehren als beim Fehlen dieser Hilfe und auch, daß jährlich eine normalerweise steigende Zahl von Studenten und Praktikanten aus diesen Ländern in hochentwickelte

---

1 Wenn wir hier von ausgebildeten Arbeitskräften sprechen, sind - wie üblich - diejenigen Personen gemeint, die mindestens irgendeine Mittelausbildung erfahren haben, d.h. diejenigen, die mindestens eine Ausbildung in Ausbildungsinstituten, wie z.B. Oberschule, Berufsschule oder technische Schule bzw. Werkstatt erfahren haben.

Volkswirtschaften zur Ausbildung fahren.

Daß diese Hilfsform zur Folge hat, daß sich die Ausbildungsinstitute relativ viel schneller vermehren als beim Fehlen dieser Hilfsform, ist darauf zurückzuführen, 1. daß viele Ausbildungsinstitute im Rahmen dieser Hilfsform aufgebaut werden, 2. daß die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Finanzierung der Ausbildung infolge des durch diese Hilfsform ausgelösten schnelleren Anwachsens des Volkseinkommens dieser Länder größer ist als beim Fehlen dieser Hilfsform[1,2], 3. daß die Zahl der verfügbaren Ausbilder und Leiter für Ausbildungsinstitute - als Folge des Entleihens von ausländischen Ausbildern und Leitern und nach einiger Zeit nach Beginn der Ausbildungshilfe auch als Folge der viel schnelleren Steigerung der Zahl der verfügbaren einheimischen Ausbilder und Leiter für Ausbildungsinstitute - viel schneller steigt als beim Fehlen dieser Hilfsform und 4. daß die Nachfrage nach Ausbildung beim Vorhandensein der Ausbildungshilfe viel schneller

---

1 Daß die Ausbildungshilfe das Wachstum des Volkseinkommens in den Entwicklungsländern beschleunigt, wird später bewiesen.

2 Natürlich hat nicht nur die Ausbildungshilfe positive Effekte auf diese Finanzierungsfähigkeit, sondern auch die anderen Formen der technischen Hilfe, weil auch diese Formen - wie wir sehen werden - die Steigerung des Volkseinkommens in den Entwicklungsländern beschleunigen.

steigt als beim Fehlen dieser Hilfsform.[1,2]

Da die Ausbildungshilfe zur Folge hat, daß die Ausbildungsinstitute sich relativ viel schneller vermehren und, daß jährlich eine normalerweise steigende Zahl von Angehörigen der Entwicklungsländer in hochentwickelte Volkswirtschaften zur Ausbildung fahren, bewirkt diese Hilfsform, daß das Ausmaß, in dem die Zahl der ausgebildeten Arbeitskräfte steigt, viel schneller anwächst als ohne diese Hilfsform.

Wie wir aber wissen, gibt es Dinge, d.h. Krankheiten und Unfälle , die negative Wirkungen auf das Wachstum der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte haben.
Durch andere Formen der technischen Hilfe, nämlich medizinische Hilfe und Personalhilfe, können aber

---

1 Daß bei dem Vorhandensein der Ausbildungshilfe die Nachfrage nach Ausbildung viel schneller steigt als ohne diese Hilfsform, ist vor allem auf menschlichen Neid und Nachahmung zurückzuführen. D.h., da die Ausbildungshilfe offenbar bewirkt, daß der relativ große Teil der Nachfrage nach Ausbildung, der ohne diese Hilfsform nicht befriedigt werden kann, allmählich befriedigt wird, und weil je schneller die Zahl der Personen, die Ausbildungsinstitute besuchen, sich vergrößert, desto schneller steigt natürlich die Zahl von Verwandten und Bekannten der Besucher dieser Institute, die neuerdings Ausbildungsinstitute besuchen will, weil ihre Verwandten oder Bekannten das jetzt tun (d.h. Besuchen von Ausbildungsinstituten), steigt die Nachfrage nach Ausbildung beim Vorhandensein der Ausbildungshilfe viel schneller als ohne diese Hilfsform.

2 Zu den Gründen, aus denen jährlich viele Angehörige der Entwicklungsländer in hochentwickelte Volkswirtschaften zur Ausbildung fahren, obwohl in den letzten Jahren viele Ausbildungsinstitute in den Entwicklungsländern errichtet worden sind, siehe diese Arbeit, S. 22 ff.

diese negativen Wirkungen, wie wir gleich sehen werden, weitgehend verringert werden.

Die medizinische Hilfe bewirkt durch den durch sie ausgelösten Übergang von moderner Medizin in den Entwicklungsländern einen raschen Rückgang der Sterberate[1] und einen Rückgang der Rate der durch Krankheiten erwerbsunfähig werdenden Arbeitskräfte in diesen Länder. Gleichzeitig werden durch Personalhilfe - wie z.B. Berater beim Straßenverkehrssystem und die Berater, die die alten Fabriken bzw. einen Teil dieser Fabriken beraten, wie man in diesen Fabriken viele Arbeitsunfälle vermeiden kann, und auch die Berater, durch die neue Fabriken so gebaut werden, daß Arbeitsunfälle weitgehend vermieden werden - nicht mehr so viele Straßenverkehrs- und Arbeitsunfälle, die meistens den Tod bzw. Erwerbsunfähigkeit der Verunglückten zur Folge haben, geschehen wie beim Fehlen solcher Personalhilfe.
Es ist also zu ersehen, daß durch diese Personalhilfe und die medizinische Hilfe die Sterberate und die Rate der durch Krankheit bzw. Unfall erwerbsunfähig werdenden Personen weitgehend sinken können.

Aus der obigen Darlegung ist es doch ersichtlich, daß die technische Hilfe dazu führt, daß die Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte der Entwicklungsländer sehr viel schneller wächst als beim Fehlen dieser Hilfe.

---

1 Vgl. W. Kran und H.D. Cremer, Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung und wirtschaftliche Entwicklung, in: Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern, 1.Bd., Stuttgart 1967, S. 8.

1.2. Einfluß auf das Wachstum des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens

Die technische Hilfe bewirkt, wie wir bereits wissen, schnellere Vermehrung der Ausbildungsinstitute und der medizinischen Einrichtungen in den Entwicklungsländern als beim Fehlen dieser Hilfe. D.h. sie vergrößert die Neuinvestitionen im Ausbildungs- und Gesundheitswesen in diesen Ländern.

Jede Neuinvestition hat eine dualistische Wirkung, nämlich einen positiven Effekt auf das Volkseinkommen (Einkommenseffekt) sowie auch einen positiven Effekt auf die Erzeugung des Inlandes (diesen Effekt wollen wir als Produktionseffekt bezeichnen).

In der Literatur wurde der Einkommenseffekt von Neuinvestitionen mit Hilfe des Multiplikatorprinzips erörtert.[1] Wir finden trotzdem, daß wir hier auf die Verwendung dieses Prinzips verzichten müssen, weil wir der Auffassung sind, daß es nicht richtig ist, das Multiplikatorprinzip bei Betrachtung des Einkommenseffekts von Neuinvestitionen zu verwenden. Daß diese Auffassung richtig ist, wollen wir jetzt nachweisen und zugleich den wirklichen Einkommenseffekt von Neuinvestitionen zeigen.

Nach dem Multiplikatorprinzip bzw. der Multiplikatortheorie führt bei gegebener Konsumneigung eine

---

1 Siehe z.B. J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Deutsche Übersetzung von F. Waeger, Berlin 1952, insbesondere S. 97 f, ferner E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 3. Teil, 7. verbesserte Aufl., Tübingen 1962, besonders S. 132 ff und S. 143 ff.

Erhöhung der Neuinvestition um den konstanten Betrag $\dot{I}$ im Endeffekt zu einer Erhöhung des Volkseinkommens um einen Betrag, der sich durch Multiplikation der Neuinvestitionsänderung mit dem reziproken Wert der marginalen Sparquote ergibt.[1]
Das heißt: $\dot{Y} = \dot{I} \cdot \frac{1}{s}$[2], wobei $\dot{Y}$ die Volkseinkommensänderung, $\dot{I}$ die Neuinvestitionsänderung und s die marginale Sparquote darstellt. Bei $\dot{I} = 0$ ist $\dot{Y}$ danach gleich null, d.h. nach der Multiplikatortheorie bzw. dem Multiplikatorprinzip bleibt das Volkseinkommen bei ständiger Neuinvestition in gleicher Höhe konstant.[3]
In Wirklichkeit steigt aber, wie es gleich gezeigt werden wird, das Volkseinkommen ständig bei ständiger Neuinvestition in gleicher Höhe und bei Konstanz der Konsumneigung.

Durchführung von Neuinvestition bedeutet Erhöhung des Sachkapitalbestandes[4], was in der Regel Steigerung der Beschäftigung zur Folge hat. Steigerung

---

1 G. Halm, Geld, Außenhandel und Beschäftigung, aus dem Amerikanischen übersetzt von W. Diehm, 3. völlig neu bearbeitete Aufl., München 1957, S. 294 ff und E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, a.a.O., S. 133 ff.

2 Der reziproke Wert der marginalen Sparquote: $\frac{1}{s}$ bezeichnet man als Einkommensmultiplikator in bezug auf eine Neuinvestitionsänderung bzw. als Investitionsmultiplikator.
Siehe E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, a.a.O., S. 135.

3 Vgl. R. Blum, Die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit in der modernen Wachstumstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 102. Bd., Tübingen 1969, S. 61.

4 Die Erhöhung des Sachkapitalbestandes bezeichnet man als Kapazitätseffekt der Neuinvestition.
Siehe B. Gahlen, Wachstumstheorie, Arbeitsunterlagen, Münster Sommersemester 1970, S. 16.

der Beschäftigung führt dazu, daß die Lohnsumme anwächst. Gleichzeitig nehmen normalerweise viele von den neuen Beschäftigten Konsumkredite auf, weil sie in der Regel auch Bedürfnisse befriedigen wollen, deren Befriedigung Aufnahme von Krediten bedarf und zugleich können sie nun solche Kredite bekommen, da sie nun Löhne bekommen, die eine Garantie für die Banken darstellen, daß sie die Tilgung zahlen können. Aufnahme von Krediten hat natürlich einen positiven Effekt auf die Zinssumme.
Durchführung von Neuinvestition hat auch Steigerung der Pachtsumme zur Folge.
Die Kredite und das Anwachsen der Lohn-, der Pacht- und der Zinssumme bewirken eine Steigerung der Nachfrage nach einheimischen Gütern und Dienstleistungen, was in der Regel zur Realisierung von Gewinnen in neuen Unternehmen und zur Steigerung von Gewinnen in anderen Unternehmen führt, und dadurch wächst das Steigerungsausmaß der Nachfrage nach inländischen Gütern und Dienstleistungen, was das Steigerungsausmaß der Gewinnsumme vergrößert.[1]

---

1 Während man die Löhne, die Pachten, die Mieten und die Zinsen als kontraktbestimmte Einkommen bezeichnet, bezeichnet man die Gewinne als residualbestimmte Einkommen. Die Summe aller in einer Periode im Zuge des heimischen Wirtschaftprozesses geschaffenen kontraktbestimmten und residualbestimmten Einkommen wird als "Wertschöpfung" bezeichnet.
Bei einer geschlossenen Volkswirtschaft ist die Wertschöpfung offenbar identisch mit dem Volkseinkommen. Dagegen ist bei einer offenen Volkswirtschaft das Volkseinkommen einer Periode gleich Wertschöpfung dieser Periode plus Faktoreinkommen aus dem Ausland in gleicher Periode minus Faktoreinkommen an das Ausland in dieser Periode.
Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 1. Teil, 9. erweiterte Aufl., Tübingen 1961, S. 40 ff und S. 71 ff und Wirtschaft und Statistik, Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, 4. Jahrgang N.F., 1952, S. 479 ff.

Steigerung der Lohn-, der Pacht- und der Gewinnsumme bedeutet ja Steigerung der Wertschöpfung bzw. des Volkseinkommens.
Das Volkseinkommen kann also bei ständiger Neuinvestition in gleicher Höhe und bei Konstanz der Konsumneigung steigen.[1] Das zeigt also ganz deutlich, daß das, was die Multiplikatortheorie bzw. das Multiplikatorprinzip besagt, daß $\dot{I}$ größer als null sein muß, damit das Volkseinkommen steigen kann, nicht richtig ist.

Die Größe der durch eine Neuinvestition ausgelösten Steigerung des Volkseinkommens bzw. des Einkommenseffekts einer Neuinvestition hängt u.a. von dem Bereich ab, in dem diese Neuinvestition durchgeführt wird. Während eine Neuinvestition (I_a), die z.B. neue Fabriken darstellen, einen Einkommenseffekt hat, dem der auf Seiten 54ff dargestellte Einkommenseffekt entspricht, haben die Neuinvestitionen (I_b), die in anderen Bereichen - wie z.B. im Ausbildungs- und Gesundheitswesen - durchgeführt werden, wie wir sehen werden, einen dualistischen Einkommenseffekt, d.h. einen Einkommenseffekt, der aus zwei Teilen besteht.

Wir wollen nun die beiden Teilen des Einkommenseffekts bzw. den Einkommenseffekt der im Rahmen der Ausbildungshilfe und der medizinischen Hilfe durchgeführten Neuinvestitionen erörtern.

---

1 Daß die Neuinvestition in jeder Periode in gleicher Höhe durchgeführt wird trotz Steigerung des Volkseinkommens und trotz der Konstanz der Konsumneigung, bedeutet, daß statt eines Anwachsens der Neuinvestition als Folge der Steigerung des Volkseinkommens in jeder Periode ein neuer Betrag gehortet wird, was dazu führt, daß die Gewinnsumme langsamer steigt und damit auch das Volkseinkommen langsamer anwächst als, wenn diese Beträge nicht gehortet werden.

Die im Rahmen der Ausbildungshilfe durchgeführten Neuinvestitionen bzw. Ausbildungsinstitute verursachen, daß eine zusätzliche Zahl von Menschen (normalerweise Ausländer sowie Inländer) im Ausbildungswesen beschäftigt wird, was eine Steigerung der Lohnsumme und normalerweise auch der Konsumkredite zur Folge hat. Die Zinssumme steigt also auch. Auch die Pachtsumme vergrößert sich als Folge der Durchführung dieser Neuinvestitionen. Das alles bewirkt eine Steigerung der Nachfrage auf dem inländischen Markt, was eine Steigerung von Gewinnen verursacht. Steigerung von Gewinnen vergrößert - wie bereits oben erwähnt - das Steigerungsausmaß der Nachfrage auf dem einheimischen Markt, was das Steigerungsausmaß der Gewinnsumme vergrößert. Die Wertschöpfung bzw. das Volkseinkommen steigt also.[1] Diese Steigerung des Volkseinkommens stellt aber nur einen Teil - sagen wir Teil (A) - des Einkommenseffekts der Neuinvestition im Ausbildungswesen dar. Dieser Teil (A) des Einkommenseffekts dieser Neuinvestition ist offensichtlich ähnlich dem Einkommenseffekt der Neuinvestition (I_a).

Wie wir ja wissen, werden in den im Rahmen der Hilfsform, Ausbildung, durchgeführten Neuinvestitionen bzw. Ausbildungsinstituten ausländische Ausbilder, d.h. Ausbilder mit hohem Ausbildungs-

---

1 Das Volkseinkommen steigt aber nicht in dem gleichen Ausmaß, in dem die Wertschöpfung sich vergrößert, sondern nur in kleinerem Ausmaß. Die Ursache dafür ist die Beschäftigung von ausländischem Personal in diesen Ausbildungsinstituten, weil während die Gehälter bzw. die Löhne des ausländischen Personals, wie bereits oben gesagt, in der Wertschöpfung eingeschlossen sind, stellen sie, wie wir schon wissen, keinen Bestandteil des Volkseinkommens des Inlandes dar.

niveau, beschäftigt. Daher ist das Ausbildungsniveau derjenigen, die in diesen Ausbildungsinstituten Ausbildung erfahren, viel höher als wenn sie diese Ausbildungsinstitute nicht besucht hätten. Deshalb und da es eine positive Korrelation zwischen Ausbildungsniveau einer Person und ihrem Verdienst gibt[1], bewirken solche Neuinvestitionen bzw. diese Ausbildungsinstitute, daß ihre Absolventen relativ viel höhere Arbeitseinkommen bekommen als die Arbeitseinkommen, die sie bekommen haben bzw. bekommen hätten vor ihrer Ausbildung in diesen Ausbildungsinstituten. Der Unterschied zwischen den

---

1 Vgl. G.S. Becker and B.R. Chriswick, Education and the Distribution of Earnings, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. LVI, Nr. 2, 1966, S. 358-369; G. Brinkmann, Ausbildung und Arbeitseinkommen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 123. Bd., Tübingen 1967, S. 133-147; E.F. Denison, Measuring the Contribution of Education (and the Residual) to Economic Growth, in: OECD, The Residual Factor and Economic Growth, (Study Group in the Economics of Education), Paris 1964, S. 13-55; Deutsche Übersetzung dieses englischen Artikels mit dem Titel "Zur Messung des Beitrages der Bildung (und der Restgröße) zum Wirtschaftswachstum", in: Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, Hrsg. von K. Hüfner, 1. Aufl., Stuttgart 1970, S. 245-309; W. Hoffmann, Erziehungs- und Forschungsausgaben im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß, Eine Freundesgabe der Wissenschaft für E.H. Vits, Frankfurt am Main 1963, S. 110 ff; J. Mincer, Investment in Human Capital and Personal Income Distribution, in: The Journal of Political Economy, Vol. LXVI, 1958, S. 281-302; J. Morgan and M. David, Education and Income, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXVII, 1963, S. 423-437; Th. Schultz, Investment in Human Capital, in: The American Economic Review, Vol. LI, 1961, S. 4; H. Siebert, Zur Frage der Distributionswirkungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 54, 1970, S. 62 und L. Soltow, The Distribution of Income Related to Changes in the Distribution of Education, Age and Occupation, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XLII, 1960, S. 450-453.

Arbeitseinkommen dieser Absolventen und den Arbeitseinkommen, die sie vor ihrer Ausbildung in diesen Ausbildungsinstituten bekommen haben bzw. bekommen hätten, stellt einen Bestandteil des anderen Teils - sagen wir des Teils (B) - des Einkommenseffekts solcher Neuinvestitionen dar.

Die Ursache dafür, daß eine positive Korrelation zwischen dem Lohn einer Person und ihrem Ausbildungsniveau besteht, liegt darin, daß eine positive Korrelation zwischen der Produktivität einer Person und ihrem Ausbildungsniveau besteht, und der Lohn einer Person bekanntlich hauptsächlich von ihrer Produktivität abhängt.[1]

Da aber die totale Produktivität eines Unternehmens selbstverständlich um so größer ist je größer die Arbeitsproduktivität in diesem Unternehmen ist und, weil je größer die totale Produktivität eines Unternehmens ist, desto höher sind in der Regel seine Gewinne, sind die Gewinne (G_1) der Unternehmen, in denen diese Absolventen beschäftigt werden, größer als die Gewinne (G_2), die diese Unternehmen hatten bzw. hätten, als bzw. wenn diese Personen ihr Ausbildungsniveau durch diese Ausbildungsinstitute noch nicht erhöht haben bzw. nicht erhöht hätten. Der Unterschied zwischen den Gewinnen (G_1) und den Gewinnen (G_2) stellt den anderen Bestandteil des Teils (B) des Einkommenseffekts der im Rahmen der Ausbildungshilfe

---

1 Vgl. H.J. Jaksch, Der Begriff der "produktiven Kräfte" bei Friedrich List und das heutige Entwicklungsproblem, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Hrsg. von A. Kruse, 92. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin 1972, insbesondere S. 5f.

durchgeführten Neuinvestitionen dar.[1]

Der Teil (B) des Einkommenseffekts dieser Neuinvestitionen ist also nichts anderes als die monetären Erträge der durch diese Ausbildungsinstitute erfahrenen Ausbildung,[2] d.h. des in dem Produktionsfaktor Arbeit verkörperten (embodied) technischen Fortschritts. Er ist offensichtlich um so größer, je größer die Zahl derjenigen ist, die in diesen Ausbildungsinstituten Ausbildung erfahren haben und in dem Produktionsprozeß beschäftigt werden.

Ähnlich dem oben dargelegten Teil (A) des Einkommenseffekts der im Rahmen der Ausbildungshilfe durchgeführten Neuinvestitionen ist der Teil (A) des Einkommenseffekts der im Rahmen der medizinischen Hilfe durchgeführten Neuinvestitionen. Da in diesen Neuinvestitionen, d.h. in diesen medizinischen Einrichtungen, ausländische Ärzte, ausländische Krankenpfleger und -pflegerinnen, d.h. Ärzte, Krankenpfleger und -pflegerinnen mit hohem Ausbildungsniveau, beschäftigt werden, steigt durch diese medizinischen Einrichtungen das Gesundheits-

---

1 Ähnlich den oben erörterten Bestandteilen des Teils (B) des Einkommenseffekts solcher Neuinvestitionen sind die Bestandteile des Einkommenseffekts der Ausgaben, die das Entwicklungsland zur Ausbildung von seinen Angehörigen im Ausland trägt, wenn die geschickten Praktikanten und Studenten nach ihrer Ausbildung ins Heimatland zurückkehren und beschäftigt werden.

2 Vgl. z.B. G.S. Becker, Human Capital, A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education (General Series Nr. 80), National Bureau of Economic Research, New York 1964, S. 7-66, Deutsche Übersetzung mit dem Titel "Investitionen in Humankapital - Eine theoretische Analyse, in: Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, a.a.O., S. 131-184.

niveau vieler Personen erheblich und dadurch auch ihre Produktivität. Durch Steigerung der Produktivität dieser Personen hat der Einkommenseffekt der im Rahmen der medizinischen Hilfe durchgeführten Neuinvestitionen auch einen anderen Teil, der offenbar dem oben dargestellten Teil (B) des Einkommenseffekts der im Rahmen der Ausbildungshilfe durchgeführten Neuinvestitionen ähnlich ist.

Daß die im Rahmen der Ausbildungshilfe und der medizinischen Hilfe durchgeführten Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) Steigerung der Produktivität und dadurch Steigerung der Produktion bewirken, bedeutet, daß diese Neuinvestitionen einen Produktionseffekt haben. Wie groß dieser Produktionseffekt ist, hängt ab von dem Ausmaß dieser Produktivitätssteigerung sowie von dem Volumen des Teils des vorhandenen Kapitalstocks (TK) und des Teils der direkt produktiven Neuinvestitionen (TI_p), bei denen diejenigen, deren Ausbildungs- und (oder) Gesundheitsniveau als Folge der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) gestiegen sind, beschäftigt werden.
Die Erzeugung dieser Teile des Kapitalstocks (TK) und der direkt produktiven Neuinvestitionen (TI_p) könnte nur gleich $\frac{TK + TI_p}{\sigma'^{1)}}$ sein, wenn die Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) nicht durchgeführt wären. Als Folge der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}), d.h. als Folge der durch sie ausgelösten Steigerung der Produktivität der Unternehmen von TK und TI_p ist σ' in diesen Unternehmen nicht mehr so groß

---

1 σ' bedeutet Kapitalkoeffizient der Unternehmen von TK und TI_p, wenn die Neuinvestitionen (I_{AH};I_{MH}) nicht durch-geführt wären.

wie beim Fehlen der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}). Diesen produktivitätsfördernden Effekt der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) drücken wir durch den Parameter "f" aus, wobei $0 < f < 1$ gilt. Demnach ändert sich die Erzeugung dieser Unternehmen beim Fehlen der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) von $\frac{TK + TI_p}{\sigma}$ in $\frac{TK + TI_p}{\sigma(1-f)}$ als Folge der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}).[1] Die Differenz zwischen $\frac{TK + TI_p}{\sigma(1-f)}$ und $\frac{TK + TI_p}{\sigma}$ stellt offenbar den Produktionseffekt der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) dar.

Es ist also ersichtlich, daß der Produktionseffekt der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) um so größer ist, je größer "f", TK und TI_p sind bzw. je größer die Zahl derjenigen ist, deren Ausbildungs- und (oder) Gesundheitsniveau als Folge der Neuinvestitionen (I_{AH}; I_{MH}) steigen und in dem Produktionsprozeß beschäftigt werden.

Die technische Hilfe kann nicht nur durch ihre Formen Ausbildungshilfe und medizinische Hilfe die Produktivität und dadurch die Erzeugung in den Entwicklungsländern erhöhen, sondern selbstverständlich auch durch die Personalhilfe in anderen Wirtschaftszweigen. Die Steigerung der Produktivität durch diese Personalhilfe kann in der Regel eine Steigerung der Gewinne der Unternehmen zur Folge haben, bei denen dieses Personal beschäftigt wird, obwohl die Gehälter bzw. die Löhne eines solchen Personals bekanntlich hoch

---

1 Vgl. H. Timm, Staat, Wachstum und Preisniveau, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 119. Bd., 1963, S. 267 f.

sind. Durch das Anwachsen von Gewinnen vergrößert sich das Volkseinkommen.

Nun wollen wir überprüfen, wie stark der indirekte Einfluß der technischen Hilfe auf die jährlichen Neuinvestitionen in Entwicklungsländern ist bzw. wie stark die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen in diesen Ländern als Folge der technischen Hilfe steigen[1].

Durch ausländische Experten in Geologie und durch diejenigen, deren Ausbildungsniveau in Geologie infolge der Hilfsform, Ausbildung, steigt, wird der Boden geologisch erfolgreicher erforscht, d.h. nutzbare Lagerstätten werden schneller gefunden als ohne diese Hilfsformen. Dadurch und durch die Steigerung der Produktivität in der Bergwerkindustrie infolge der technischen Hilfe steigt das Angebot an mineralischen Rohstoffen und Brennstoffen bzw. Energiegütern schneller als ohne diese Hilfe. Wenn solches Angebot in größerem Ausmaß steigt als das Ausmaß, in dem der Bedarf der Entwicklungsländer an ihren mineralischen Rohstoffen und Energiegütern sich infolge des durch die technische Hilfe erzielten schnelleren bzw. größeren Wirtschaftswachstums in diesen Ländern vergrößert, und das ist normalerweise der Fall, können diese Länder mehr von diesen Rohstoffen und Energiegütern

---

1 Das Ausmaß der jährlichen Neuinvestitionen in Entwicklungsländern hängt ja, wie wir bereits wissen, von den jährlichen Devisenmengen ab, die von den für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder nach Abzug der für die Durchführung der Ersatzinvestitionen erforderlichen Devisenmengen übrigbleiben, d.h. die Neuinvestitionen in diesen Ländern sind um so größer, je größer die für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder sind.

den hochentwickelten Volkswirtschaften anbieten als ohne die technische Hilfe.

Erfahrungsgemäß erfährt der durch einheimische Erzeugung nicht befriedigte Bedarfsteil der Industrieländer an mineralischen Rohstoffen und Energiegütern bzw. die Nachfrage dieser Länder nach solchen Waren aus den Entwicklungsländern eine dauernde Steigerung.[1,2]
Es ist aber eine Tatsache, daß, wenn es nur die technische Hilfe und keine Exporthilfe sowie keine Kapitalhilfe gäbe, wäre der Geschwindigkeitsgrad der Steigerung der Nachfrage der Industriestaaten nach mineralischen Rohstoffen und Energiegütern aus den Entwicklungsländern etwas kleiner,[3]

---

1 Vgl. H.K. Schneider, Zur Konzeption einer Energiewirtschaftspolitik, in: Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft, Festschrift für Th. Wessels, Essen 1967, S. 32 und H.St. Seidenfus, Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. 30/I, 1964, S. 268.

2 Während der Grund des steigenden Bedarfs der Länder an mineralischen Rohstoffen das dauernde realisierte Wachstum ist, wächst der Bedarf der Länder an Energiegütern dauernd nicht nur wegen des ständig erzielten Wachstums, sondern auch aus dem Grunde, daß die Entwicklung neuartiger Verbrauchsgeräte zusätzliche Anwendungsbereiche erschließt und damit eine weitere Steigerung des Energieverbrauchs verursacht.
Vgl. H.K. Schneider i.V.m. H. Bals und U. Bönner, Zur Konzeption einer interventionistisch-marktwirtschaftlichen Energiepolitik, Gutachten, als Manuskript vervielfältigt, Münster 1968, S. 38.

3 Der Grund dafür ist, daß auch die Exporthilfe und die Kapitalhilfe das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern beschleunigen können und alles, was dieses Wirtschaftswachstum beschleunigt, beschleunigt auch, wie wir sehen werden, das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten, und je größer das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten

würden das Ausmaß der Entwicklungshilfe von solchen Ländern, die die Voraussetzungen beim Verbrauch dieser Art Hilfen, wie wir ja wissen, viel schneller weiter sind, wenn nur die technische Hilfe vorhanden wäre. Deshalb ist weil beim Vorhandensein dieser Art Hilfen das Ausmaß der Entwicklungshilfe von solchen Ländern, die Voraussetzungen erfüllen, die Deckung dieser Hilfen neben dieser Art meistens nicht übersteigt, kann man wie sagen, daß die durch die technische Hilfe mögliche Steigerung des Ausmaßes der Entwicklungshilfe von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Energiekrisen, die die Industrieländer in gleichem Ausmaß wie Steigerung der Exporte dieser Länder von solchen Arten, die Industrieländer bewirkt.

Aus Entwicklungsländer, die neben dieser Exporte der Entwicklungsländer beim Vorhandensein der technischen Hilfe schneller steigen als ohne diese Hilfe, verursacht auch auch die Exporte dieser Länder von zahlungsbilanzmäßigen Schwierigkeiten in die Industrieländern beim Vorhandensein der technischen Hilfe schneller als ohne diese Hilfe.

Obwohl die technische Hilfe schnellere Entwicklung von neuen exportierenden Lagerstätten sowie auch eine Steigerung der Produktivität in der Exportwirtschaft und im Importersatz in den Entwicklungsländern bewirkt, bewirkt sie in den Fall der verschlechterten Industrie einer Steigerung der Produktivität auch Verschlechterung der Produktion und Verminderung der Zahl der Produktivität, weil die

---

Fortsetzung S. 6

der, durch größer der erforderlichen die Nachfrage dieser Waren nach mineralischen Rohstoffen und Energieträgern als der Entwicklungsländern.

Steigerung des Ausbildungsniveaus infolge der Ausbildungshilfe und die Verfügung sowie die Verfügbarkeit über ausländisches Personal in der Regel verursachen, daß moderne Maschinen in Entwicklungsländern importiert[1] bzw. ausgenutzt werden, mit denen sowohl alte Produkte mit besserer Qualität produziert sowie modernisiert werden als auch neue bzw. moderne Industrien aufgebaut werden[2].

Moderne Maschinen sind, wie wir wissen, Maschinen, in denen technischer Fortschritt verkörpert (embodied) ist.[3] Technischer Fortschritt der Industriestaaten, d.h. der Staaten, aus denen die Entwicklungsländer moderne Maschinen einführen, ist bekanntlich meistens ein arbeitssparender (labour-saving) und kapitalverwendender (capital-using)

---

1 Vgl. W. Hoffmann, Erziehungs- und Forschungsausgaben im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß, a.a.O., S. 129.

2 Dadurch verändert sich offensichtlich die Wirtschaftsstruktur zugunsten des Industriesektors, d.h. des Sektors von hoher Produktivität.

3 Daß moderne Maschinen Maschinen sind, in denen technischer Fortschritt verkörpert ist und daß mit modernen Maschinen, wie wir wissen, sowohl Erweiterungs- als auch Ersatzinvestitionen durchgeführt werden, bedeutet das alles, daß der technische Fortschritt sich in Bruttoinvestitionen verkörpert.
Vgl. W. Hoffmann, Die Entwicklung von Kapitalkoeffizient und Lohnquote im wirtschaftlichen Wachstum, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 180. Bd., Stuttgart 1967, S. 185 und auch R.M. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 39, 1957, S. 316 f.

technischer Fortschritt.[1] Diese Art des technischen Fortschritts entspricht ja der Lage der Industriestaaten auf dem Arbeits- und Kapitalmarkt. Der technische Fortschritt, der aber zu den Entwicklungsländern paßt, wäre selbstverständlich genau das Gegenteil eines solchen technischen Fortschritts, d.h. wäre ein arbeitsverwendender (labour-using) und kapitalsparender (capital-saving) technischer Fortschritt, weil dieser technische Fortschritt im Gegenteil zu dem meist realisierten technischen Fortschritt das Problem von Kapitalknappheit verkleinern kann und die Beschäftigung gleichzeitig schneller vergrößern kann als der meist realisierte technische Fortschritt.[2] Trotzdem importieren Entwicklungsländer, wie bereits oben gesagt, moderne Maschinen bzw. Maschinen, in denen meist arbeitssparender und kapitalverwendender technischer Fortschritt verkörpert ist. Das machen diese Länder,

---

1 Zu den möglichen bzw. denkbaren Arten des technischen Fortschritts siehe z.B. A. Asimakopulos and J.C. Weldon, The Classification of Technical Progress in Models of Economic Growth, in: Economica, N.S. Vol. XXX, 1963, S. 372-386; S. Klatt, Zur Theorie der Industrialisierung, Hypothesen über die Bedingungen, Wirkungen und Grenzen eines vorwiegend durch technischen Fortschritt bestimmten wirtschaftlichen Wachstums (Buchreihe des Instituts für Industrie- und Gewerbepolitik an der Universität Hamburg), Hrsg. von F. Voigt, 1. Bd., Köln und Opladen 1959, S. 133 ff; A.E. Ott, Produktionsfunktion, Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 17, 1959, S. 155-202 und A.E. Ott, Technischer Fortschritt, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., Stuttgart Tübingen, Göttingen 1959, S. 302-315.

2 Vgl. United nations, Economic Bulletin for Latin America, Santiago, 1964, S. 8.

weil sie wissen, daß moderne Maschinen trotzdem besser bzw. viel besser für ihren Wirtschaftswachstumsprozeß als unmoderne Maschinen sind, da bei der Ausnutzung von modernen Maschinen ihre Exporte von industriellen Gütern in die Industriestaaten viel größer sein bzw. viel schneller steigen können als bei Ausnutzung von unmodernen Maschinen und zugleich die Ausnutzung von modernen Maschinen, wie wir sehen werden, negative Effekte auf die Mengen und den Wert ihrer Importe von industriellen Verbrauchsgütern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften hat, wodurch die Ausnutzung von modernen Maschinen bedeutende schnellere Steigerung der jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer zur Folge haben kann als die Ausnutzung von unmodernen Maschinen.

Daß bei der Ausnutzung der Entwicklungsländer von modernen Maschinen ihre Exporte von industriellen Gütern in die Industriestaaten viel größer sein bzw. viel schneller steigen können als bei der Ausnutzung dieser Länder von unmodernen Maschinen, ist darauf zurückzuführen, daß bei Ausnutzung von modernen Maschinen, wie wir wissen, die Produktivität größer ist bzw. die Kosten kleiner sind und dadurch die Preise niedriger sein können, und zugleich die Qualität der Produkte besser ist und die Produktartikel sich viel schneller vermehren können und viel moderner sind als bei Ausnutzung von unmodernen Maschinen.

Die technische Hilfe hat noch einen anderen positiven Effekt auf die Mengen und die Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer von industriellen Gütern sowie von anderen Gütern in die hochentwickelten Volkswirtschaften und zwar dadurch, daß sie, d.h.

die technische Hilfe, - wie wir sehen werden - das Anwachsen des Volkseinkommens auch in den hochentwickelten Volkswirtschaften beschleunigt.[1]

Die Steigerung der Exporte der Entwicklungsländer von industriellen Produkten in die Industriestaaten als Folge der technischen Hilfe geschieht in der Regel mit einem größeren Prozentsatz als der Prozentsatz, mit dem die Exporte dieser Länder von Primärprodukten in die Industriestaaten infolge dieser Hilfe steigen.[2] Daher und weil erfahrungsgemäß die Preise der industriellen Produkte im Gegensatz zu den Preisen von Primärprodukten mit der Zeit steigen[3], beschleunigt die technische Hilfe auch durch die durch sie ausgelöste Strukturwandlung der Exporte der Entwicklungsländer in die Industriestaaten die Steigerung der Erlöse der Entwicklungsländer aus ihren Exporten in die Industriestaaten.

Aus der obigen Darlegung ist es also ersichtlich, daß die technische Hilfe einen sehr großen positiven

---

1 Da je mehr das Volkseinkommen der hochentwickelten Volkswirtschaften steigt, desto schneller vermehren sich ihre Importe auch aus den Entwicklungsländern, d.h. desto schneller steigen die Mengen und die Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer in die hochentwickelten Volkswirtschaften. Vgl. E. Boettcher, Einleitung, in: Ostblock, EWG und Entwicklungsländer, Hrsg. von Erik Boettcher, Stuttgart 1963, S. 20.

2 Vgl. G. Kohlmey, Einige Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Außenhandel, in: Außenwirtschaft und Wachstum, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums in Sozialismus und Kapitalismus, Hrsg. von G. Kohlmey, Berlin 1968, S. 24 f.

3 Vgl. D. Benecke, Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern, Eine Analyse des Beitrags der Genossenschaften zur wirtschaftlichen Entwicklung, (Schriften zur Kooperationsforschung), Hrsg. von Erik Boettcher u.a., 2. Bd., Tübingen 1972, S. 4.

Effekt auf die Entwicklung der Erlöse der Entwicklungsländer aus ihren Exporten in die hochentwickelten Volkswirtschaften haben kann.

Gleichzeitig hat die technische Hilfe durch die durch sie ermöglichte Ausnutzung von modernen Maschinen in Entwicklungsländern aus den gleichen Gründen, - aus denen diese Hilfe durch die durch sie ermöglichte Ausnutzung von modernen Maschinen in diesen Ländern bewirken kann, daß die Exporte dieser Länder von industriellen Gütern in die hochentwickelten Volkswirtschaften viel größer sein bzw. viel schneller steigen können als beim Fehlen der Möglichkeit der Ausnutzung von modernen Maschinen,[1] - das zur Folge, daß jedes Entwicklungsland viele von ihren Importen von industriellen Verbrauchsgütern, die es vor Ausnutzung von modernen Maschinen aus hochentwickelten Volkswirtschaften importieren mußte, ganz bzw. teilweise durch eigene Produkte und durch Importe aus anderen Entwicklungsländern ersetzt. Deshalb kann die Ausnutzung von modernen Maschinen in Entwicklungsländern einen großen negativen Effekt auf die Menge und den Wert der Importe dieser Länder von industriellen Verbrauchsgütern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften haben.
Die Frage ist nun, ob das bedeutet, daß die technische Hilfe einen großen negativen Effekt auf die Menge und den Wert der Importe der Entwicklungsländer von industriellen Verbrauchsgütern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften haben kann.

Die technische Hilfe verringert, wie wir gesehen haben, weitgehend die Sterberate sowohl durch

---

1 Zu diesen Gründen siehe diese Arbeit, S. 68

ihre Form, medizinische Hilfe, als auch durch die Berater, durch die die Verkehrsunfälle und die Arbeitsunfälle verringert werden. Auch die Form der technischen Hilfe, Ausbildungshilfe, hat eigentlich einen negativen Effekt auf die Sterberate, weil diese Hilfsform die Steigerung der Zahl der Ausgebildeten, wie schon oben gezeigt ist, sehr beschleunigt und bekanntlich die Ausgebildeten ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Angehörigen besser bzw. viel besser bewahren als die Unausgebildeten. Man kann also mit Recht der Meinung sein, daß die technische Hilfe eine relativ sehr große negative Wirkung auf die Sterberate hat.

Wie wir aber bereits wissen, erhöht die technische Hilfe die Produktivität u.a. im Agrarsektor. Die Steigerung dieser Produktivität führt, wie eine Steigerung der Preise in diesem Sektor, dazu, daß die Bauern mehr von ihrer eigenen Produktion zu konsumieren beginnen[1]. Die technische Hilfe führt also dazu, daß viele Bauern, die früher unter Unterernährung leiden mußten, darunter nicht mehr leiden. Da aber eine positive Korrelation zwischen Unterernährung und Fruchtbarkeit besteht[2], verringert

---

1 Vgl. W.A. Lewis, The Principles of Economic Planning, London 1952, reprinted in: Leading Issues in Development Economics, ed. by G.M. Meier, New York 1964, S. 421.

2 A. Muddathir, Die Industrialisierung der wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Ein Beitrag zur Lösung des Problems der wirtschaftlichen Unterentwicklung im Rahmen einer horizontalen internationalen Arbeitsteilung, (Volkswirtschaftliche Schriften), Heft 31, Berlin 1957, S. 97 f.

sich die Fruchtbarkeit dieser Menschen und dadurch bewirkt die technische Hilfe einen Rückgang der Geburtenrate. Ein solcher Rückgang der Geburtenrate ist aber relativ sehr niedrig.[1]
Wie wir aber wissen, haben die Ausgebildeten in der Regel ein viel größeres Interesse an der Zukunft ihrer Kinder als die Unausgebildeten. Die Ausgebildeten wissen zugleich, daß je weniger Kinder sie haben, desto mehr können sie eine gute Zukunft für ihre Kinder realisieren. Trotzdem versuchen die meisten Ausgebildeten in den Entwicklungsländern die Geburtenregelungsmittel aus bestimmten Gründen - wie z.B. aus ihrem Glauben, daß die Religion jede Geburtenregelung verbietet - nicht zu benutzen. Daher kann die Ausbildungshilfe dadurch, daß sich durch sie - wie schon mehrfach erwähnt - die Zahl der Ausgebildeten viel schneller vergrößert als ohne diese Hilfsform, nur einen sehr kleinen negativen Effekt auf die Geburtenrate haben.

Es ist also zu ersehen, daß die technische Hilfe die Sterberate entscheidend schneller verringert als die Geburtenrate. Dadurch hat diese Hilfe offenbar zur Folge, daß die Zahl der Bevölkerung sich entscheidend schneller vergrößert als ohne diese Hilfe.
Dieses schnellere Anwachsen der Zahl der Bevölkerung der Entwicklungsländer infolge der technischen

---

1 Daß dieser Rückgang der Geburtenrate relativ sehr niedrig ist, kann dadurch nachgewiesen werden, daß bekanntlich die Geburtenrate der Bauern in den Entwicklungsländern trotz des Vorhandenseinsder technischen Hilfe immer noch sehr hoch ist.

Hilfe sowie auch die durch die technische Hilfe ausgelöste schnellere Steigerung des Volkseinkommens dieser Länder beeinflussen die Menge und den Wert der Importe dieser Länder von industriellen Verbrauchsgütern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften positiv.[1] Deshalb kann die technische Hilfe offenbar keinen großen negativen Effekt auf die Menge und den Wert solcher Importe der Entwicklungsländer haben trotz des infolge der durch die technische Hilfe ermöglichten Ausnutzung von modernen Maschinen realisierten großen negativen Effekts auf die Menge und den Wert solcher Importe der Entwicklungsländer.

Gleichzeitig haben die durch die technische Hilfe realisierte schnellere Steigerung der Bevölkerungszahl und des Volkseinkommens in den Entwicklungsländern sowie die relativ hohe Einkommenselastizität in diesen Ländern in Bezug auf die Nahrungsmittel zur Folge, daß die Nachfrage dieser Länder nach Nahrungsmitteln in der Regel entscheidend schneller wächst als beim Fehlen der technischen Hilfe,[2] was dazu führen kann, daß sich trotz des auf Grund der durch diese Hilfe erzielten Steigerung

---

1 Denn je mehr das Volkseinkommen und die Zahl der Bevölkerung in den Entwicklungsländern steigen, desto mehr normalerweise die Importe dieser Länder von industriellen Verbrauchsgütern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften sich vermehren.

2 Vgl. S. Kuznets, The Economic Requirements of Modern Industrialization, in: Economic Growth and Structure, London 1966, S. 198 und H. Ruthenberg, Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung, (Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft), Hrsg. von O. Schiller u.a., Sonderheft Nr. 2, Frankfurt am Main, o.J., S. 13 f.

der Produktivität im Agrarsektor in diesen Ländern realisierten Anwachsens ihrer inländischen Produktion von Nahrungsmitteln ihre Importe von Nahrungsmitteln aus den hochentwickelten Volkswirtschaften schneller vermehren als ohne die technische Hilfe.
Auch die Importe der Entwicklungsländer aus den Industriestaaten von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die in den Entwicklungsländern nicht produziert werden, vermehren sich schneller infolge der technischen Hilfe, weil sich der Bedarf der Entwicklungsländer auch an diesen Waren als Folge der durch diese Hilfe ausgelösten schnelleren Steigerung der Produktion im Industriesektor schneller vergrößert als beim Fehlen dieser Hilfe. Daneben müssen die Entwicklungsländer jährlich eine bestimmte Devisenmenge für die Finanzierung der Ausbildung von ihren Angehörigen in hochentwickelten Volkswirtschaften opfern.
Gleichzeitig sind aber normalerweise die im Rahmen der technischen Hilfe an die Entwicklungsländer gewährten Kredite in jeder Periode größer als die Summe der Kredittilgung plus Zinsen plus dem Teil der Löhne und der Gehälter der ausländischen Beschäftigten, der in die Länder dieser Ausländer in harter Währung geht, in den entsprechenden Perioden.[1]

Aus der obigen Darlegung ist es also ersichtlich, daß bei der technischen Hilfe die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer sich nur viel schneller und

---

1 Die genannte Summe ist in jeder Periode normalerweise kleiner als die im Rahmen der technischen Hilfe an die Entwicklungsländer gewährten Kredite in den entsprechenden Perioden vor allem, weil diese Kredite, wie es doch bekannt ist, sehr

nicht sehr viel schneller vermehren können als ohne diese Hilfe.[1,2] Deshalb können die Neuinvestitionen dieser Länder beim Vorhandensein der technischen Hilfe nur viel schneller und nicht sehr viel schneller steigen als ohne diese Hilfe.
Eine viel schnellere Steigerung der Neuinvestitionen hat ein viel schnelleres Anwachsen des Sozialprodukts und des Volkseinkommens zur Folge, weil je größer

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

langfristig sind, da die Zinssätze solcher Kredite, wie wir wissen, relativ sehr niedrig sind und weil der Teil der Löhne und der Gehälter des ausländischen Personals, der in die Länder dieses Personals in harter Währung geht, in der Regel nicht groß ist.

---

1 Daß bei der technischen Hilfe die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer größer sind als ohne diese Hilfe, bedeutet, daß diese Hilfe den Entwicklungsländern größere Mengen von ihren Rohstoffen, Energie- und Konsumgütern zu Kapitalgütern umzuwandeln ermöglicht als beim Fehlen dieser Hilfe.

2 Die technische Hilfe beschleunigt also die Vermehrung der Importe der Entwicklungsländer nicht nur von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und von Halbfabrikaten aus den Industriestaaten, sondern auch von Kapitalgütern aus diesen Staaten. Daß sich infolge der technischen Hilfe solche Importe der Entwicklungsländer aus den Industriestaaten schneller vermehren und, daß der negative Effekt dieser Hilfe auf die Importe der Entwicklungsländer von industriellen Verbrauchsgütern aus den Industriestaaten, wie wir bereits gesehen haben, nicht groß ist, bedeutet, daß sich bei der technischen Hilfe die Exporte (insgesamt) der Industriestaaten in die Entwicklungsländer schneller vermehren als ohne diese Hilfe. Dadurch wird das Wachstum in den Industriestaaten offenbar beschleunigt. Zugleich beschleunigt diese Hilfe das Anwachsen des Volkseinkommens der Industriestaaten auch durch die Löhne und die Gehälter ihrer Angehörigen, die im Rahmen dieser Hilfe in den Entwicklungsländern beschäftigt werden, sowie auch durch die Zinsen, die die Industriestaaten jährlich von

die Neuinvestitionen sind, desto größer sind ihr Produktions- und Einkommenseffekt.

Obwohl die Neuinvestitionen der Entwicklungsländer infolge der technischen Hilfe viel schneller steigen als ohne diese Hilfe, ist in der Regel die Zahl der jährlich neuen inländischen ausgebildeten Beschäftigten nur wenig größer als ohne diese Hilfe, weil diese Hilfe Ausnutzung von modernen Maschinen, d.h.- wie wir bereits wissen - Maschinen, in denen meist arbeitssparender und kapitalverwendender technischer Fortschritt embodied ist, zur Folge hat, weil ein Teil der neuen Beschäftigten Ausländer sind und da die Zahl der für den jährlichen Ersatz der aus den Gründen Tod bzw. Erwerbsunfähigkeit als Folge von Unfällen bzw. von schweren Krankheiten aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen ausgebildeten Arbeitskräfte notwendigen ausgebildeten Arbeitskräfte sich infolge der technischen Hilfe erheblich verkleinert[1].
Da die Zahl der jährlich neuen inländischen ausgebildeten Beschäftigten beim Vorhandensein der technischen Hilfe nur wenig größer ist als ohne diese Hilfe und, weil die Zahl der inländischen erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern beim Vorhandensein der technischen Hilfe, wie oben gezeigt ist, sehr viel schneller wächst als ohne diese Hilfe, bewirkt

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

den Entwicklungsländern für ihre im Rahmen dieser Hilfe an die Entwicklungsländer gewährten Kredite bekommen.

---

1 Weil, wie wir bereits gesehen haben, durch die technische Hilfe die Sterberate und die Rate der durch Krankheiten bzw. Unfälle erwerbsunfähig werdenden Arbeitskräfte weitgehend sinken können.

die technische Hilfe eine stets wachsende Steigerung der Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen in den Entwicklungsländern.
Bekanntlich ist aber, daß je größer die Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen ist, desto größer sind die innenpolitischen Unruhen, da die ausgebildeten Arbeitskräfte, wie es bekannt ist, im Gegensatz zu den unausgebildeten Arbeitskräften große Münder und laute Stimmen haben. D.h. die technische Hilfe führt eines Tages durch die durch sie ständig resultierende wachsende Steigerung der Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen in den Entwicklungsländern zu großen wachsenden Unruhen in diesen Ländern, was die Kapitalflucht aus diesen Ländern sehr beschleunigt.[1] Dadurch wird dann natürlich das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern im Laufe der Zeit immer mehr und mehr beeinträchtigt. Diese negative Wirkung der technischen Hilfe auf das Wirtschaftswachstum kommt offensichtlich nicht vor, falls die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. die Neuinvestitionen der Entwicklungsländer durch Gewährung auch von anderen Hilfen an diese Länder so steigen können, daß die Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen als Folge der durch die technische Hilfe ausgelösten viel schnelleren Steigerung der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in diesen Ländern nie so groß sein wird, daß sie große innenpolitische Unruhen in diesen Ländern verursacht.

---

1 Es ist von Bedeutung hier zu erwähnen, daß die bisherigen Erfahrungen in den Entwicklungsländern gezeigt haben, daß dem Problem der Kapitalflucht schon auf nationaler Ebene kaum beizukommen ist und daß es höchst zweifelhaft ist, daß internationale Maßnahmen gefunden werden können, die einigermaßen erfolgversprechend sind. Siehe J.-U. Meyer u.a., Die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, Konzept und Kritik einer globalen Entwicklungsstrategie, (Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik), Hrsg. von Karl-Heinz Hottes u.a., 10. Bd., Düsseldorf 1971, S. 108.

2. Wirkungen der Exporthilfe

Durch die von den hochentwickelten Volkswirtschaften ergriffenen Maßnahmen zur Öffnung bzw. Erweiterung ihrer Märkte für Waren aus den Entwicklungsländern wird es den Entwicklungsländern offensichtlich ermöglicht, ihre Exporte in die hochentwickelten Volkswirtschaften schneller zu vergrößern. Die Größe des positiven Effekts dieser Maßnahmen auf das Volumen und die Erlöse dieser Exporte der Entwicklungsländer ist aber von Warengruppe zu Warengruppe unterschiedlich bzw. sehr unterschiedlich.

Statistisch läßt es sich nachweisen, daß die Mengen der Exporte der Entwicklungsländer von tropischen Produkten in die Industriestaaten von der Höhe der Zölle und der Steuerbelastung sehr abhängen.[1] D.h. die von den Industriestaaten ergriffenen Maßnahmen, Senkung von Zöllen und Milderung der Steuerbelastung, können eine relativ große positive Wirkung auf das Volumen und den Wert der Exporte der Entwicklungsländer von tropischen Produkten in die Industriestaaten haben. Solche Maßnahmen können aber nur einen niedrigen positiven Effekt auf das Volumen und die Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer von Rohstoffen und Energiegütern in die Industriestaaten haben, weil die Nachfrage der Industriestaaten nach solchen Waren in Bezug auf dem Preis relativ unelastisch ist[2].

---

1 Vgl. H.M. Schmid, Entwicklungsländer und internationaler Handel, (Diss.), o.O., 1965, S. 77 f.

2 Vgl. H.B. Lary, Economic Development and the Capacity to Import - National Policies, Lectures on Economic Development, Instanbul 1958, reprinted in: Leading Issues in Development Economics, ed. by G.M. Meier, a.a.O., S. 376.

Gleichzeitig können die Mengen und die Erlöse der Exporte der Entwicklungsländer von industriellen Gütern in die Industriestaaten durch die Maßnahmen der Industriestaaten zur Öffnung bzw. Erweiterung ihrer Märkte für Entwicklungsländerwaren nur wenig schneller steigen als ohne diese Maßnahmen, wenn ausschließlich die Exporthilfe angeboten wird,d.h., wenn die technische Hilfe fehlt, da beim Fehlen der technischen Hilfe - wie bereits oben erwähnt - die Qualität der industriellen Produkte in Entwicklungsländern nur niedrig sein kann und die Artikel dieser Produkte nur relativ sehr wenig und unmodern sein können als Folge der durch den beim Fehlen der technischen Hilfe bestehenden niedrigen Ausbildungsstand verursachten Ausnutzung nur von sehr unmodernen Maschinen.

Zugleich hat die Exporthilfsform, Preisstabilisierung, einen relativ geringen positiven Effekt auf die Erlöse der Entwicklungsländer aus ihren Exporten in die Industriestaaten. Der Grund dafür, daß die positive Wirkung dieser Exporthilfsform auf solche Erlöse relativ gering ist, liegt darin, daß die Zahl der internationalen Warenabkommen sowie die Zahl der hochentwickelten Volkswirtschaften - die mit Entwicklungsländern bilaterale handelspolitische Vereinbarungen abschließen, in denen sich diese hochentwickelten Volkswirtschaften verpflichten, bestimmte Waren aus diesen Entwicklungsländern zu gleichbleibenden Preisen abzunehmen, die die Weltmarktpreisschwankungen also nicht mitmachen - relativ sehr klein sind,[1] obwohl diese internationalen Abkommen und die genannten bilateralen Vereinbarungen,

---

1 Vgl. H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 66 ff ferner W. Scheel, Methoden und Technik der Entwicklungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der Einfuhrförderung, a.a.O., S. 18 f.

wie wir schon wissen, die hauptsächlichen Maßnahmen im Rahmen der Hilfsform, Preisstabilisierung, darstellen.

Obwohl die Exporthilfe einige positive Effekte auf die Erlöse der Entwicklungsländer aus ihren Exporten in die Industriestaaten hat, können die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer als Folge dieser Hilfe nur relativ viel schneller steigen als ohne diese Hilfe, weil die meisten Effekte der Exporthilfe auf die Erlöse dieser Länder aus ihren Exporten in die Industriestaaten, wie wir schon gesehen haben, niedrig sind und da eine schnellere Steigerung der Devisenmengen der Entwicklungsländer normalerweise eine schnellere Steigerung der Importe dieser Länder aus den Industriestaaten nicht nur von Kapitalgütern, sondern auch von Rohstoffen und Halbfabrikaten[1] - die in den Entwicklungsländern nicht produziert werden - sowie von Konsumgütern bewirkt. Daher können die Neuinvestitionen in den Entwicklungsländern als Folge der Exporthilfe nur relativ viel schneller steigen als beim Fehlen dieser Hilfe.
Da die Neuinvestitionen in den Entwicklungsländern beim Vorhandensein der Exporthilfe nur relativ viel schneller steigen können als ohne diese Hilfe, können die Beschäftigung, das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen in diesen Ländern als Folge der Exporthilfe nur relativ viel schneller anwachsen als ohne diese Hilfe.

---

1 Die Importe der Entwicklungsländer von Rohstoffen und halbfabrikaten aus den Industriestaaten erfahren eine schnellere Steigerung als Folge der schnelleren Steigerung der Devisenmengen der Entwicklungsländer, weil infolge der schnelleren Steigerung dieser Devisenmengen die Importe der Entwicklungsländer von Kapitalgütern bzw. ihre Neuinvestitionen - wie wir wissen - schneller steigen.

3. Wirkungen der Kapitalhilfe

Wie wir bereits wissen, umfaßt die Kapitalhilfe vor allem Direktinvestition sowie Kredithilfe.

Die Direktinvestition ergänzt normalerweise immer das nationale Sparen der Entwicklungsländer.[1,2]

Bekanntlich ist es aber, daß in den Entwicklungsländern die Direktinvestition am Anfang in einem kleinen Ausmaß durchgeführt wurde und, daß die jährliche Direktinvestition in diesen Ländern nur langsam steigt.[3] Gleichzeitig bleibt eine ausländische Investition in dem Anlageland nicht ewig vorhanden. Sie wird in der Regel nur einmal erneuert. D.h., daß sie nur mehrere Jahre in dem Anlageland vorhanden bleibt.
Wie die jährliche Direktnettoinvestition sich unter diesen Umständen im Laufe der Zeit verhält, wollen wir jetzt mit Hilfe eines Zahlenbeispiels überprüfen.

---

1 Vgl. C. Flores, ehemaliger mexikanischer Finanzminister, zitiert nach H. Giesecke, Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 30.

2 Ob auch die Kredithilfe das tut - d.h. immer das nationale Sparen der Entwicklungsländer ergänzt -, werden wir später sehen.

3 Ausgenommen davon ist der Fall der Ölländer. Wie wir wissen, wurde die Direktinvestition in Ölländern am Anfang in großem Ausmaß durchgeführt und die jährliche Direktinvestition steigt in diesen Ländern relativ schnell.

Zahlenbeispiel:

Annahmen: 1. Erste Direktinvestition beträgt 10 Mio DM
2. Die jährliche Direktinvestition steigt mit einer Wachstumsrate von 4%.
3. Jede ausländische Investition wird nach zwölf Jahren aufgebraucht und erneuert bzw. die Dauer des Vorhandenbleibens jeder ausländischen Investition im Anlageland beträgt vierundzwanzig Jahre.

Tabelle 3: Das Verhalten der jährlichen Direktnettoinvestition in der Zeit

Jahre	Jährliche Direktinvestition	Jährliche Direktnettoinvestition
1	10	10
2	10,4	10,4
3	10,816	10,816
4	11,265	11,265
5	11,715	11,715
6	12,184	12,184
7	12,671	12,671
8	13,178	13,178
9	13,705	13,705
10	14,253	14,253
11	14,823	14,823
12	15,416	15,416
13	16,033	16,033
14	16,674	16,674
15	17,341	17,341
16	18,035	18,035
17	18,756	18,756

Tabelle 3 (Fortsetzung): Das Verhalten der jährlichen Direktnettoinvestition in der Zeit

Jahre	Jährliche Direktinvestition	Jährliche Direktnettoinvestition
18	19,506	19,506
19	20,286	20,286
20	21,097	21,097
21	21,940	21,940
22	22,818	22,818
23	23,731	23,731
24	24,680	24,680
25	25,667	15,667
26	26,694	16,294
27	27,762	16,946
28	28,872	17,607
29	30,042	18,327
30	31,244	19,060

Wie wir ja wissen, entsprechen die Annahmen 2 und 3 dieses Beispiels und damit sein Ergebnis - daß die jährliche Direktnettoinvestition in jedem Jahr der ersten vierundzwanzig Jahre (natürlich) so wenig wie die jährliche Direktinvestition in den entsprechenden Jahren ist, und dann vom 25. Jahr an die jährliche Direktnettoinvestition in jedem Jahr nur wenig größer als 60% der jährlichen Direktinvestition in den entsprechenden Jahren ist (Vgl. die obige Tabelle), d.h., daß die Jährliche Direktnettoinvestition zunächst (natürlich) so langsam wie die Direktinvestition steigt und im 25. Jahr erheblich sinkt und dann noch viel langsamer als die Direktinvestition steigt - wesentlich der Realität. Deshalb kann ja die Kapitalhilfsform,

Direktinvestition, die jährliche Wertschöpfung in den Entwicklungsländern (abgesehen von dem Fall der Ölländer) nicht viel erhöhen.
Zugleich gehört nur ein relativ kleiner Teil der durch die jährlichen Direktnettoinvestitionen realisierten Wertschöpfung den Volkseinkommen der Anlageländer bzw. der Entwicklungsländer, weil die Gewinne der ausländischen Investoren sowie die Löhne bzw. die Gehälter der ausländischen Beschäftigten in den ausländischen Investitionen den Volkseinkommen der Anlageländer, wie wir bereits wissen, nicht gehören und diese Gewinne und solche Löhne bzw. Gehälter den größten Teil der durch die Direktnettoinvestitionen realisierten Wertschöpfung darstellen.

Obwohl Gewinne der ausländischen Investoren, die die inlandsbezogenen Direktinvestitionen durchführen, sowie ein Teil der Löhne und der Gehälter der ausländischen Beschäftigten in diesen Direktinvestitionen in harter Währung in die Länder dieser Ausländer gehen und obwohl für diese Investitionen normalerweise Vorleistungen aus hochentwickelten Volkswirtschaften importiert werden und der mit diesen Investitionen verbundene Einkommenseffekt zusätzliche Konsumgüterimporte aus hochentwickelten Volkswirtschaften induziert, haben in der Regel diese Investitionen einen positiven Effekt auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Anlageländer bzw. der Entwicklungsländer, weil ein Teil der Importe der Entwicklungsländer (Anlageländer) aus den Industriestaaten durch die Produkte dieser Direktinvestitionen ersetzt wird und der Wert dieser gesparten Importe in der Regel größer ist als die Gewinne der Investoren dieser Art von Direktinvestitionen und der Teil der Löhne und der Gehälter der ausländischen Beschäftigten in diesen Direktinvestitionen, die in harter

Währung in die Länder dieser Investoren und dieser Beschäftigten gehen, plus dem Wert der für diese Investitionen importierten Vorleistungen aus den Industriestaaten plus dem Wert der durch den mit diesen Investitionen verbundenen Einkommenseffekt ausgelösten zusätzlichen Konsumgüterimporte aus den Industriestaaten.
Gleichzeitig haben auch die auslandsbezogenen Direktinvestitionen einen positiven Effekt auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer, weil die Entwicklungsländer einen Teil der Erlöse der Exporte dieser Direktinvestitionen bekommen, der normalerweise größer bzw. weit größer als der Wert der durch den mit diesen Investitionen verbundenen positiven Effekt auf die verfügbaren Devisenmengen dieser Länder ausgelösten zusätzlichen Konsumgüterimporte aus den hochentwickelten Volkswirtschaften ist.
Der positive Effekt der jährlichen Direktnettoinvestition auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer ist in der Regel (und abgesehen von dem Fall der Ölländer) nicht groß vor allem, weil in den Entwicklungsländern (mit Ausnahme der Ölländer), wie bereits oben erwähnt, die Direktinvestition am Anfang in einem kleinen Ausmaß durchgeführt wurde und die jährliche Direktnettoinvestition in den Entwicklungsländern (mit Ausnahme der Ölländer), wie schon oben erwähnt, nur sehr langsam steigt und, weil ein Teil der jährlichen Direktnettoinvestition inlandsbezogene Direktinvestition ist und die Gewinne der Investoren dieser Art von Direktinvestition und der Teil der Löhne und der Gehälter der ausländischen Beschäftigten in dieser Direktinvestition, die in harter Währung in die Länder dieser Ausländer gehen, plus dem Wert der für diese Investition importierten Vorleistungen aus den Industriestaaten plus dem

Wert der durch den mit dieser Direktinvestition verbundenen Einkommenseffekt ausgelösten zusätzlichen Konsumgüterimporte aus den Industriestaaten erfahrungsgemäß meistens nur wenig kleiner sind als der Wert der als Folge der Durchführung dieser Art von Direktinvestition gesparten Importe aus den hochentwickelten Volkswirtschaften.
Daß der Effekt der jährlichen Direktnettoinvestition in den Entwicklungsländern auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder (mit Ausnahme des Falls der Ölländer) nicht groß ist, bedeutet, daß die einheimischen Neuinvestitionen der Entwicklungsländer (mit Ausnahme der Ölländer) beim Vorhandensein der Kapitalhilfsform, Direktinvestition, nicht viel schneller steigen können als beim Fehlen dieser Hilfsform.

Aus der obigen Darlegung ist also zu ersehen, daß durch die Kapitalhilfsform, Direktinvestition, das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen der Entwicklungsländer (mit Ausnahme der Ölländer) nicht viel schneller anwachsen kann als ohne diese Hilfsform.

Jetzt tritt die Frage auf, wie die Wirkungen der anderen Kapitalhilfsform, nämlich der Kredithilfe, auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern aussehen.

Die Kredithilfe versetzt die Entwicklungsländer in die Lage, mehr zu investieren als ihre eigenen Ressourcen ihnen ermöglichen würden.[1]
Diese Aussage trifft in der Regel aber nur bis zu

---

1 Vgl. J.H. Furth, Theorie und Politik der wirtschaftlichen Auslandshilfe, a.a.O., S. 164.

einer bestimmten Zeit zu, während danach das Gegenteil dieser Aussage zutrifft, da Amortisations- und Zinszahlungen sich in der Regel erst dem Strom der Kredite nähern und dann ihn überschreiten[1].
Daß normalerweise Amortisations- und Zinszahlungen sich erst dem Strom der Kredite nähern und dann ihn überschreiten, ist darauf zurückzuführen, daß erfahrungsgemäß normalerweise die jährliche Wachstumsrate der Kredithilfe (abgesehen von einigen Ausnahmen) kleiner ist als die Zinssätze dieser Kredite.

Wie die nächste Tabelle zeigt, überschreiten Amortisations- und Zinszahlungen nach bestimmter Zeit den Strom der Kredite nur in dem der Realität entsprechenden Fall, nämlich in dem Fall $r < i$ (wobei r die jährliche Wachstumsrate der Kredithilfe und i den Zinssatz bedeutet), d.h. in den anderen Fällen, nämlich bei $r > i$ und bei $r = i$ geschieht solche Überschreitung nicht, egal wie groß der jährliche Amortisationssatz (a) ist.[2]

---

1 Vgl. z.B. N.S. Buchanan, International Investment, Some Post-War Problems and Issues, in: Canadian Journal of Economics and Political Science, Vol. X, 1944, S. 139-149; E.D. Domar, The Effect of Foreign Investment on the Balance of Payments, in: The American Economic Review, Vol. XL, 1950, S. 805-826; R. Hinshaw, Foreign Investment and American Employment, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXVI, 1946, S. 661-671 und H.B. Lary, The Domestic Effects of Foreign Investment, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXVI, 1946, S. 672-686.

2 Die Größe von "a" beeinflußt aber natürlich die Werte von dem Verhältnis (R) der jährlichen Amortisations- und Zinszahlung zu den jährlichen Krediten. Der Grenz- bzw. Endwert der R (diesen Wert bezeichnen wir mit R_L) ist bei $r < i$ um so kleiner je größer a ist, bei $r > i$ ist R_L um so kleiner je kleiner a ist und bei $r = i$ hat die Größe von a keinen Einfluß auf die Größe von R_L, R_L ist in diesem Fall immer gleich 100%.
(Vgl. die Tabelle 4 auf der nächsten Seite.)

Tabelle 4[1]: Die Werte für R_L[2] für gegebene Größen von a, r und i (in Prozentsätzen)

Prozent	a = 10%					
r \ i	0	1	2	3	4	6
0	100	110	120	130	140	160
1	91	100	109	118	127	145
2	83	92	100	108	117	133
3	77	85	92	100	108	123
4	71	79	86	93	100	114
6	63	69	75	81	88	100

Prozent	a = 5%					
r \ i	0	1	2	3	4	6
0	100	120	140	160	180	220
1	83	100	117	133	150	183
2	71	86	100	114	129	157
3	63	75	88	100	113	138
4	56	67	78	89	100	122
6	45	55	64	73	82	100

1 Zu dieser Tabelle siehe E.D. Domar, The Effect of Foreign Investment on the Balance of Payments, a.a.O., S. 812.

2 R_L ist gleich $\frac{a + i}{a + r}$
Siehe ebenda, S. 812.

Wir wollen nun unter den Annahmen, 1. daß alle Kredite einen einheitlichen Zinssatz haben, 2. daß der jährliche Zinssatz und die jährliche Wachstumsrate der Kredite auf die Dauer konstant bleiben und 3. daß der Zinssatz gleich 6% und die jährliche Wachstumsrate der Kredite gleich 2% ist,[1] überprüfen, ob bei verschiedenen Werten von a, d.h. bei a = 5% und a = 10% das Verhältnis (R) der jährlichen Amortisations- und Zinszahlung zu den jährlichen Krediten sich langsam oder schnell vergrößert bzw. ob die Amortisations- und Zinszahlungen die jährliche Kredithilfe nach wenigen oder vielen Jahren überschreiten, und sich dann der Unterschied zwischen diesen Zahlungen und der jährlichen Kredithilfe langsam oder schnell vergrößert.

---

1 Während die 1. und 2. Annahme einfachheitshalber unterstellt werden, ist die Annahme 3, wie wir wissen, wirklichkeitsnah.

Tabelle 5[1]: Das Verhalten von R in der Zeit für gegebene Größen von a, r und i (in Prozentsätzen)

Jahre	1	2
	r = 2%	i = 6%
	a = 10%	a = 5%
1	15	11
2	28	21
3	40	30
4	51	38
5	60	46
10	93	79
15	111	102
20	121	118
25	127	130
50	133	152
An der Grenze	133	157

Dieses Beispiel bzw. die Tabelle 5 zeigt also, daß bei r = 2% und i = 6% das Verhältnis (R) sich sowohl bei a = 5% als auch bei a = 10% schnell vergrößert[2] und Amortisations- und Zinszahlungen die

1 Zu dieser Tabelle siehe E.D. Domar, The Effect of Foreign Investment on the Balance of Payments, a.a.O., S. 815.

2 Wie aber die Tabelle 5 zeigt, steigt das Verhältnis (R) in den ersten 15 Jahren in dem Fall a = 10% etwas schneller als in dem Fall a = 5% und

Kredithilfe nach relativ wenigen Jahren überschreiten[1] und sich der Unterschied zwischen diesen Zahlungen und der jährlichen Kredithilfe bis zum 50. Jahr schnell vergrößert und danach (d.h. nachdem in dem Fall a = 10% diese Zahlungen die Kredithilfe um 33% und in dem Fall a = 5% um 52% überschreiten) vergrößert sich in dem Fall a = 10% der Unterschied nur absolut weiter aber langsam, während in dem Fall a = 5% diese Zahlungen die Kredithilfe überschreiten bis der Unterschied 57% beträgt, und dann der Unterschied sich nur absolut weiter und langsam vergrößert.
Wie wir wissen, entspricht dieses Beispiel und damit sein Ergebnis wesentlich der Realität. D.h., daß die Entwicklungsländer normalerweise nach relativ wenigen Jahren von dem Beginn der Kredithilfe an mehr Amortisationen und Zinsen jährlich zahlen als die Kredite, die sie bekommen,[2] und daß dieser Unterschied sich bis zu einer bestimmten Zeit schnell vergrößert und anschließend noch weiter aber langsam steigt. Das bedeutet, daß sich der

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

nach diesen 15 Jahren steigt das Verhältnis (R) in dem Fall a = 5% etwas schneller als in dem Fall a = 10%.

---

1 Die Amortisations- und Zinszahlungen überschreiten, wie die obige Tabelle 5 zeigt, in dem Fall a = 10% die Kredithilfe aber etwas schneller als in dem Fall a = 5%.

2 Viele Entwicklungsländer zahlen schon mehr Amortisationen und Zinsen als die Kredite, die sie bekommen.
Vgl. Thiessen und G. Cordemann, Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer und Auslandsinvestitionen, in: Investitions- und Industrialisierungs-

Effekt der jährlichen Kredithilfe auf das Ausmaß der Neuinvestitionen in den Entwicklungsländern normalerweise nach relativ wenigen Jahren vom Beginn der jährlichen Kredithilfe vom positiven zum negativen Effekt umwandelt und, daß dieser negative Effekt mit der Zeit immer mehr und mehr anwächst. Daher hat die Kapitalhilfsform, Kredithilfe, in der Regel nur in relativ wenigen Jahren einen positiven Effekt auf die Beschäftigung und auf das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen in den Entwicklungsländern und nach diesen relativ wenigen Jahren hat sie in der Regel einen steigenden negativen Effekt auf die Beschäftigung und das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen in diesen Ländern.

Aus der obigen Darlegung der Wirkungen der Kapitalhilfsformen, Direktinvestition und Kredithilfe, ist es also ersichtlich, daß die Kapitalhilfe zunächst einen großen positiven Effekt auf das Sozialprodukt bzw. das Volkseinkommen in den Entwicklungsländern hat und nach einer bestimmten Zeit dieser Effekt zu sinken beginnt und dann die Zeit kommt, wo die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Kapitalhilfe einen negativen Effekt auf den Wirtschaftswachstumsprozeß in diesen Ländern hat.

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

probleme in Entwicklungsländern, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 60, 1971, S. 132.

4. Zusammenwirken der drei Hilfen

Wir haben ja oben gesehen, daß die technische Hilfe nur bis zu einer bestimmten Zeit große positive Wirkung und dann negative Wirkung auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition in den Entwicklungsländern hat, daß die Exporthilfe auf die Dauer relativ großen positiven Effekt auf solche Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition in diesen Ländern ausübt und, daß die Kapitalhilfe in dem Fall $r < i$, d.h. in dem herrschenden Fall, nur in relativ wenigen Jahren großen positiven Effekt auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition der Entwicklungsländer hat und die Zeit kommt, wo die Wahrscheinlichkeit, daß die Kapitalhilfe negativen Effekt auf solche Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition dieser Länder hat, besteht.

Es fragt sich nun, wie bewirkt das Anbieten aller drei Hilfen auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern?

Tatsache ist, daß beim Vorhandensein der technischen Hilfe die Exporthilfe größere bzw. viel größere Steigerung der Nachfrage bzw. der Importe der hochentwickelten Volkswirtschaften nach bzw. von industriellen Gütern aus den Entwicklungsländern als beim Fehlen der technischen Hilfe zur Folge hat, weil beim Vorhandensein der technischen Hilfe - wie wir oben bereits gesehen haben - die Qualität der industriellen Produkte in den Entwicklungsländern viel besser ist als beim Fehlen dieser Hilfe und die Artikel dieser Produkte viel schneller sich vermehren und viel moderner sind als beim

Fehlen solcher Hilfe. D.h., daß die Exporthilfe eine größere positive Wirkung auf die jährlichen verfügbaren Devisenmengen und damit auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition der Entwicklungsländer beim Vorhandensein der technischen Hilfe als beim Fehlen dieser Hilfe ausübt.

Gleichzeitig beschleunigt sich das Wachstum in den Industriestaaten - wie wir ja wissen - relativ viel mehr beim Anbieten dieser Staaten aller drei Hilfen an die Entwicklungsländer als beim Anbieten von nur einer der drei Hilfen. Auch daher steigen die Exporte der Entwicklungsländer in die Industriestaaten und damit die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. das Ausmaß der Neuinvestition der Entwicklungsländer beim Vorhandensein aller drei Hilfen viel schneller als beim Vorhandensein von nur einer der drei Hilfen.[1]

Aus der obigen Darlegung ist es zu ersehen, daß die Gewährung der drei Hilfen die Steigerung der jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. des Ausmaßes der Neuinvestition der Entwicklungsländer und damit das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern viel mehr beschleunigt als die Gewährung von nur einer der drei Hilfen. Nur wenn die Situation eintritt, in der die Amortisations- und Zinszahlungen die jährlichen Kredite

---

1 Da - wie wir ja wissen - je schneller das Wachstum in den Industriestaaten sich beschleunigt, desto schneller die Importe dieser Staaten aus den Entwicklungsländern steigen.

überschreiten - was ja in dem herrschenden Fall geschieht, d.h. in dem Fall $r < i$ - kann der Einfluß der drei Hilfen auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition der Entwicklungsländer und damit auf das Wachstum in diesen Ländern offenbar nicht mehr so groß sein, wie vor dem Eintreten dieser Situation. Trotzdem ist dann die Wahrscheinlichkeit nicht bzw. überhaupt nicht groß, daß die Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen als Folge der durch die technische Hilfe ausgelösten viel schnelleren Steigerung der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern so groß wird, daß sie große innenpolitische Unruhen in diesen Ländern und damit eine Beschleunigung der Kapitalflucht aus diesen Ländern verursacht, was ja beim Vorhandensein von nur technischer Hilfe nach einer bestimmten Zeit, wie wir oben gesehen haben, zu erwarten ist.
Wenn aber die Kredite unter besseren Bedingungen gewährt werden, so daß die jährliche Wachstumsrate der Kredithilfe größer ist als die Zinssätze dieser Kredite[1], dann wird auch die Kapitalhilfe in Form von Krediten stets positive Effekte auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer ausüben. Denn - wie wir bereits wissen - werden nur in diesem einen Fall die jährlichen Kredite stets größer sein können, als die Amortisations- und Zinszahlungen. In diesem Fall steigen dann auch die jährlich für die

---

1 Das kann natürlich nicht nur durch eine sehr erhebliche Steigerung der Wachstumsrate der Kredithilfe realisiert werden, sondern auch - und das ist besser - durch eine sehr erhebliche Senkung der Zinssätze oder eine erhebliche Senkung der Zinssätze und zugleich eine relativ kleine Steigerung der Wachstumsrate der Kredithilfe.

Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. die Neuinvestition der Entwicklungsländer als Folge der Gleichzeitigkeit aller drei Hilfen sehr schnell an. D.h. in diesem Fall kann die Gewährung der drei Hilfen an die Entwicklungsländer das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern stets mit Sicherheit in einem starken Ausmaß fördern.

IV. Maßnahmen zur Vergrößerung des durch die drei Hilfen sich ergebenden Förderungsausmaßes des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern

In der Tat hängt das Ausmaß der durch die drei Hilfen sich ergebenden Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern hauptsächlich von dem Volumen der Hilfe in den verschiedenen Formen, von der Struktur der Hilfsform, Ausbildung, (d.h. von dem Verhältnis der Hilfsform, Ausbildung im Inland, zu der Hilfsform, Ausbildung im Ausland) und von der Außenhandelspolitik der Entwicklungsländer[1], ab.

---

1 Wie wir bereits wissen, hängt die Steigerung der inländischen Neuinvestitionen in Entwicklungsländern von der Steigerung der für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder ab.
Die drei Hilfen in verschiedenen Formen vergrößern, wie wir schon gesehen haben, solche Devisenmengen. Das Ausmaß, in dem das Volumen der für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen der Entwicklungsländer durch gegebene Größe der drei Hilfen in verschiedenen Formen erhöht wird, ist von der Außenhandelspolitik dieser Länder sehr abhängig. Dieses Ausmaß ist bei einer Außenhandelspolitik (A), die Importregulierung und Exportanregung enthält, größer als bei einer Außenhandelspolitik (B), die Importregulierung und (oder) Exportanregung vernachlässigt. D.h. die Außenhandelspolitik (A) ist im Hinblick auf die Wirkungen der drei Hilfen in verschiedenen Formen auf die für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen günstig und die Außenhandelspolitik (B) ist ungünstig im Hinblick auf die Wirkungen der drei Hilfen in verschiedenen Formen auf die für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen. Daher betrachten wir die Außenhandelspolitik (A) als günstige Außenhandelspolitik und die Außenhandelspolitik (B) als ungünstige Außenhandelspolitik.

Wie es gezeigt werden wird, ist es Tatsache,

1) daß das gegenwärtige Volumen der drei Hilfen kleiner bzw. viel kleiner als das größtmögliche Volumen ist, d.h., daß der gegenwärtige Umfang der drei Hilfen wesentlich vergrößert werden kann,
2) daß die gegenwärtige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, nicht die richtige bzw. günstige Struktur darstellt und
3) daß mehrere Entwicklungsländer ungünstige Außenhandelspolitik betreiben.

Man kann also mit Recht sagen, daß die drei Hilfen bei ihrem gegebenen bzw. gegenwärtigen Volumen eine größere Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern zur Folge haben können als die Förderung des Wirtschaftswachstums, die sie jetzt ausüben, wenn jede ungünstige Außenhandelspolitik vermieden wird, d.h., wenn alle Entwicklungsländer nur günstige Außenhandelspolitik treiben, daß diese erhöhte Förderung des Wirtschaftswachstums sich vergrößert, wenn gleichzeitig die gegenwärtige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, sich zur richtigen bzw. günstigen Struktur verändert und, daß diese Förderung des Wirtschaftswachstums sich noch weiter vergrößert, wenn zugleich die verschiedenen Formen der drei Hilfen erweitert werden.

Mit diesen Maßnahmen zur Vergrößerung des durch die drei Hilfen sich realisierenden Förderungsausmaßes des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern haben wir uns jetzt auseinanderzusetzen.

1. Betreiben nur von günstiger Außenhandelspolitik in den Entwicklungsländern

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Außenhandelspolitik der Entwicklungsländer von Entwicklungsländergruppe zu Entwicklungsländergruppe unterschiedlich ist. Es kann deshalb nicht sein, daß die Außenhandelspolitik aller Entwicklungsländer günstige Außenhandelspolitik ist. Man kann also mit Recht sagen, daß mehrere Entwicklungsländer ungünstige Außenhandelspolitik betreiben. Ungünstige Außenhandelspolitik beeinträchtigt nicht nur die Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, die solche Außenhandelspolitik betreiben, sondern auch in den anderen Entwicklungsländern, weil - wie wir wissen - je kleiner (größer) das Ausmaß der Förderung des Wirtschaftswachstums in einigen Entwicklungsländern ist, desto kleiner (größer) ist in der Regel das Ausmaß der Förderung des Wirtschaftswachstums in den anderen Entwicklungsländern. D.h. Vermeidung von ungünstiger Außenhandelspolitik bzw. Ergreifen von günstiger Außenhandelspolitik auch durch die Entwicklungsländer, die bisher ungünstige Außenhandelspolitik betrieben haben, führt dazu, daß die drei Hilfen bei ihrem gegebenen bzw. gegenwärtigen Umfang ein größeres Förderungsausmaß des Wirtschaftswachstums in allen Entwicklungsländern realisieren können.

Es fragt sich nun, welche Maßnahmen führen zu einer günstigen Außenhandelspolitik? M.a.W., wie sehen Importregulierungsmaßnahmen und Exportanregungsmaßnahmen aus?

Als Importregulierungsmaßnahmen erwähnen wir sehr hohe Zölle auf die Importe von Luxusgütern sowie hohe Zölle auf die Importe von den anderen industriellen Verbrauchsgütern aus den Industriestaaten und Importkontingentierung.[1]

Da Zölle Kosten darstellen, führt eine Erhebung von sehr hohen Zöllen auf die Importe von Luxusgütern aus den Industriestaaten und eine Erhebung von hohen Zöllen auf die Importe von den anderen industriellen Verbrauchsgütern aus diesen Staaten zu großer bzw. sehr großer Steigerung der Preise dieser Importe im Inland, was negativen Effekt auf die inländische Nachfrage nach den Importen von industriellen Verbrauchsgütern aus den Industriestaaten und damit negativen Effekt auf das Volumen und den Wert solcher Importe hat.[2]

---

1 Neben diesen Importregulierungsmaßnahmen gibt es noch eine andere, nämlich multiple Wechselkurse, d.h. die Importe von industriellen Verbrauchsgütern aus den Industriestaaten werden mit höheren Wechselkursen als dem normalen Wechselkurs behandelt. Die Maßnahme, Erhebung von sehr hohen Zöllen auf die Importe von Luxusgütern sowie Erhebung von hohen Zöllen auf die Importe von den anderen industriellen Verbrauchsgütern, macht aber diese Maßnahme (d.h. multiple Wechselkurse) offenbar überflüssig.

2 Die hohen Zölle, die Entwicklungsländer (d.h. die jungen Staaten) auf die Importe aus den Industriestaaten von industriellen Verbrauchsgütern erheben - von denen im Inland produzierte Güter ähnlich sind -, haben durch die durch sie im Inland sich ergebende Verteuerung dieser Importe bzw. durch die durch sie sich ergebende Senkung der inländischen Nachfrage nach solchen Importen offenbar neben negativen Wirkungen auf das Volumen und den Wert solcher Importe Schutz der inländischen Industrie vor der Konkurrenz der Industriestaaten zur Folge (Erziehungszollargument bzw. Erziehungsschutzargument).
Zu diesem Argument siehe z.B. A. Hamilton, Report

Tatsache sind aber, 1. daß die Wirkungen der sehr hohen Zölle bei den Importen von Luxusgütern und die der hohen Zölle bei den Importen von den anderen industriellen Verbrauchsgütern wegen der Verschiebung der Nachfragekurven nach oben als Folge der in den Entwicklungsländern bestehenden inflationären Tendenzen immer gering sind und 2. daß man das Maß der durch Zölle verursachten Importbeschränkungen bzw. den Importwert wegen der unsicheren Kenntnis des Entwicklungslandes der Nachfrage- und der Angebotselastizitäten bei den verschiedenen Importgütern im voraus nicht bestimmen kann.[1]
Aus diesen beiden Tatsachen und aus den Tatsachen, daß beim Ergreifen der Maßnahme, Importkontingentierung, der Importwert im voraus direkt bestimmt wird, wie es der Fall bei der Importwertkontingentierung ist, oder indirekt bestimmt wird, d.h. durch Multiplikation der fixierten Importmenge mit den im Ausland herrschenden Preisen dieser Importe, wie es der Fall bei der Import-

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

on Manufactures, in: Papers on Public Credit, Commerce and Finance, ed. by S. McKee, New York 1934, besonders S. 204 f; F. List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Basel, Tübingen 1959, S. 178 ff und K. Rose, Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. von K. Rose, Köln, Berlin 1965, S. 27.

---

1 Vgl. H. Hesse, Der Außenhandel in der Entwicklung unterentwickelter Länder unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, a.a.O., S. 86 f.

mengekontingentierung ist, und daß eine Begleitung der Importkontingentierung mit den Zöllen dazu führt, daß die Importregulierungswirkungen stärker sind als, wenn die Importregulierungspolitik die Maßnahme, Einfuhrkontingentierung, nicht enthält, soll die Importkontingentierung die Maßnahme, sehr hohe Zölle auf die Importe von Luxusgütern und hohe Zölle auf die Importe von den anderen industriellen Verbrauchsgütern aus den Industriestaaten,begleiten.

Sowohl die Zölle als auch die Einfuhrkontingentierung haben aber Nachteile, wie z.B. Einbruch in den freien Preismechanismus, Gefahr der Willkür und Auftreten von ungerechten Gewinnen für die Importeure. Die Vorteile dieser Maßnahmen für das Inland scheinen aber ihre Nachteile weit zu überwiegen.

Nun haben wir Exportanregungsmaßnahmen zu erörtern.

Im Gegensatz zu dem Fall der Importregulierung ist die Maßnahme, multiple Wechselkurse, wichtig zur Exportanregung. Es handelt sich hier um günstige Wechselkurse, d.h. niedrigere Wechselkurse als der normale Wechselkurs[1,2].

---

1 T.A. Chen, Zum Problem der Importsubstitution und der Exportdiversifikation der unterentwickelten Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung Asiens, (Diss.), Münster 1969, S. 255.

2 Günstige Wechselkurse bedeuten also Subven-tionen.

Ein niedrigerer Wechselkurs als der normale Wechselkurs ermöglicht inländischen Exporteuren, ihre Güter den Importeuren zu niedrigeren Preisen anzubieten als bei normalem Wechselkurs, was ihre Exporte fördert.

Da aber bei einer Durchführung von einem günstigen Wechselkurs das Ausmaß der Steigerung der Exporte um so größer ist, je höher die Auslandsnachfrage- und die Inlandsangebotselastizität sind, sind wir der Auffassung, daß je höher die Elastizität der Auslandsnachfrage nach einem Gut ist und je höher die Elastizität des Inlandsangebots dieses Guts ist, desto kleiner soll der Wechselkurs, mit dem es behandelt wird, sein als der normale Wechselkurs, weil dadurch die Maßnahme, multiple Wechselkurse, große positive Wirkung auf das Volumen und den Wert der Exporte haben kann.

Als weitere wichtige Maßnahme zur Exportanregung ist gute Marktforschung zu erwähnen. Eine gute Marktforschung, durch die die Exporteure genügend Informationen über die Exportmöglichkeiten erhalten, kann offenbar positive Effekte auf das Volumen und den Wert der Exporte haben.
Da aber die privaten Unternehmer in den Entwicklungsländern kaum in der Lage sind, eine gute Marktforschung zu betreiben, soll sie von den Staaten in diesen Ländern erzielt werden.

2. Realisierung von richtiger bzw. günstiger Struktur der Hilfsform Ausbildung

Fast jedes Entwicklungsland hat mehrere tausend Studenten und Praktikanten in hochentwickelten Volkswirtschaften, weil es jährlich viele Studenten und Praktikanten dorthin schickt und weil die Ausbildung jedes geschickten Studenten in der Regel zehn bis fünfzehn Jahre und die jedes geschickten Praktikanten in der Regel zwei bis drei Jahre dauert. Gleichzeitig erhalten die Entwicklungsländer nur eine relativ kleine Zahl von Ausbildern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften.
Solche Struktur der Hilfsform, Ausbildung, stellt unserer Auffassung nach keine richtige bzw. günstige Struktur dar.
Die Frage ist nun, warum stellt diese Struktur der Hilfsform, Ausbildung, keine richtige bzw. günstige Struktur dar? Diese Frage kann man auch anders formulieren und zwar wie folgt:
Welche Struktur der Hilfsform, Ausbildung, ist als richtige bzw. günstige Struktur zu betrachten? Um diese Frage beantworten zu können, führen wir die folgenden zwei Beispiele an:

1. Beispiel

Ein Entwicklungsland betreibt eine Ausbildungspolitik, sagen wir Ausbildungspolitik (a), die dadurch gekennzeichnet wird: Sendung von "400" Oberschulabsolventen und von "100" Universitätsabsolventen (d.h. von denjenigen, die den akademischen Grad eines "Bachelor" oder den eines ähnlichen

zu Hause erlangt haben) am Anfang jedes Jahres in hochentwickelte Volkswirtschaften, damit sie dort ausgebildet werden.

Wir wollen nun zunächst die folgenden fünfzehn Annahmen, die wir aus eigenen Erfahrungen als wirklichkeitsnahe Annahmen betrachten, voraussetzen:

1) Die geschickten Obersculabsolventen versuchen, den akademischen Grad eines Diploms zu erwerben.[1]

---

1 Eigentlich versucht eine Zahl von diesen Oberschulabsolventen nach dem Erwerben des akademischen Grades eines Diploms zu promovieren. Diese Zahl ist aber in der Regel viel zu klein. Die Gründe dafür liegen darin, daß die meisten der geschickten Oberschulabsolventen in hochentwickelte Volkswirtschaften nur mit dem Ziel gehen, den akademischen Grad eines Diploms zu erwerben und nicht mit dem Ziel, den akademischen Grad eines Doktors zu bekommen und, daß diejenigen von den geschickten Oberschulabsolventen, die den akademischen Grad eines Diploms erwerben können, durchschnittlich zehn Jahre für ihr Studium brauchen, und die meisten dieser Personen finden, daß zehn Jahre für die Ausbildung im Ausland schon zuviel sind, deshalb wollen sie nicht noch einige Jahre im Ausland bleiben und weiterstudieren.
Da die Zahl derjenigen von den geschickten Oberschulabsolventen, die nach ihrem Erwerb des akademischen Grades eines Diploms zu promovieren versuchen - wie bereits erwähnt - viel zu klein ist, kann man mit Recht die oben genannte Annahme als wirklichkeitsnahe Annahme betrachten.

2) Die geschickten Universitätsabsolventen versuchen,den akademischen Grad eines Diploms zu erlangen, und diejenigen von den geschickten Universitätsabsolventen, die diesen Grad bekommen können, versuchen danach, den akademischen Grad eines Doktors zu erlangen.

3) Das monatliche Gehalt für jeden geschickten Studenten beträgt umgerechnet 500 DM.

4) Die Kosten jeder Hinfahrt bzw. Rückfahrt jedes geschickten Studenten betragen umgerechnet 600 DM.

5) Jede geschickte Person macht nach 6 Jahren einen Besuch in der Heimat.

6) Die geschickten Studenten fahren hin und zurück nur mit Verkehrsmitteln, die den Industriestaaten gehören, d.h. die Fahrtkosten werden in harter Währung bezahlt.

7) Jeder geschickte Oberschulabsolvent versucht, den akademischen Grad eines Diploms in einer Studienperiode von genau zehn Jahren[1] zu erhalten.

8) 25% von den geschickten Oberschulabsolventen können nach 10 Jahren den akademischen Grad eines Diploms erlangen.

9) Jeder geschickte Universitätsabsolvent versucht, den akademischen Grad eines Diploms in einer Studienperiode von genau sechs Jahren[2] zu bekommen, und diejenigen, die das

---

1 Diese zehn Jahre bestehen normalerweise aus zwei Jahren für Sprachkurs und Studiumkolleg und acht Jahren für das Fachstudium.

2 Diese sechs Jahre bestehen in der Regel aus einem halben Jahr für Sprachkurs und 5 1/2 Jahren für Fachstudium.

schaffen, versuchen dann anschließend den akademischen Grad eines Doktors in einer Periode von genau fünf Jahren zu erlangen.

10) 50% von den geschickten Universitätsabsolventen können den akademischen Grad eines Diploms nach 6 Jahren bekommen und 70% von diesen 50% können nach 5 Jahren den akademischen Grad eines Doktors erwerben.

11) 72% von den geschickten Studenten fahren in die Heimat zurück und zwar gleich nachdem sie erfolgreich bzw. erfolglos ihre Ausbildungsperiode beenden.

12) 28% von den in die Heimat zurückkehrenden Inhabern des Doktorgrades arbeiten an Universitäten.

13) Die zur Heimat zurückkehrenden Doktoren, die an Universitäten arbeiten, beginnen ihre Tätigkeit als Lehrer sowie ihre Habilitation gleich nach ihrer Rückkehr in die Heimat.

14) Die Habilitanden werden nach genau fünf Jahren Privatdozenten, und dann nach genau einem Jahre werden sie Professoren.

15) Das monatliche Nettogehalt jedes an einer einheimischen Universität arbeitenden Doktors beträgt umgerechnet 700 DM, das jedes Privatdozenten umgerechnet 1200 DM und das jedes Professors umgerechnet 1500 DM.[1]

Zu diesen wirklichkeitsnahen Annahmen ist es der Einfachheit halber erforderlich, die folgenden

---

1 Die erwähnten Annahmen sind wegen des Fehlens von Datenmaterial in Anlehnung an unsere persönlichen Erfahrungen gemacht.

wirklichkeitsfremden Annahmen hinzuzufügen:

16) Die Studenten, die das Diplomexamen ohne Erfolg machen, versuchen nicht, es zu wiederholen.

17) Die Doktoranden, die ihre Promotionsperiode ohne Erfolg beenden, versuchen nicht noch einmal zu promovieren.

18) Die Sterberate der Professoren, der Privatdozenten, der Doktoren, der Diplominhaber und der Studenten ist in der betrachteten Periode gleich null.[1]

Es fragt sich nun, wie sehr kann bei Ausbildungspolitik (a) die Zahl der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte in dem Entwicklungsland bis Anfang des fünfundzwanzigsten Jahres seit dem Beginn der Verfolgung dieser Ausbildungspolitik steigen und wieviel kostet das dieses Entwicklungsland?

---

1 Daß diese letzten drei Annahmen wirklichkeitsfremd sind, beeinträchtigt trotzdem nicht die Schlußfolgerung, die wir durch Vergleich der Ergebnisse des Beispiels (1) mit den Ergebnissen des nächsten Beispiels (2) ziehen können.

Tabelle 6: Die durch Ausbildungspolitik (a) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland

ng	Zahl der gesch. Ober-schul-absolv.	Zahl der gesch. Uni.-absolv.	Zahl der Diplom erwer-benden Pers.	Zahl der in Heimat zurückk. Diplom-inhaber	Zahl der Dok-to-ran-den	Zahl der Dok-to-ren	Zahl der geschei-terten Dokto-randen	Zahl der in Heimat zurückk. geschei-terten Dokto-randen	Zahl d.in Heimat zurückk. Doktoren	Zahl d. außer d. Uni. arbei-tenden Dokto-ren (neuen)	Zahl der n. Lehrer bzw. Habili-tanden	Zahl der n. Pri-vat-dozen-ten	Zahl der n. Pro-fes-soren
	400	100											
	400	100											
	400	100											
	400	100											
	400	100											
	400	100											
	400	100	50		50								
	400	100	50		50								
	400	100	50		50								
	400	100	50		50								
	400	100	150	72	50								
	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7		
	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7		
	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7		

Tabelle 6 (Fortsetzung): Die durch Ausbildungspolitik (a) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland

Anfang des Jahres	Zahl der gesch. Oberschulabsolv.	Zahl der gesch. Uni.-absolv.	Zahl der Diplom erwerbenden Pers.	Zahl der in Heimat zurückk. Diplominhaber	Zahl der Doktoranden	Zahl der Doktoren	Zahl der gescheiterten Doktoranden	Zahl der in Heimat zurückk. gescheiterten Doktoranden	Zahl d.in Heimat zurückk. Doktoren	Zahl d. außer. d. Uni. arbeitenden Doktoren (neuen)	Zahl der n. Lehrer bzw. Habilitanden	Zahl der n. Privatdozenten	Zahl der n. Professoren
15	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7		
16	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7		
17	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	
18	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
19	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
20	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
21	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
22	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
23	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
24	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
25	400	100	150	72	50	35	15	11	25	18	7	7	7
Nettosumme				1080				154		252	35	7	56

Aus der Tabelle 6 ist ersichtlich, daß als Folge der erwähnten Ausbildungspolitik (a) des betreffenden Entwicklungslandes sich die Zahl der den Diplomgrad erlangenden Personen um 1234[1], die der Doktoren um 287[2], die der Privatdozenten um 7 und die der Professoren um 56 in diesem Entwicklungsland in der betrachteten Periode vermehrt.

Die Kosten dieser Vermehrung der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte gestalten sich wie folgt:

Gehälter der geschickten Studenten =
(500 x 12) [(400 x 15 x 10) + 400 (9 + 8 + 7 + 6 + 5 + 4 + 3 + 2 + 1) + (100 x 19 x 6) + 100 (5 + 4 + 3 + 2 + 1) + (50 x 14 x 5) + 50 (4 + 3 + 2 + 1)] + (500 x 1 x 500)[3] = 569,65 Mio DM

Fahrtkosten = 600 (500 x 25) + 1200 (450 x 19) + 600 [(400 x 15 x 72%) + (50 x 19 x 72%) + (35 x 14 x 72%) + (15 x 14 x 72%)] = 21,0648 Mio DM

Gehälter der neuen Lehrer bzw. Habilitanden, der neuen Privatdozenten und der neuen Professoren =
(700 x 12) [(7 x 9 x 5) + 7 (4 + 3 + 2 + 1)] +
(1200 x 12) (7 x 8) + (1500 x 12 x 7) (7 + 6 + 5 + 4 + 3 + 2 + 1) = 7,5684 Mio DM

---

1 Davon sind 154 zurückkehrende gescheiterte Doktoranden, die aber schon im Ausland den akademischen Grad eines Diplomes erlangt haben.

2 Davon arbeiten 35 Doktoren an Universitäten.

3 Das stellt die Gehälter der am Anfang des 25. Jahres geschickten 500 Studenten für den Monat Januar dar.

Die Kosten der oben erwähnten Vermehrung der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte in dem betreffenden Entwicklungsland sind also umgerechnet gleich 598,2832 Mio DM[1], wobei der größte Teil dieser Kosten, nämlich umgerechnet 590,7148 Mio DM (d.h. die Summe der Gehälter der geschickten Studenten und der Fahrtkosten), in harter Währung bezahlt wird.

2. Beispiel

Das Entwicklungsland verfolgt statt der oben in dem Beispiel (1) genannten Ausbildungspolitik (a) eine andere Ausbildungspolitik, sagen wir Ausbildungspolitik (b), die dadurch gekennzeichnet wird: Aufbau von drei modernen Universitäten in verschiedenen Jahren, Entleihen von "150" Professoren und von"150" Doktoren aus den hochentwickelten Volkswirtschaften in fünf Jahren - d.h. Entleihen von "30" Professoren und "30" Doktoren am Anfang jedes Jahres von diesen fünf Jahren - und Sendung am Anfang jedes Jahres von einem Drittel der Doktoranden, die genau vor einem Jahr zu promovieren begannen, zu hochentwickelten Volkswirtschaften nur für ein Jahr, wobei die Auswahl der Doktoranden, die zu diesen Volkswirtschaften geschickt werden, von der Gesamtnote in ihrem Diplomzeugnis und von dem Grad ihrer Beherrschung der Sprache der Länder, in die sie geschickt werden, abhängt.

---

1 Nämlich 569,65 + 21,0648 + 7,5684 Mio DM

Hier haben wir folgende Annahmen zu machen:

1) Am Anfang des Jahres 1 wird eine neue moderne Universität eröffnet. Das geschieht auch am Anfang des Jahres 12 und auch am Anfang des Jahres 19.

2) Die Kosten des Aufbaues der ersten neuen Universität betragen umgerechnet 10 Mio DM, die der zweiten neuen Universität aber 11 Mio DM und die der dritten neuen Universität 12 Mio DM.[1]

3) 70% der Kosten des Aufbaues jeder neuen Universität stellt den Preis der für diesen Aufbau notwendigen Importe aus Industriestaaten dar, d.h. sie werden in harter Währung bezahlt.

4) Die Bücher für die Bibliotheken der neuen Universitäten kosten umgerechnet 2,5 Mio DM, davon sind Bücher im Wert von 1,5 Mio DM aus hochentwickelten Volkswirtschaften importiert.

5) In jeder Universität beginnen 2000 Studenten am Anfang jedes Jahres ihr Studium.

6) Die zu dem Entwicklungsland entsandten Doktoren beginnen zur gleichen Zeit, in der sie ihre Arbeit an der Universität beginnen, ihre Habilitation, und genau nach vier Jahren werden sie Privatdozenten, und dann genau nach einem Jahr werden sie Professoren.

---

1 Die Gründe der Annahme, daß die Kosten der später aufgebauten neuen Universität größer sind als die der vorher aufgebauten neuen Universität, liegen darin, daß die Preise immer mehr und mehr im Laufe der Zeit steigen und auch, daß die später aufgebauten neuen Universitäten mit moderneren Ausrüstungen ausgestattet werden als die vorher aufgebauten neuen Universitäten, und in der Regel je moderner die Ausrüstungen sind, desto größer sind ihre Preise.

7) Die Studenten machen ihr Diplomexamen genau nach 6 Jahren seit Beginn ihres Studiums.

8) 60% der Studenten beenden ihre Studienperiode mit Erfolg und bekommen den akademischen Grad eines Diplomes.

9) Die Studenten, die das Diplomexamen ohne Erfolg machen, versuchen nicht noch einmal das Diplomexamen zu machen.

10) 5% der den akademischen Grad eines Diplomes erlangenden Personen wandern nach Industriestaaten aus.

11) 20% der in der Heimat bleibenden Diplominhaber, die den akademischen Grad eines Diplomes von den neuen Universitäten bekommen, werden gleich nach dem Erwerb ihres Diplomes Doktoranden sein.

25% der Doktoranden arbeiten zugleich an ihren Universitäten als Assistenten. Diese Assistenten und die anderen Doktoranden beenden ihre Promotion genau nach fünf Jahren.

12) Die Studenten der alten Universitäten, d.h. in den Universitäten, die vor dem Jahr 1 schon vorhanden gewesen sind, denken nicht daran, daß sie eines Tages eine Doktorarbeit schreiben.

13) Die zu hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Doktoranden fahren dorthin mit Verkehrsmitteln, die diesen Volkswirtschaften gehören, d.h. die Fahrtkosten werden in harter Währung bezahlt. Sie betragen umgerechnet 1200 DM für jeden Doktoranden, d.h. die Hinfahrt jedes Doktoranden kostet umgerechnet 600 DM und auch die Rückfahrt kostet dasselbe.

14) Das monatliche Gehalt jedes geschickten Doktoranden ist umgerechnet 500 DM.

15) 100% der Doktorandassistenten und 70% der Freidoktoranden beenden ihre Promotion mit Erfolg.

16) Die Doktoranden, die ihre Promotionsperiode ohne Erfolg beenden, versuchen nicht noch einmal zu promovieren.

17) 5% der neuen Doktoren wandern nach Industriestaaten aus.

18) 30% der in der Heimat bleibenden neuen Doktoren arbeiten an Universitäten. Sie beginnen gleichzeitig ihre Habilitation, und genau nach fünf Jahren werden sie Privatdozenten, und dann genau nach einem Jahr werden sie Professoren.

19) Das monatliche Nettogehalt jedes einheimischen Professors ist umgerechnet 1500 DM, das jedes einheimischen Privatdozenten umgerechnet 1200 DM, das jedes einheimischen Doktors umgerechnet 700 DM und das jedes Doktorandassistenten umgerechnet 400 DM.

20) Das monatliche Nettogehalt jedes ausländischen Professors bträgt umgerechnet 4500 DM, das jedes ausländischen Privatdozenten umgerechnet 3800 DM und das jedes ausländischen Doktors umgerechnet 2500 DM.

21) Zwei Drittel der Gehälter des ausländischen Lehrkörpers werden in dem Entwicklungsland ausgegeben, das übrige Drittel geht in harter Währung in die Länder des ausländischen Lehrkörpers.

22) Die monatlichen Nettogehälter der Sekretärinnen der Professoren und die monatlichen Verwaltungskosten jeder neuen Universität betragen umgerechnet 150000 DM.

23) Die Sterberate der Professoren, der Privatdozenten, der Doktoren, der Diplominhaber und der Studenten ist in der betrachteten Periode gleich null.[1]

Es fragt sich nun, wie sehr kann sich bei Ausbildungspolitik (b) die Zahl der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte in dem Entwicklungsland bis Anfang des fünfundzwanzigsten Jahres seit dem Beginn der Verfolgung dieser Ausbildungspolitik vergrößern und wie hoch sind die Kosten der Durchführung dieser Ausbildungspolitik in der betrachteten Periode?

---

1 Die obigen Annahmen sind außer der 9., der 12., der 16. und der 23. Annahme erfahrungsgemäß wirklichkeitsnah. D.h. die Annahmen 9, 12, 16 und 23 sind wirklichkeitsfremd. Sie sind aber offenbar der Einfachheit halber erforderlich. Daß diese vier Annahmen wirklichkeitsfremd sind, beeinträchtigt aber trotzdem nicht die Schlußfolgerung, die wir durch Vergleich der Ergebnisse des Beispiels (2) mit den Ergebnissen des Beispiels (1) ziehen können.

Tabelle 7: Die durch Ausbildungspolitik (b) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland

Anfang des Jahres	Zahl d. n. ausl. Lehrer bzw. Habilitanden	Zahl d. n. ausl. Privatdozenten	Zahl d. n. ausl. Professoren	Zahl d. n. Studenten	Zahl d. n. Diplom erwerbenden Personen	Zahl d. n. in d. Heimat bleibenden Diplominhaber	Zahl d. n. Doktoranden	Zahl d.n. Doktorandassistenten	Zahl d.n. Doktoren	Nettosumme d. in d. Heimat bleibenden Diplominhaber	Zahl d.n. in d. Heimat bleibenden Doktoren	Zahl d.n. außer d.Uni. arbeitenden Doktoren	Zahl d.n. einh. Lehrer bzw. Habilitanden	Zahl d.n. einh. Privatdozenten	Zahl d.n. einh. Professoren	Zahl d.n. ausl. und einh. Professoren
1	30		30	2000												30
2	30		30	2000												30
3	30		30	2000												30
4	30		30	2000												30
5	30	30	30	2000												30
6		30	30	2000												30
7		30	30	2000	1200	1140	228	57		1140						30
8		30	30	2000	1200	1140	228	57		2280						30
9		30	30	2000	1200	1140	228	57		3420						30
10			30	2000	1200	1140	228	57		4560						30
11				2000	1200	1140	228	57		5700						
12				4000	1200	1140	228	57	177	6663	168	118	50			
13				4000	1200	1140	228	57	177	7626	168	118	50			
14				4000	1200	1140	228	57	177	8589	168	118	50			

Tabelle 7 (Fortsetzung): Die durch Ausbildungspolitik (b) sich ergebende Steigerung der Zahl der Diplominhaber, der Doktoren, der Privatdozenten und der Professoren in dem Entwicklungsland

Anfang des Jahres	Zahl d.n. ausl. Lehrer bzw. Habilitanden	Zahl d.n. ausl. Privatdozenten	Zahl d.n. ausl. Professoren	Zahl d.n. Studenten	Zahl d.n. Diplomerwerbenden Personen	Zahl d.n. in d. Heimat bleibenden Diplominhaber	Zahl d.n. Doktoranden	Zahl d.n. Doktorandassistenten	Zahl d.n. Doktoren	Nettosumme d. in d. Heimat bleibenden Diplominhaber	Zahl d.n. in d. Heimat bleibenden Doktoren	Zahl d.n. außer d. Uni. arbeitenden Doktoren	Zahl d.n. einh. Lehrer bzw. Habilitanden	Zahl d.n. einh. Privatdozenten	Zahl d.n. einh. Professoren	Zahl d.n. ausl. und einh. Professoren
15				4000	1200	1140	228	57	177	9552	168	118	50			
16				4000	1200	1140	228	57	177	10515	168	118	50			
17				4000	1200	1140	228	57	177	11478	168	118	50	50		
18				4000	2400	2280	456	114	177	13581	168	118	50	50	50	50
19				6000	2400	2280	456	114	177	15684	168	118	50	50	50	50
20				6000	2400	2280	456	114	177	17787	168	118	50	50	50	50
21				6000	2400	2280	456	114	177	19890	168	118	50	50	50	50
22				6000	2400	2280	456	114	177	21993	168	118	50	50	50	50
23				6000	2400	2280	456	114	353	23920	335	235	100	50	50	50
24				6000	2400	2280	456	114	353	25847	335	235	100	50	50	50
25				6000	3600	3420	684	171	353	28914	335	235	100	50	50	50
Nettosumme							2508			28914		2003	400	50	400	700

Aus der Tabelle (7) ist ersichtlich, daß die Ausbildungspolitik (b) des Entwicklungslandes, die in dem obigen Beispiel (2) dargestellt ist, die Zahl der den Diplomgrad erlangenden Personen um 28914[1], die der Doktoren um 2403[2], die der Privatdozenten um 50 und die der Professoren um 700[3] in diesem Entwicklungsland in der betrachteten Periode vermehrt.

Die Kosten dieser Vermehrung der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte gestalten sich wie folgt:

Kosten des Aufbaues der drei neuen Universitäten und der Preis der Bücher für die Bibliotheken dieser Universitäten = 10 + 11 + 12 + 2,5 = 35,5 Mio DM[4]

Gehälter der geschickten Doktoranden = (500 x 12) (76 x 11 + 152 x 6) + (500 x 1 x 152)[5] = 10,564 Mio DM

Fahrtkosten der geschickten Doktoranden = 1200 (76 x 11 + 152 x 6) + (600 x 152) = 2,1888 Mio DM

---

1 Davon sind 2508 Doktoranden.

2 Davon arbeiten 400 Doktoren an Universitäten.

3 Davon sind 300 ausländische Professoren.

4 Davon sind umgerechnet 24,6 Mio DM (d.h. 23,1 Mio DM von den Kosten der drei Universitäten und 1,5 Mio DM von den Kosten der Bücher für die Bibliotheken dieser Universitäten) in harter Währung bezahlt.

5 Das stellt die Gehälter der am Anfang des Jahres 25 geschickten 152 Doktoranden für den Monat Januar dar.

Gehälter des entliehenen ausländischen Lehrkörpers = (2500 x 12) (150 x 4) + (3800 x 12) (150 x 1) + (4500 x 12) ⌈30 (24 + 23 + 22 + 21 + 20 + 19 + 18 + 17 + 16 + 15)⌉ = 340,74 Mio DM[1)]

Gehälter der Doktorandassistenten und des einheimischen neuen Lehrkörpers = (400 x 12) ⌈5 (57 x 11 + 114 x 3) + 114 (4 + 3 + 2 + 1)⌉ + (700 x 12) ⌈(50 x 9 x 5) + 50 (4 + 3) + 100 (2 + 1)⌉ + (1200 x 12) x (50 x 8) + (1500 x 12) ⌈50 (7 + 6 + 5 + 4 + 3 + 2 + 1)⌉ = 84,048 Mio DM

Gehälter der Sekretärinnen der Professoren der neuen Universitäten und die Kosten der Verwaltung in diesen Universitäten = (150000 x 12) (24 + 13 + 6) = 77,4 Mio DM

Die Kosten der in der Tabelle (7) gezeigten Steigerung der Zahl der hoch bzw. sehr hoch ausgebildeten Arbeitskräfte in dem Entwicklungsland als Folge der Durchführung der Ausbildungspolitik (b) in der betrachteten Periode betragen also umgerechnet 550,4408 Mio DM[2)], wobei nur ein Betrag von umgerechnet 150,9328 Mio DM (d.h. 24,6 Mio DM von den Aufbaukosten der drei Universitäten und vom Preis der Bücher für die Bibliotheken dieser Universitäten + 10,564 Mio DM Gehälter der zu hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Doktoranden + 2,1888 Mio DM Fahrtkosten der geschickten Doktoranden + 113,58 Mio DM von den Gehältern

---

1 Davon gehen umgerechnet 113,58 Mio DM in harter Währung nach den Ländern dieses ausländischen Personals.

2 Nämlich 35,5 + 10,564 + 2,1888 + 340,74 + 84,048 + 77,4 Mio DM.

Die Entwicklung der Kultur, in seiner Heimat, Ungarn, [illegible]

Der Sohn Ferdinand der Ältere Burgmeister einer Residenzstadt der Landschaft (a) und der Landschaft (c), Enkel des Residenzstadt der Landschaft (c), die Zahl der [illegible] in der Landschaft [illegible] Ihr Vater [illegible] Ihre Schule in der Hauptstadt der Landschaft (a), die Kinder der Landschaft (c) und [illegible] Kindern [illegible] Ihre Schule in der Landschaft (a), wo, die Ausbildung der Landschaft (c) nur mit einer Kindern Macht von Ihrer der Landschaft (a). Ihr Leben, die der Landschaft (c) vier Jahre in der Landschaft (a). Ihr Sohn, die Kinder und Kindern, Landschaft, die der Landschaft (c) und Kinder [illegible] Ihr Kinder Landschaft (c) und Kinder [illegible] Ihr Kinder Landschaft (a) [illegible] Ihr Kinder [illegible] Ihr Kinder [illegible] Ihr Kinder

Volkswirtschaften als der Teil der Studenten und Praktikanten, der bisher jährlich dorthin geschickt wurde, und nur für eine kurzfristige Ausbildungsperiode (z.B. ein Jahr) und gleichzeitiges Entleihen von einer viel größeren Zahl von Ausbildern in die Entwicklungsländer aus den Industriestaaten als bisher, ja die richtige bzw. günstige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, darstellt.

Es kann aber eigentlich nicht allen Entwicklungsländern gelingen, diese richtige bzw. günstige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, zu realisieren, weil die Zahl der Ausbilder, auf die die hochentwickelten Volkswirtschaften zugunsten der Entwicklungsländer verzichten können, nicht groß genug ist, um allen Entwicklungsländern die Realisierung der richtigen bzw. günstigen Struktur der Hilfsform, Ausbildung, zu ermöglichen.

3. Förderung bzw. Erweiterung verschiedener Formen der drei Hilfen

Tatsache ist, daß sowohl die Entwicklungsländer als auch die hochentwickelten Volkswirtschaften den Wunsch haben, daß die drei Hilfen in verschiedenen Formen in einem großen Umfang realisiert werden.

Trotz aller bisherigen vorgenommenen Bemühungen zur Erfüllung dieses Wunsches ist der gegenwärtige Umfang der drei Hilfen in verschiedenen Formen immer noch kleiner bzw. viel kleiner als der von den hochentwickelten Volkswirtschaften und den

Entwicklungsländern gewünschte Umfang.

Wir versuchen nun zu erörtern, wie die drei Hilfen in verschiedenen Formen entscheidend gefördert bzw. erweitert werden kann.

3.1. Förderung der Hilfsform Ausbildung im Ausland

Wie wir bereits wissen, kann nur ein Teil bzw. eine Gruppe von Entwicklungsländern - sagen wir Entwicklungsländer (L_g) - viele Ausbilder aus den hochentwickelten Volkswirtschaften entleihen und deshalb die richtige bzw. günstige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, realisieren, während der andere Teil bzw. die andere Gruppe von Entwicklungsländern - sagen wir Entwicklungsländer (L_u) - nur wenige Ausbilder aus den hochentwickelten Volkswirtschaften entleihen und deshalb die richtige bzw. günstige Struktur der Hilfsform, Ausbildung, nicht realisieren kann.

Die Entwicklungsländer (L_u) müssen neben dem Entleihen von wenigen Ausbildern aus den hochentwickelten Volkswirtschaften die Zahl ihrer zu hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Studenten und Praktikanten wesentlich erhöhen, damit ihr Ziel der erheblichen bzw. schnellen Steigerung der Zahl ihrer zukünftigen gut bzw. hoch ausgebildeten Arbeitskräfte realisiert werden kann.

---

1 Große Steigerung der Zahl der von Entwicklungsländern (L_g) zu hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Studenten und Praktikanten führt zur erheblichen bzw. schnellen Steigerung der Zahl der einheimischen gut bzw. hoch ausgebildeten

Obwohl jedes Entwicklungsland will, daß die Zahl seiner zukünftigen gut und hoch ausgebildeten Arbeitskräfte entscheidend bzw. schnell steigt, hat gemäß unseren eigenen Erfahrungen kein Entwicklungsland den Willen, daß die Zahl seiner ins Ausland geschickten Studenten und Praktikanten sich entscheidend vergrößert. Die Gründe dafür bestehen darin, daß der größte Teil der zur Ausbildung in die Industriestaaten geschickten Personen bei ihrer Ausbildung im Ausland scheitert[1] und, daß viele nach ihrer Ausbildung im Ausland nicht nach Hause zurückfahren. Wie diese beiden Gründe überwiegend überwunden werden können, versuchen wir jetzt zu zeigen.

Es ist zweifellos Tatsache, daß das Scheitern des größten Teils der in die Industriestaaten geschickten Personen bei ihrer Ausbildung im

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

Arbeitskräfte dieser Entwicklungsländer einmal, denn, je größer die Zahl der zu den hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Studenten und Praktikanten eines Landes ist, desto größer wird die Zahl derjenigen, die ihre Ausbildung in diesen Volkswirtschaften mit Erfolg beenden und wieder nach Hause fahren, sein und zum anderen, da je mehr die Zahl der gut bzw. hoch ausgebildeten Arbeitskräfte in einem Land steigt, desto größer wird die Zahl der gut bzw. hoch ausgebildeten Ausbilder in diesem Land und, je größer die Zahl der gut bzw. hoch ausgebildeten Ausbilder in einem Land ist, desto schneller steigt die Zahl der gut bzw. hoch ausgebildeten Arbeitskräfte dieses Landes.

---

1 Vgl. Die Entwicklungsländer und unsere Hilfe, Zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU, a.a.O., S. 70.

Ausland sich sowohl auf die Schwierigkeit der Ausbildung in den hochentwickelten Volkswirtschaften - insbesondere, weil die geschickten Personen diese Ausbildung in fremder Sprache erfahren müssen[1,2] - als auch auf die Abweichung besonders wegen des Fehlens der Kontrolle der geschickten Personen zurückführen läßt.

Unserer Auffassung nach kann der Teil der geschickten Personen, der bei seiner Ausbildung im Ausland scheitert, sich erheblich verkleinern, wenn der Staat im Entwicklungsland eine Stipendienpolitik treibt, die dadurch gekennzeichnet wird: 1. daß der Staat Stipendien auch seinen Angehörigen, die nicht als Stipendiaten ins Ausland zur Ausbildung fahren und in ihrer Ausbildung erfolgreich sind, anbietet, 2. daß das Stipendium von jedem Stipendiaten, der - außer aus gesundheitlichen Gründen - keinen Erfolg in einem der Ausbildungsjahre erzielt, aufgehoben wird, 3. daß den die Stipendien verlierenden Personen die Stipendien wiedergegeben werden, wenn diese in dem Jahr nach ihrem erfolglosen Jahr Erfolg haben und

---

1 Vgl. H. Ortlieb, Ausbildungshilfe - Wohin?, Zur Ausbildung von Spezialisten und Führungskräften der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Hrsg. von E. Boettcher, Tübingen 1964, S. 417 f.

2 Das trifft offensichtlich für den Fall der aus den englischsprachigen Entwicklungsländern in die englischsprachigen Industriestaaten geschickten Personen sowie für den Fall der aus den französischsprachigen Entwicklungsländern in die französischsprachigen Industriestaaten geschickten Personen nicht zu.

4. daß die Personen, die noch einmal - außer aus gesundheitlichen Gründen - keinen Erfolg in einem Jahr der weiteren Ausbildungsjahre erzielen, ihre Stipendien dann für immer verlieren.
Solche Stipendienpolitik führt zweifelsohne dazu, daß die meisten der geschickten Personen sich bemühen, die Abweichung zu vermeiden und immer fleißig zu arbeiten, damit sie Stipendien bekommen bzw. weiter haben können. D.h. durch solche Stipendienpolitik kann sich tatsächlich der Teil der geschickten Personen, die ihre Ausbildung im Ausland mit Erfolg beenden können, erheblich vergrößern. Dieser Teil kann sich noch weiter vergrößern, wenn gleichzeitig die Ausbilder in den hochentwickelten Volkswirtschaften die Ausbildungsschwierigkeit für die Ausländer bei Festlegung der Zeit für Examensarbeiten und beim Zensieren der Examensarbeiten sowie der Prüfung berücksichtigen, d.h., wenn gleichzeitig die Ausbilder in diesen Volkswirtschaften die Zeit der Examensarbeiten im Fall der Ausländer verlängern - damit diese Ausländer genug Zeit haben können, die für sie in fremder Sprache gestellten Fragen genau zu überlegen und gut zu verstehen und ihre Antworten in der für sie fremden Sprache gut ausdrücken zu können - und diese Ausbilder die Examensarbeiten sowie die Prüfung derAusländer besser zensieren als die der Inländer bzw. die Gleichbehandlung der Ausländer mit den Inländern zugunsten der Ausländer nicht weiter realisiert wird.

Nun wollen wir erörtern, wie das Verhältnis der Zahl der nach ihrer Ausbildung im Ausland nicht in die Heimat zurückkehrenden Personen zu der

Zahl der nach ihrer Ausbildung im Ausland in die Heimat zurückkehrenden Personen wesentlich sinken kann.

Es ist eine Tatsache, daß der größte Teil derjenigen, die nach ihrer Ausbildung im Ausland nicht in die Heimat zurückkehren, darum im Ausland bleibt, weil er befürchtet, in der Heimat keinen angemessenen oder überhaupt keinen Arbeitsplatz zu finden[1] und (oder), weil die Löhne bzw. die Gehälter im Ausland in der Regel viel höher sind als in der Heimat.
Diese Gründe, aus denen viele nach ihrer Ausbildung im Ausland nicht nach Hause zurückkehren, können eigentlich wesentlich überwunden werden, und zwar dadurch, daß der Staat im Entwicklungsland allen Personen, die ihre Ausbildung im Ausland erfahren, gleich nach ihrer Ausbildung angemessene Arbeitsplätze sichert und, daß der Staat gleichzeitig die Gehälter bzw. die Löhne für diejenigen, die im Ausland ausgebildet wurden, wesentlich steigert.
Solche wesentliche Überwindung der Gründe, aus denen viele nach ihrer Ausbildung im Ausland nicht zur Heimat zurückkehren, kann dazu führen, daß das Verhältnis der Zahl der nach ihrer Ausbildung im Ausland in die Heimat nicht zurückkehrenden Personen zu der Zahl der nach ihrer Ausbildung in

---

1 Vgl. K. Krug, Ausbildungshilfe im Entwicklungsland oder in Deutschland, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1960, S. 122.

die Heimat zurückkehrenden Personen erheblich sinkt. Dadurch und durch die erhebliche Steigerung des Teils der geschickten Personen, die ihre Ausbildung im Ausland mit Erfolg beenden können, werden die Staaten in den Entwicklungsländern, die nicht viele Ausbilder aus den hochentwickelten Volkswirtschaften entleihen können, d.h. in den Entwicklungsländern (L_b), ja der Meinung sein, daß es sich sehr lohnt, die Zahl der zu den hochentwickelten Volkswirtschaften geschickten Studenten und Praktikanten erheblich zu vergrößern, und deshalb wird der Wille dieser Staaten, eine erhebliche Vergrößerung dieser Zahl zu realisieren, entstehen.

Die Entstehung des Willens der Staaten in den Entwicklungsländern (L_b), eine erhebliche Vergrößerung der Zahl der geschickten Studenten und Praktikanten zu realisieren, ist natürlich eine notwendige Bedingung dafür, daß diese Vergrößerung realisiert werden kann. Sie ist aber keine hinreichende Bedingung, weil die Zahl der von einem Entwicklungsland ins Ausland geschickten Studenten und Praktikanten nicht nur von dem Willen des Staates in diesem Entwicklungsland abhängt, sondern auch von dem Schwierigkeitsgrad des Erwerbens der Zulassung seiner Angehörigen zu den Ausbildungsinstituten in den hochentwickelten Volkswirtschaften, d.h. es ist noch erforderlich, eine Erleichterung seitens der Ausbildungsinstitute in den hochentwickelten Volkswirtschaften in Bezug auf die Zulassungsbedingungen für ausländische Studenten und Praktikanten zu realisieren, damit die Zahl der aus diesen Ländern zu den hochentwickelten Volkswirtschaften

zur Ausbildung geschickten Personen sich entscheidend vergrößern kann.

3.2. Erweiterung der Personalhilfe

Wie wir wissen, ist das von den Entwicklungsländern gewünschte Volumen der Personalhilfe bzw. der Bedarf dieser Länder an dieser Hilfe größer bzw. viel größer als ihr gegenwärtiges Volumen. Die Ursachen dafür liegen hauptsächlich darin, daß die Zahl der ausgebildeten Arbeitskräfte, auf die die hochentwickelten Volkswirtschaften zugunsten der Entwicklungsländer verzichten können, nicht groß genug zur Erfüllung des notwendigen bzw. erwünschten Volumens der Personalhilfe ist und daß die hochentwickelten Volkswirtschaften nicht alle diese ausgebildeten Arbeitskräfte, auf die sie zugunsten der Entwicklungsländer verzichten können, zu den Entwicklungsländern schicken können, weil nur eine relativ kleine Gruppe von ausgebildeten Arbeitskräften dieser Volkswirtschaften bereit ist, aus bestimmten Motiven[1] in Entwicklungsländer zu gehen und dort zu arbeiten, während alle anderen dazu aus bestimmten Gründen nicht bereit sind. Eine Gruppe von denjenigen, die nicht bereit sind, in Entwicklungsländer zu gehen und dort zu arbeiten, fürchtet, daß sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat

---

1 Siehe J.W. Funke, Entwicklungshelfer - ein neuer Typ im Rahmen der Bildungshilfe, Ein Weg des "human investment" in Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 42 f.

nach Abschluß ihrer Tätigkeit in dem Entwicklungsland nicht mehr den ihr entsprechenden Arbeitsplatz finden kann[1], eine andere Gruppe davon befürchtet, daß sie nach ihrer Rückkehr nach einigen Jahren aus dem Entwicklungsland in die Heimat nur viel später Karriere machen kann als ihre Kollegen, die die ganze Zeit in der Heimat arbeiten, eine dritte Gruppe, nämlich die, die schon Karriere gemacht hat, befürchtet, daß ihre Abwesenheit von der Heimat ihrer Karriere schaden könnte[2], und die letzte Gruppe glaubt, daß sie nicht so gut, so modern und so bequem im Entwicklungsland wie zu Hause leben kann.

Zur Überwindung dieser Ursachen, aus denen nur relativ wenige ausgebildete Arbeitskräfte aus den hochentwickelten Volkswirtschaften bereit sind, in Entwicklungsländern zu arbeiten, bzw. zur Vergrößerung der Personalhilfe können offensichtlich eine Garantie jeder hochentwickelten Volkswirtschaft, daß jeder ihrer Angehörigen, der in ein Entwicklungsland geht, gleich nach seiner Rückkehr in die Heimat einen ihm entsprechenden Arbeitsplatz finden kann[3], und eine Entschädigung für diejenigen, die in Entwicklungsländer gehen, für eine mögliche Verspätung der Realisierung ihrer Karriere bzw. für eine mögliche Schädigung ihrer Karriere als Folge ihrer Abwesenheit von

---

1 K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe..., a.a.O., S. 84.

2 Ebenda, S. 84.

3 Vgl. ebenda, S. 84.

einigen Jahren von ihrer Heimat und auch dafür, daß sie in einem Entwicklungsland nicht so gut, nicht so modern und nicht so bequem wie in ihrer Heimat leben können, dienen. Die Entschädigung für das alles kann insbesondere durch ein Anrechnen des in einem Entwicklungsland geleisteten Dienstes ganz auf die Wehrdienstzeit[1] und auch gleichzeitig durch ein Anbieten der Entwicklungsländer von höheren Löhnen und Gehältern an die ausgebildeten Arbeitskräfte aus den hochentwickelten Volkswirtschaften geleistet werden.

Neben diesen genannten Maßnahmen zur Vergrößerung der Personalhilfe schlagen wir dazu vor, daß die hochentwickelten Volkswirtschaften den einheimischen Personen Stipendien anbieten, die bereit sind, sich zu verpflichten, nach ihrer Ausbildung mindestens zehn Jahre in Entwicklungsländern zu arbeiten.

Zweifellos werden viele Personen - insbesondere diejenigen, die finanziell nicht fähig sind, ausgebildet zu werden und deshalb nur einfache Arbeiter sein können - sehr bereit sein, die Bedingung dieser Stipendien anzunehmen, d.h. sie werden zu der Verpflichtung bereit sein, nach ihrer Ausbildung mindestens zehn Jahre in Entwicklungsländern zu arbeiten, damit sie solche Stipendien bekommen und eine bessere Zukunft vor sich haben.

Das Anbieten solcher Stipendien durch hochentwickelte Volkswirtschaften kann selbstverständlich im Gegensatz zu den anderen oben genannten Maßnahmen zur Vergrößerung der Personalhilfe nicht

---

1 Einige hochentwickelte Volkswirtschaften praktizieren das schon seit mehreren Jahren.

sofort und auch nicht nach kurzer Zeit auf das Volumen der Personalhilfe einen positiven Effekt haben. Ihr positiver Effekt auf das Volumen der Personalhilfe geschieht natürlich erst nach einigen Jahren vom Beginn des Ergreifens dieser Maßnahme an. Trotzdem ist sie als eine sehr wichtige Maßnahme zu betrachten, weil sie sehr großen positiven Effekt auf das Volumen der Personalhilfe ausüben kann.

Während das Ergreifen dieser Maßnahme durch die hochentwickelten Volkswirtschaften für diese selbst den Vorteil einer Steigerung des Verhältnisses der Zahl ihrer ausgebildeten Arbeitskräfte zur Gesamtzahl ihrer Arbeitskräfte hat, bringt sie gleichzeitig diesen Volkswirtschaften ein Problem, nämlich einen Mangel an einfachen Arbeitern. Dieses Problem läßt sich aber durch die Vermehrung von Gastarbeitern aus Entwicklungsländern leicht beseitigen.

3.3. Weitere Öffnung bzw. Erweiterung von Absatzmärkten

Unserer Auffassung nach kann durch eine Durchführung von erheblicher bzw. schneller Veränderung der Industriestruktur der Industriestaaten zugunsten der Kapitalgüterindustrie bzw. zuungunsten der Konsumgüterindustrie - d.h. durch erhebliche Erhöhung der Wachstumsrate der Schwerindustrie und entscheidende Verringerung der Wachstumsrate der Leichtindustrie, d.h. wiederum durch große

bzw. schnelle Verkleinerung des Koeffizienten:

$$\frac{\text{Netto-Output der Konsumgüter}}{\text{Netto-Output der Kapitalgüter}} = \frac{C}{K}$$ [1)]

in den Industriestaaten[2] - die Nachfrage dieser Staaten nach Halbfabrikaten und Fertiggütern aus den Entwicklungsländern und damit ihr Import von solchen Waren aus den Entwicklungsländern entscheidend gefördert werden, weil eine solche Veränderung der Industriestruktur der hochentwickelten Volkswirtschaften zweifellos dazu führt, daß bei diesen Volkswirtschaften der Bedarf an Halbfabrikaten und Fertiggütern aus den Entwicklungsländern erheblich steigt.

Neben der Änderung der Industriestruktur der hochentwickelten Volkswirtschaften sind auch die Beschleunigung der weiteren Annahme von Entwicklungsländern in internationale Wirtschaftsorganisationen und gleichzeitig die Beschleunigung der Realisierung vom Abbau der Zölle und der Importkontingentierung bei Waren aus den in diesen

---

1 Dieser Koeffizient ist von W. Hoffmann aufgestellt. Maizels bezeichnet ihn deshalb als Hoffmanns Koeffizienten.
Siehe A. Maizels, Industrial Growth and World Trade, London, New York 1963, S. 49 ff.

2 Eine solche Industriestrukturänderung, d.h. Realisierung von erheblicher Erhöhung der Wachstumsrate der Schwerindustrie und von entscheidender Verringerung der Wachstumsrate der Leichtindustrie, kann durch steuerliche Maßnahmen, kreditpolitische Maßnahmen und entscheidende Vergrößerung des Volumens der Kredithilfe an Entwicklungsländer herbeigeführt werden.

Wirtschaftsorganisationen angenommenen Ländern, bei den hochentwickelten Volkswirtschaften Realisierung einer großen Senkung der Zölle und der Verbrauchssteuern auf Waren, die im wesentlichen in den Entwicklungsländern hergestellt werden[1,2], Vermehrung von bilateralen handelspolitischen Vereinbarungen der Industriestaaten mit den Entwicklungsländern und Vermehrung von Wirtschaftsmessen der Entwicklungsländer auf dem Boden der Industriestaaten als weitere Maßnahmen zur Förderung der Nachfrage der hochentwickelten Volkswirtschaften nach Waren aus den Entwicklungsländern bzw. zur Förderung des Importes der hochentwickelten Volkswirtschaften aus den Entwicklungsländern zu erwähnen.

3.4. Förderung der Hilfsform Preisstabilisierung

Wir wissen ja schon, daß der Preisstabilisierung vor allem die internationalen Warenabkommen und bestimmte bilaterale handelspolitische Vereinbarungen, wie z.B. bilaterale handelspolitische Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Entwicklungsländern, dienen.

---

1 Vgl. Entschließung des Europa-Ausschusses und des Außenwirtschaftsausschusses des DIHT über die Einfuhrförderung aus den Entwicklungsländern, in: Entwicklungspolitik durch Einfuhrförderung, a.a.O., S. 39.

2 Statistisch läßt sich nachweisen, daß die Nachfrage der Völker hochentwickelter Volkswirtschaften nach Hauptprodukten von Entwicklungsländern, d.h. tropischen Produkten, bei niedriger Zoll- und Steuerbelastung sehr viel höher ist als bei großer Zoll- und Steuerbelastung.
Vgl. H.M. Schmid, Entwicklungsländer und internationaler Handel, a.a.O., S. 77 f.

Die Zahl der bestehenden internationalen Warenabkommen und die Zahl der hochentwickelten Volkswirtschaften, die mit Entwicklungsländern bilaterale handelspolitische Vereinbarungen treffen, in denen diese hochentwickelten Volkswirtschaften sich verpflichten, bestimmte Waren aus diesen Ländern (Entwicklungsländern) im Zeitraum dieser Vereinbarungen zu gleichbleibenden Preisen abzunehmen, die die Weltmarktpreisschwankungen also nicht mitmachen, sind aber - wie bereits oben erwähnt - relativ sehr klein. Deshalb ist der Spielraum der Vergrößerung dieser beiden Zahlen zu groß, d.h. die hochentwickelten Volkswirtschaften können diese beiden Zahlen erheblich vergrößern.
Eine erhebliche Vergrößerung dieser beiden Zahlen bedeutet ja eine erhebliche Förderung der Hilfsform, Preisstabilisierung.

3.5. Förderung der Direktinvestition

Tatsache ist, daß das Volumen der Direktinvestition in den Entwicklungsländern um so größer ist, je größer der dort realisierbare Nettogewinn ist[1] und je kleiner die besonderen Risiken sind, mit denen die Direktinvestition in diesen Ländern verbunden wird, bzw. je größer der Schutz der Direktinvestition vor diesen Risiken ist[2].

---

1 Vgl. H. Schuster, Direktinvestitionen und Zahlungsbilanz in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), 93. Jahrgang, 2. Heft, Berlin 1973, S. 191 f.

2 Vgl. D. Benecke, Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 31.

Da das Volumen der Direktinvestition - wie bereits gesagt - u.a. von der Höhe des Nettogewinns abhängig ist und weil die Höhe des Nettogewinns durch die Größe der Steuer beeinflußt wird, ist es von hochentwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern mit Erfolg versucht worden, durch Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet, d.h. durch Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen[1,2] zwischen hochentwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern sowie durch Verabschieden von Entwicklungshilfe-Steuergesetzen in hochentwickelten

---

1 "Doppelbesteuerungsabkommen sind zwischenstaatliche Abkommen zur Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen eines Steuerpflichtigen durch verschiedene Steuergewalten. Die Gefahr der Doppelbesteuerung tritt dann auf, wenn eine Person oder eine Gesellschaft im Ausland Vermögen besitzt oder Einkünfte erzielt. Die allgemeinen Doppelbesteuerungsabkommen gelten in der Regel für Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer." "Häufig wird in den Abkommen das ausschließliche Besteuerungsrecht durch den Staat, in welchem sich der Wohnsitz bzw. der Sitz der Betriebstätte befindet, vereinbart (Wohnsitzprinzip). In anderen Fällen gilt das sogenannte Ursprungsprinzip (Besteuerung durch den Staat, dem das Steuerobjekt staatswirtschaftlich angehört), oder es werden die außerhalb des Wohnsitzstaates bezahlten Steuern angerechnet." K. Hautmann, Grundlagen und Ziele der Entwicklungshilfe; Der deutsche Unternehmer in einer veränderten Wirtschaftsordnung, Herne und Berlin 1962, S. 68 f.

2 "Bilateral agreements for the elimination of double taxation ... have been concluded by many capitalexporting countries with under-developed states." E.I. Nwogugu, The Legal Problems of Foreign Investment in developing Countries, Manchester and New York 1965, S. 48.

Volkswirtschaften, darunter die Bundesrepublik Deutschland[1], und durch Erzielung steuerlicher Erleichterungen durch Entwicklungsländer für ausländische Investoren[2], die Direktinvestition in Entwicklungsländern zu fördern.

Die Tatsachen, daß bis jetzt nicht alle hochentwickelten Volkswirtschaften mit jedem Entwicklungsland Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, daß nicht alle hochentwickelten Volkswirtschaften ein Entwicklungshilfe-Steuergesetz verabschiedet und daß nicht alle Entwicklungsländer steuerliche Erleichterungen bzw. große steuerliche Erleichterungen für ausländische Investoren realisiert haben, zeigen, daß noch Möglichkeiten auf steuerlichem Gebiet zur Förderung der Direktinvestition in den Entwicklungsländern insgesamt bestehen. Diese Möglichkeiten sind offenbar Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen der hochentwickelten Volkswirtschaften mit den Entwicklungsländern, mit denen sie bis jetzt noch kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen haben, sowie Verabschieden eines Entwicklungshilfe-Steuergesetzes in den hochentwickelten Volkswirtschaften, die ein solches Gesetz bis jetzt noch nicht

---

1 Das Entwicklungshilfe-Steuergesetz der BRD trat am 31. Dezember 1963 in Kraft. Durch dieses Gesetz genießen die deutschen Unternehmer, die in Entwicklungsländern Direktinvestitionen durchführen, steuerliche Erleichterungen.
Siehe W. Scheel, Konturen einer neuen Welt, a.a.O., S. 136.

2 Beispiele dafür siehe z.B.: E.I. Nwogugu, The Legal Problems of Foreign Investment in Developing Countries, a.a.O., S. 34 ff.

verabschiedet haben, und Realisierung von steuerlichen Erleichterungen bzw. großen steuerlichen Erleichterungen für ausländische Investoren seitens der Entwicklungsländer, die solche Erleichterungen bis jetzt noch nicht realisiert haben.[1]

Das Volumen der Direktinvestition in den Entwicklungsländern kann noch weiter gefördert werden, und zwar durch Verbesserung des Schutzes dieser Investition[2] vor den besonderen Risiken, mit denen sie verbunden wird.

---

1 Realisierung dieser Maßnahmen beeinflußt nicht nur das Volumen der Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern insgesamt, sondern auch die Richtung dieser Investitionen, weil sie veranlassen kann, daß ausländische Investoren die Investition nicht in den dafür ursprünglich - d.h. vor der Realisierung dieser Maßnahmen - vorgesehenen Entwicklungsländern vornehmen werden oder zumindest nicht im anfänglich geplanten Maße.

2 Über den Schutz der Direktinvestition haben viele Autoren geschrieben. Davon erwähnen wir hier die folgende Literatur: U. Ammann, Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern aus völkerrechtlicher, volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht, (Diss.), Zürich 1967; O. Böhmer, Schutz durch Rechtssicherheit bei privaten Auslandsinvestitionen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters, Heidelberg 1960, S. 165-168; Die Konferenz von Kairo und das Problem der Investitionssicherheit, in: Afrika Informationsdienst, Nr. 2, Bonn 1958, S. 2 bis 6; E. Diez, Der Investitionsschutz im Völkerrecht, Vortrag gehalten vor der Schweizerischen Vereinigung für Internationales Recht 1962, (vervielfältigt); I. Foighel, Nationalization, A Study in the Protection of Alien Property in International Law, London, Copenhagen 1957; H. Giesecke, Schutz von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftsdienst, Heft 12, Hamburg 1958, S. 684-686; E. Lauterpacht, Drafting of Conventions for the Protection of Investment, in: The Encouragment and Protection of Investment in Developing Countries, Suppl. to International and Comparative Law Quarterly, 1962, S. 18-34; Probleme des Investitionsschutzes, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion

Die besonderen Risiken, mit denen die Direktinvestition verbunden wird, sind vor allem Nationalisierung bzw. Verstaatlichung[1] aus politischen, wirtschaftlichen oder (und) sozialen Gründen[2] ohne prompte und gerechte Entschädigung oder entschädigungslos, plötzliche Sistierung von zugesagten Importlizenzen für Maschinen, Bestandteile, Rohstoffe und Fachkräfte, für die das Entwicklungsland normalerweise keinen Ersatz bieten kann, staatliche Festsetzung von Verkaufspreisen, die keinen Gewinn mehr ermöglichen, Transferrisiko[3], das Risiko der Zerstörung des Investitionsvorhabens aus politischen Gründen und Kriegsrisiko.[4]

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1961, S. 116 und W. Veith, Schutz privater Auslandsinvestitionen, in: Außenhandelsdienst der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände, Nr. 36, Frankfurt am Main 1960, S. 1-3.

---

1 Verstaatlichung wird im deutschen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit Nationalisierung verwendet. Siehe U. Ammann, Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen ..., a.a.O., S. 32.

2 Vgl. G. White, Nationalization of Foreign Property, London 1961, S. 18.

3 Das Transferrisiko wird von allen ausländischen Investoren als sehr hoch eingeschätzt. Siehe U. Ammann, Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen ..., a.a.O., S. 134.

4 Vgl. ebenda, S. 10 und S. 134.

In der Tat geschieht Krieg in Entwicklungsländern - abgesehen von wenigen Ausnahmen - nur selten. Deshalb ist das Kriegsrisiko sehr gering. Darum hat dieses Risiko fast keinen negativen Effekt auf den Willen der Investoren aus den hochentwikkelten Volkswirtschaften, Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durchzuführen.
Im Gegensatz zu dem Kriegsrisiko haben die anderen oben genannten Risiken relativ starken negativen Effekt auf den Willen der Investoren aus den hochentwickelten Volkswirtschaften, Direktinvestitionen in Entwicklungsländern vorzunehmen.

Zum Schutz der Direktinvestition in Entwicklungsländern vor diesen Risiken sind schon verschiedene Maßnahmen ergriffen worden. Diese Maßnahmen sind vor allem das Anbieten der Entwicklungsländer von nationalen gesetzlichen Garantien für ausländische Investition[1], Übernahme von Garantien durch Industriestaaten für Direktinvestitionen ihrer Angehörigen in Entwicklungsländern[2], das Abschließen von bilateralen Investitionsförderungsverträgen zwischen hochentwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern[3], die Zulassung natürlicher

---

1 Vgl. H. Giesecke, Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, Risiken und Chancen, a.a.O., S. 53.

2 Siehe z.B. Garantien für Kapitalanlagen, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962, S. 157.

3 Siehe z.B. Acht Investitionsförderungsverträge, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962, S. 159.

und juristischer Personen formell auch vor bestehenden internationalen Schiedsgerichten[1] und die Schaffung von der "Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States"[2,3].
Trotz aller ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Direktinvestition finden die ausländischen Investoren mit Recht, daß der gegenwärtige Schutz dieser Investition nicht besonders stark ist.
Der gegenwärtige Schutz der Direktinvestition in Entwicklungsländern kann unserer Auffassung nach wesentlich verbessert werden, und zwar durch Abschließen von multilateralem Investitionsschutzabkommen.[4] Das Abschließen eines solchen Investitionsschutzabkommens kann diesen Schutz wesentlich

---

1 Vgl. U. Ammann, Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen ..., a.a.O., S. 117.

2 Vgl. ebenda, S. 158 ff.

3 Diese "Convention" hat am 14.10.1966 Rechtskraft erhalten. Sie errichtet ein nationales "Centre" mit dem Zweck, die Mittel zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Vertragsstaaten und Angehörigen anderer Vertragsstaaten zu stellen. Ebenda S. 159.

4 Die Meinung, daß Abschließen von einem multilateralen Investitionsschutzabkommen den gegenwärtigen Schutz der Direktinvestition wesentlich verbessern kann, wird viel vertreten. Dies läßt sich u.a. dadurch beweisen, daß vor allem Staaten und Institutionen bzw. Organisationen - hauptsächlich internationale Institutionen bzw. internationale Organisationen - Entwürfe für ein multilaterales Investitionsschutzabkommen ausgearbeitet haben. Dazu siehe z.B.: D.A.V. Boyle, Some Proposals for a World Investment Convention, in: The Journal of Business Law, London 1961, S. 18-22 und S. 155 bis 160; M. Brandon, An International Investment Code, Current Plans, in: The Journal of Business Law, London 1959, S. 7-17; A.S. Miller, Protection of Private Foreign Investment by Multilateral Convention, in: The American Journal of International

verbessern, weil ein multilaterales Abkommen im Gegensatz zu nationalen gesetzlichen Garantien von Entwicklungsländern für ausländische Investitionen und im Gegensatz zu bilateralen Abkommen nicht leicht durchlöchert bzw. aufgehoben werden kann.
Daß das Abschließen von einem multilateralen Investitionsschutzabkommen den gegenwärtigen Schutz der Direktinvestition in den Entwicklungsländern wesentlich verbessern kann, bedeutet, daß durch das Abschließen von einem multilateralen Investitionsschutzabkommen die Direktinvestition sehr gefördert werden kann.

3.6. Vermehrung der Nettokredite

Obwohl es für den Wirtschaftswachstumsprozeß in den Entwicklungsländern besser ist, einen Übergang vom Einschichtsystem zum Mehrschichtensystem in diesen Ländern zu realisieren, statt Kredite von den Industriestaaten aufzunehmen, wollen bekanntlich die Entwicklungsländer ihre jährlichen Kredite bzw. Nettokredite erheblich vergrößern und das Einschichtsystem weiter verfolgen, vielleicht weil bei Realisierung eines Überganges vom

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

Law, Vol. 53, 1959, S. 371-378; E. Snyder, Protection of Private Foreign Investment, Examination and Appraisal, in: The International and Comparative Law Quarterly, Vol. 10, 1961, S. 469-494 und L.B. Sohn and R.R. Baxter, Responsibility of States for Injuries to the Economic Interests of Aliens, in: The American Journal of International Law, Vol. 55, 1961, S. 545-584.

Einschichtsystem zum Mehrschichtensystem ein sehr großer Teil der Arbeitskräfte nicht in normaler Arbeitszeit arbeitet und dieser dadurch physisch und psychisch belastet wird.

Wie wir aber wissen, wird die Kredithilfe mit mehreren Risiken verbunden. Diese sind wirtschaftlicher, politischer und inflationärer Art.[1] Angesichts aller Risiken finden die Kapitalgeber, daß die Höhe des Zinssatzes zu gering ist.[2] Deshalb und weil in den Industriestaaten das Gefühl herrscht, daß die Kredithilfe eine Last darstellt,[3] ist die Bereitschaft der Industriestaaten, den Entwicklungsländern Kredite zu gewähren, nicht groß.[4]

---

1 Wirtschaftliches Risiko besteht darin, daß das Entwicklungsland aus wirtschaftlichen Gründen eine regelmäßige Kredit- und Zinstilgung wahrscheinlich nicht erfüllen kann. Das politische Risiko liegt aber darin, daß das Entwicklungsland aus politischen Gründen die Kredit- und Zinstilgung vielleicht zu erfüllen verweigert. Das inflationäre Risiko ist offenbar das Risiko der Entwertung des zukünftigen Wertes der Kredite und Zinsen durch Inflation.

2 Siehe W. Hoffmann, Entwicklungsländer, in: Staatslexikon, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. völlig neubearbeitete und erweiterte Aufl., Freiburg 1958, S. 1208.

3 Vgl. W. Böll, Entwicklungspolitik und Gesellschaftsveränderung, in: Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 69, Berlin 1972, S. 9 f; K. Fohrbeck u.a., Heile Welt und Dritte Welt, Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Opladen 1971, S. 133 f und W. Guth, Entwicklungspolitik in der Krise, (Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), Hrsg. von H. Giersch, N.F. 72, Tübingen 1972, insbesondere S.3

4 Die Größe der Bereitschaft der Geberländer, Kredite an die Entwicklungsländer zu gewähren, ist eigentlich von Geberland zu Geberland unterschiedlich, weil sie auch von anderen Faktoren, wie z.B. Volkswirtschaftssituation in den Geberländern,

Es stellt sich nun die Frage, ob trotzdem die jährlichen Kredite bzw. Nettokredite der Entwicklungsländer erheblich steigen können. Wenn ja, wie?

Trotz der relativ geringen Bereitschaft der hochentwickelten Volkswirtschaften, den Entwicklungsländern Kredite zu geben, können die Finanzmittel, die den Entwicklungsländern jährlich zur Verfügung stehen, doch erheblich steigen, und zwar durch Errichtung einer Weltbank für Entwicklung der Entwicklungsländer "WBEEL" als eine UN-Institution mit einer in allen Ländern annahmepflichtigen eigenen Währung, sagen wir Weltdollar, und mit Befugnis zur Geldschöpfung, wobei die Geldmenge, die sie schöpfen darf, viermal so hoch wie ihre Reserven ist, die aus den Geldern bestehen, die die Staaten und Privatleute von den hochentwickelten Volkswirtschaften bei ihr anlegen.

Die Finanzmittelmenge, die die WBEEL jährlich den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen kann, ist dann mehr als viermal so hoch wie die Finanzmittelmenge, die die hochentwickelten Volkswirtschaften den Entwicklungsländern direkt und indirekt (d.h. über bestehende internationale Entwicklungshilfe-Organisationen) bei keiner Entstehung der WBEEL jährlich zu geben geplant hätten, wenn die hochentwickelten Volkswirtschaften ihre Finanzmittel den Entwicklungsländern weder direkt

---

(Forts. d. Fußn. d. vorh. Seite)

Haushaltspolitik und Zahlungsbilanzlage dieser Länder, abhängt.
Vgl. Entwicklungshilfe, Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe W.L. Thorp über die Jahresprüfung 1966, Deutsche Übersetzung, Hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1966, S. 75 ff.

noch indirekt gewähren, sondern bei dieser Bank anlegen.[1,2]

Außerdem kann die WBEEL ihre Kredite den Entwicklungsländern zu einem relativ viel niedrigeren Zinssatz als dem heutigen üblichen Zinssatz anbieten und gleichzeitig den Industriestaaten für ihre Gelder den Zinssatz in der heutigen üblichen Höhe zahlen, da sie eine viermal so hohe Geldmenge schöpfen kann wie ihre Reserven an Mitteln aus den Industriestaaten betragen.

Das alles bedeutet, daß die hochentwickelten Volkswirtschaften höchstens die Hälfte der Finanzmittelmenge, die sie bei keiner Entstehung der WBEEL den Entwicklungsländern direkt und indirekt zu geben geplant hätten, bei dieser Bank anzulegen

---

1 Bei der Verwirklichung der WBEEL können die jährlichen Kredite an Entwicklungsländer mehr als viermal so hoch sein wie die Geldmenge, die die hochentwickelten Volkswirtschaften jährlich bei der WBEEL anlegen, weil diese Bank in einem Jahr den Entwicklungsländern Kredite gewähren kann, die nicht nur das Vierfache der Geldmenge, die bei ihr von den hochentwickelten Volkswirtschaften in diesem Jahr angelegt wird, sondern auch die Rückzahlungen, die sie von den Entwicklungsländern in diesem Jahr bekommt, da sie auch diese Rückzahlungen Entwicklungsländern zur Verfügung stellen kann.

2 Hiermit ist also gemeint, daß die WBEEL der einzige Kreditgeber für die Entwicklungsländer sein soll. D.h. die WBEEL macht alle anderen internationalen Organisationen, die nur dem Anbieten von Krediten an Entwicklungsländer dienen, überflüssig.

brauchen, um die von den Entwicklungsländern gewünschte erhebliche Steigerung des Volumens ihrer jährlichen Nettokredite zu realisieren.
Die Errichtung der von uns vorgeschlagenen Bank hat also nicht nur zur Folge, daß die von den Entwicklungsländern erwünschte erhebliche Steigerung ihrer jährlichen Nettokredite realisiert werden kann, sondern auch, daß die hochentwickelten Volkswirtschaften nicht mehr wegen der Entwicklungsländer finanziell so hoch belastet zu werden brauchen wie jetzt.

Die Frage ist nun: Kann diese Bank realisiert werden, d.h. werden die hochentwickelten Volkswirtschaften für eine Verwirklichung dieser Bank sein?

Es bestehen eigentlich die folgenden Tatsachen:

1) Keine andere Maßnahme bzw. Maßnahmengruppe außer der Verwirklichung einer solchen Bank kann dazu führen, daß die von den Entwicklungsländern gewünschte erhebliche Steigerung ihrer jährlichen Nettokredite sich realisiert, und zugleich auch dazu, daß die hochentwickelten Volkswirtschaften nicht mehr wegen der Entwicklungsländer finanziell so hoch belastet werden wie jetzt.
2) Die hochentwickelten Volkswirtschaften brauchen bei Verwirklichung der WBEEL die meisten Risiken, die sie bis jetzt beim Geben von Krediten an die Entwicklungsländer eingehen, nicht mehr auf sich zu nehmen, weil sie bei Realisierung dieser Bank nicht mehr Geld an die Entwicklungsländer gewähren, sondern nur Geld bei dieser Bank anlegen und dieses Geld dort sicher ist.

3) Bei Verwirklichung der WBEEL kann, wie wir ja schon wissen, der Zinssatz, den die Entwicklungsländer für ihre Kredite bezahlen müssen, relativ sehr klein sein, und trotzdem bekommen die hochentwickelten Volkswirtschaften den heutigen üblichen Zinssatz für das Geld, das sie bei dieser Bank anlegen.
4) Die sich ergebende erhebliche Steigerung der Nachfrage der Entwicklungsländer nach Kapitalgütern von den hochentwickelten Volkswirtschaften als Folge der entscheidenden Vergrößerung des Volumens der jährlichen Nettokredite der Entwicklungsländer - die bei Realisierung der WBEEL verwirklicht werden kann - wird die Preise dieser Güter bzw. den Inflationsgrad in den Industriestaaten nicht bzw. nicht wesentlich steigen lassen, wenn zugleich die Industriestaaten die oben erwähnte Maßnahme zur Vergrößerung ihrer Nachfrage nach Waren aus den Entwicklungsländern, nämlich Durchführung von erheblicher bzw. schneller Veränderung ihrer Industriestruktur zugunsten der Schwerindustrie, ergreifen.[1]
5) Die hochentwickelten Volkswirtschaften werden bei Verwirklichung der WBEEL den Kaufzwang, den sie bei ihrer Gewährung von öffentlichen Krediten auf die Entwicklungsländer ausüben, natürlich verlieren, weil die WBEEL, wie schon

---

1 Wie schon oben erwähnt, erfordert solche Industriestrukturveränderung eine entscheidende Vergrößerung der Kredite an die Entwicklungsländer. Diese Maßnahme und die Verwirklichung der WBEEL ergänzen also einander.

oben gesagt, der einzige Kreditgeber für Entwicklungsländer wird.

Die hochentwickelten Volkswirtschaften betreiben die Politik der Lieferunggebundenheit ihrer Kredithilfe, obwohl "... tying aid means that the total cost of aid in terms of world resource use is higher than it need be"[1]. Während einige hochentwickelte Volkswirtschaften (VW_a) die Politik der Lieferunggebundenheit betreiben, weil sie Zahlungsschwierigkeiten haben, machen die anderen hochentwickelten Volkswirtschaften (VW_b) diese Politik, weil sie finden, daß sie bei ihrem Verhalten auch das Verhalten anderer Länder in Betracht ziehen müssen[2], d.h. weil andere Volkswirtschaften, nämlich die Volkswirtschaften (VW_a), diese Politik betreiben.

Da bei Verwirklichung der WBEEL die jährlichen Kredite an die Entwicklungsländer sogar mehr als viermal so hoch wie die Geldmenge, die die hochentwickelten Volkswirtschaften jährlich bei der WBEEL anlegen, sein können, ist zu erwarten, daß der Wert der als Folge dieser Kredite ermöglichten Importe der Entwicklungsländer aus jeder hochentwickelten Volkswirtschaft größer ist als die Geldmenge, die sie bei dieser Bank anlegt. D.h. trotz Wegfalls des Kaufzwangs bei Verwirklichung der WBEEL werden die

---

1 J. Pincus, Economic Aid and International Cost Sharing, United States of America 1965, S. 128.

2 Vgl. W. Scheel, Konturen einer neuen Welt, a.a.O., S. 23 f.

Zahlungsbilanzschwierigkeiten der hochentwikkelten Volkswirtschaften (VW_a) sich nicht nur nicht vergrößern - wie es jetzt der Fall bei der öffentlichen Kredithilfe durch die Lieferunggebundenheit dieser Kredithilfe ist -, sondern sie werden sich sogar verringern.

Die obigen Tatsachen veranlassen die Erwartung, daß die hochentwickelten Volkswirtschaften für die Verwirklichung der WBEEL sein werden. D.h. die WBEEL ist doch realisierbar.

Schlußfolgerungen

Aus der Untersuchung der vorliegenden Arbeit ergibt sich folgendes:

1) Sowohl die Entwicklungsländer als auch die hochentwickelten Volkswirtschaften wollen, daß sich in den Entwicklungsländern eine angemessene Wachstumsrate vollzieht. Diese läßt sich aber nur durch Gewährung von Hilfen, die einer Verbesserung des Gesundheitszustandes und des Ausbildungsstandes bzw. einer wesentlich schnelleren Erhöhung der Zahl der Ausgebildeten in den Entwicklungsländern, sowie einer entscheidenden Vergrößerung der jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen dieser Länder dienen, d.h. durch Gewährung von technischer, Export- und Kapitalhilfe. Daher werden die drei Hilfen an die Entwicklungsländer durchgeführt.

2) Die technische Hilfe kann großen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer haben, solang die Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen als Folge der durch diese Hilfe ausgelösten viel schnelleren Steigerung der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in diesen Ländern nicht so groß ist, daß sie innenpolitische Unruhen in diesen Ländern verursacht, durch die die Kapitalflucht aus diesen Ländern sich beschleunigt.

3) Die Exporthilfe kann einen nur relativ großen positiven Effekt auf das Wachstum in den Entwicklungsländern ausüben.

4) Die Kapitalhilfe kann unter ihren herrschenden Bedingungen - d.h., daß die Wachstumsrate der jährlichen Kredithilfe (abgesehen von einigen Ausnahmen) kleiner ist als die Zinssätze dieser Kredite und, daß die jährlichen Direktnettoinvestitionen in den Entwicklungsländern sich (abgesehen von einigen Ausnahmen) nur langsam vergrößern - nur in relativ wenigen Jahren großen positiven Effekt auf das Wachstum der Entwicklungsländer haben, und die Zeit kommt, wo die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Kapitalhilfe negativen Effekt auf das Wachstum dieser Länder hat.

5) Die Gewährung aller drei Hilfen an die Entwicklungsländer beschleunigt das Wachstum in diesen Ländern viel mehr als die Gewährung von nur einer der drei Hilfen. Nur wenn die Situation eintritt, in der die Amortisations- und Zinszahlungen die jährlichen Kredite überschreiten, was wegen der herrschenden Bedingungen geschieht, kann der Einfluß der drei Hilfen auf die jährlich für die Einfuhr von Kapitalgütern verfügbaren Devisenmengen bzw. auf das Ausmaß der Neuinvestition der Entwicklungsländer und damit auf das Wachstum in diesen Ländern offenbar nicht mehr so groß sein,wie vor dem Eintreten dieser Situation. Trotzdem ist dann die Wahrscheinlichkeit nicht bzw. überhaupt nicht groß, daß die Zahl der ausgebildeten Arbeitslosen als Folge der durch die technische Hilfe ausgelösten viel schnelleren Steigerung der Zahl der erwerbsfähigen ausgebildeten Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern so groß wird, daß sie große innenpolitische Unruhen in diesen Ländern und

damit eine Beschleunigung der Kapitalflucht aus diesen Ländern verursacht, was beim Vorhandensein von nur technischer Hilfe nach ein bestimmten Zeit zu erwarten ist.

6) Die Gewährung der drei Hilfen an die Entwicklungsländer kann das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern stets mit Sicherheit in einem starken Ausmaß fördern, wenn die Kredite unte besseren Bedingungen gewährt werden, so daß d jährliche Wachstumsrate der Kredithilfe größe ist als die Zinssätze dieser Kredite. Denn es haben nur in diesem Fall alle drei Hilfen ste nur positive Effekte auf das Wirtschaftswachs in den Entwicklungsländern.

7) Das durch die drei Hilfen sich realisierende Förderungsausmaß des Wachstums in den Entwick lungsländern läßt sich durch verschiedene Maß nahmen erheblich vergrößern. Die meisten dies Maßnahmen können aber nicht allein durch die Entwicklungsländer realisiert werden, d.h. zu ihrer Durchführung ist auch ein Beitrag der hochentwickelten Volkswirtschaften erforderli

Literaturverzeichnis

Acht Investitionsförderungsverträge, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden, Bonn 1962

Aich, P., Farbige unter Weißen, Köln und Berlin 1962

Ammann, U., Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern aus völkerrechtlicher, volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht, (Diss.), Zürich 1967

Asimakopulos, A. and Weldon, J.C., The Classification of Technical Progress in Models of Economic Growth, in: Economica, N.S. Vol. XXX, 1963

Ayari, C., Some Thoughts on the Crisis of the International Economic Cooperation, in: Obstacles to Growth, Demographic, Economic and Social, (Studies on Developing Countries), ed. by I. Sachs, Vol. 3, Warszawa 1967

Becker, G.S., Human Capital, A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education (General Series Nr. 80), National Bureau of Economic Research, New York 1964, Deutsche Übersetzung mit dem Titel "Investitionen in Humankapital - eine theoretische Analyse", in: Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, Hrsg. von K. Hüfner, 1. Aufl., Stuttgart 1970

Becker, G.S. and Chriswick, B.R., Education and the Distribution of Earnings, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. LVI, 1966

Benecke, D., Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern, Eine Analyse des Beitrags der Genossenschaften zur wirtschaftlichen Entwicklung, (Schriften zur Kooperationsforschung), Hrsg. von Erik Boettcher u.a., 2. Bd., Tübingen 1972

Benham, F., Economic Aid to Underdeveloped Countries, London, New York and Toronto 1961

Blum, R., Die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit in der modernen Wachstumstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 102. Bd., Tübingen 1969

Boettcher, E., Einleitung, in: Ostblock, EWG und Entwicklungsländer, Hrsg. von Erik Boettcher, Stuttgart 1963

Böhmer, O., Schutz durch Rechtssicherheit bei privaten Auslandsinvestitionen, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters, Heidelberg 1960

Böll, W., Entwicklungspolitik und Gesellschaftsveränderung, in: Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 69, Berlin 1972

Boyle, D.A.V., Some Proposals for a World Investment Convention, in: The Journal of Business Law, London 1961

Bräker, H., Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, Ein Beitrag zur internationalen technisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Köln und Opladen 1968

Brandon, M., An International Investment Code, Current Plans, in: The Journal Business Law, London 1959

Brinkmann, G., Ausbildung und Arbeitseinkommen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 123. Bd., Tübingen 1967

Buchanan, N.S., International Investment, Some Post-War Problems and Issues, in: Canadian Journal of Economics and Political Science, Vol. X, 1944

Bülow, F. i.V.m. Langen, H., Wörterbuch der Wirtschaft, 4., erweiterte Aufl., Stuttgart 1963

Chen, T.A., Zum Problem der Importsubstitution und der Exportdiversifikation der unterentwickelten Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung Asiens, (Diss.), Münster 1969

Cho, M.Y., Wirtschaftsmesse der Entwicklungsländer - eine gute Idee, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1962

Clark, C., The Conditions of Economic Progress, 1. Aufl., London 1940

Denison, E.F., Measuring the Contribution of Education (and the Residual) to Economic Growth, in: OECD, The Residual Factor and Economic Growth, (Study Group in the Economics of Education), Paris 1964, Deutsche Übersetzung mit dem Titel "Zur Messung des Beitrags der Bildung (und der Restgröße) zum Wirtschaftswachstum", in: Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, a.a.O.

Die Entwicklungsländer und unsere Hilfe, Zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU, 2. völlig neu bearbeitete Aufl., Bonn 1961

Die Konferenz von Kairo und das Problem der Investitionssicherheit, in: Afrika Informationsdienst, Nr. 2, Bonn 1958

Diez, E., Der Investitionsschutz im Völkerrecht, Vortrag gehalten vor der Schweizerischen Vereinigung für Internationales Recht 1962, (vervielfältigt)

Domar, E.D., The Effect of Foreign Investment on the Balance of Payments, in: The American Economic Review, Vol. XL, 1950

Ehrlicher, W., Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Hrsg. von E.H. Sieber, Berlin 1963

Employment and Economic Growth, (International Labour Office, Studies and Report, N.S. No. 67), Geneva 1964

Entwicklungshilfe, Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe W.L. Thorp über die Jahresprüfung 1966, Deutsche Übersetzung, Hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1966

Entwicklungshilfe innerhalb des Ostblocks, (Arbeiten zur Wirtschaftskunde der Entwicklungsländer), Hrsg. von der Studiengesellschaft für wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main und Berlin 1960

Entwicklungspolitik durch Einfuhrförderung, Referate und Entschließung anläßlich der gemeinsamen Sitzung des Europa- und Außenwirtschaftsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages am 21 November 1960 in Bonn, (Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages), Heft72, Bonn 1961

Fietze, S. u.a., Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz, (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit), 7. Bd., Heft 1, Stuttgart 1966

Fohrbeck, K. u.a., Heile Welt und Dritte Welt, Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Opladen 1971

Foighel, I., Nationalization, A Study in the Protection of Alien Property in International Law, London and Copenhagen 1957

Friedmann, W. u.a., International Financial Aid, New York and London 1966

Funke, J.W., Entwicklungshilfer - Ein neuer Typ im Rahmen der Bildungshilfe, Ein Weg des "Human Investment" in Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

Furth, J.H., Theorie und Politik der wirtschaftlichen Auslandshilfe, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 4. Bd., 2. Aufl., Tübingen 1965

Gablers, Wirtschaftslexikon, Hrsg. von R. Sellien und H. Sellien, 1. Bd., 8. Aufl., Wiesbaden 1971

Gahlen, B., Wachstumstheorie, Arbeitsunterlagen, Münster Sommersemester 1970

Garantien für Kapitalanlagen, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1962

Gekker, P., Die sowjetische Hilfe für Entwicklungsländer, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, a.a.O.

Giesecke, H., Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, Risiken und Chancen, (Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs), Nr. 18, Hamburg 1963

Derselbe, Schutz von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftsdienst, Heft 12, Hamburg 1958

Goharin, M., Die Darlehenspolitik der Weltbank, insbesondere gegenüber den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, (Diss.), Winterthur 1961

Guth, W., Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Tübingen 1957

Derselbe, Entwicklungspolitik in der Krise, (Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), Hrsg. von H. Giersch, N.F. 72, Tübingen 1972

Halm, G., Geld, Außenhandel und Beschäftigung, aus dem Amerikanischen übersetzt von W. Diehm, 3. völlig neu bearbeitete Aufl., München 1957

Hamilton, A., Report on Manufactures, in: Papers on Public Credit, Commerce and Finance, ed. by S. McKee, New York 1934

Handbuch der Entwicklungshilfe, III D-40, zit. nach H. Bräker, Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, a.a.O.

Handel und Entwicklungsförderung, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

Hautmann, K., Grundlagen und Ziele der Entwicklungshilfe, Der deutsche Unternehmer in einer veränderten Wirtschaftsordnung, Herne und Berlin 1962

Helmstädter, E., Kapitalexport nach Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1960

Hemmer, H.-R., Die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Hrsg. von A. Kruse, 92. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin 1972

Hesse, H., Der Außenhandel in der Entwicklung unterentwickelter Länder unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, (Diss.), Tübingen 1961

Hesse, H. und Gahlen, B., Das Wachstum des Nettoinlandsprodukts in Deutschland, 1850-1913, Berechnung von makroökonomischen Produktionsfunktionen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 121. Bd., Tübingen 1965

Hesse, K., Das System der Entwicklungshilfen, Berlin 1969

Hinshaw, R., Foreign Investment and American Employment, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXVI, 1946

Hoffmann, W., Die Entwicklung von Kapitalkoeffizient und Lohnquote im wirtschaftlichen Wachstum, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 180. Bd., Stuttgart 1967

Hoffmann, W., Entwicklungsländer, in: Staatslexikon, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. völlig neubearbeitete und erweiterte Aufl., Freiburg 1958

Dersebe, Erziehungs- und Forschungsausgaben im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß, Eine Freundesgabe der Wissenschaft für E.H. Vits, Frankfurt am Main 1963

Hoffmeyer, M., Internationale Rohstoffabkommen als Instrument der Weltagrarmärkte, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 102. Bd., 1969

Hosak, W., Der Einfluß der Größe der Entwicklungsländer auf einige wichtige Determinanten ihres wirtschaftlichen Wachstums, Eine empirisch-interregionale Untersuchung, (Diss.), o.O., 1966

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Die Weltbank, IFC und IDA, Arbeitsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, Frankfurt am Main 1963

Jaeckel, J., Neue Finanzhilfe für Entwicklungsländer, Das Abkommen über die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1960

Jäger, O., Ärztliche Hilfe in Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1960

Jaksch, H.J., Der Begriff der "produktiven Kräfte" bei Friedrich List und das heutige Entwicklungsproblem, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), a.a.O.

Jaszi, G., The Measurement of Aggregate Economic Growth, in: Review of Economics and Statistics, Vol. XLIII, 1961

Johansen, L., Production Functions, An Integration of Micro and Macro, Short Run and Long Run Aspects, Amsterdam and London 1972

Jürgensen, H., Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, in: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 16, Berlin 1959

Derselbe, General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1965

Kappenstein, F., Landwirtschaftliche Fachausbildung als Entwicklungshilfe, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

Kerckhoff, G., Die Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, in: Kooperative Entwicklungshilfe, Deutsche und amerikanische Bemühungen beim Aufbau der Entwicklungsländer, (Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik), Hrsg. von H. Besters u.a., 6. Bd., Bielefeld 1969

Keynes, J.M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Deutsche Übersetzung von F. Waeger, Berlin 1952

Klatt, S., Zur Theorie der Industrialisierung, Hypothesen über die Bedingungen, Wirkungen und Grenzen eines vorwiegend durch technischen Fortschritt bestimmten wirtschaftlichen Wachstums, (Buchreihe des Instituts für Industrie- und Gewerbepolitik an der Universität Hamburg), Hrsg. von F. Voigt, 1. Bd., Köln und Opladen 1959

Köhler, U., und Ruf, W., Die Entwicklungshilfe des gaullistischen Frankreich, in: Frankreichs Entwicklungshilfe, Politik auf lange Sicht?, (Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts), 6. Bd., Köln und Opladen 1967

Kohlmey, G., Einige Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Außenhandel, in: Außenwirtschaft und Wachstum, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Hrsg. von G. Kohlmey, Berlin 1968

Kran, W. und Cremer, H.D., Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung und wirtschaftliche Entwicklung, in: Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern, 1. Bd., Stuttgart 1967

Krug, K., Ausbildungshilfe im Entwicklungsland oder in Deutschland, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1960

Kuznets, S., Economic Growth of Nations, Total Output and Production Structure, Cambridge and Massachusetts 1971

Derselbe, Modern Economic Growth, Rate, Structure and Spread, New Haven and London 1966

Derselbe, On Comparative Study of Economic Structure and Growth of Nations, in: The Comparative Study of Economic Growth and Structure, National Bureau of Economic Research, New York 1959

Derselbe, The Economic Requirements of Modern Industrialization, in: Economic Growth and Structure, London 1966

Lary, H.B., Economic Development and the Capacity to Import - National Policies, Lectures on Economic Development, Instanbul 1958, reprinted in: Leading Issues in Development Economic, ed. by G.M. Meier, New York 1964

Derselbe, The Domestic Effects of Foreign Investment, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXVI, 1946

Lauterpacht, E., Drafting of Conventions for the Protection of Investment, in: The Encouragement and Protection of Investment in Developing Countries, Suppl. to International and Comparative Law Quarterly, 1962

Law, A.D., Raw Material Agreements as World Market Instruments in Agriculture, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 108. Bd., 1972

Lewis, W.A.,	Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, in: A.N. Agarwala and S.P.Singh, The Economics of Underdevelopment, London 1960
Derselbe,	The Principles of Economic Planning, London 1952, reprinted in: Leading Issues in Development Economics, ed. by G.M. Meier, a.a.O.
List, F.,	Das nationale System der politischen Ökonomie, Basel und Tübingen 1959
Lorenz, D.,	Über einige Beziehungen zwischen technischem Fortschritt, Außenhandel und Wachstum, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 86. Jahrgang, I. Halbband, Berlin 1966
Maizels, A.,	Industrial Growth and World Trade, London and New York 1963
Margulies, R.,	Unterstützung durch Einfuhr aus Rohstoffländern, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1959
Meyer, J.-U. u.a.,	Die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, Konzept und Kritik einer globalen Entwicklungsstrategie, (Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik), Hrsg. von Karl-Heinz Hottes u.a., 10. Bd., Düsseldorf 1971

Mielitz, R., Studenten aus dem Vorderen Orient, Bericht über eine Studienreise verbunden mit Vorschlägen zur Bewältigung des Ausländerstudiums in Deutschland, (wirtschaft und Wissenschaft, Arbeitsschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft), Essen-Bredeney 1963

Miller, A.S., Protection of Private Foreign Investment by Multilateral Convention, in: The American Journal of International Law, Vol. 53, 1959

Mincer, J., Investment in Human Capital and Personal Income Distribution, in: The Journal of Political Economy, Vol. LXVI, 1958

Morgan, J. and David, M., Education and Income, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXVII, 1963

Muddathir, A., Die Industrialisierung der wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Ein Beitrag zur Lösung des Problems der wirtschaftlichen Unterentwicklung im Rahmen einer horizontalen internationalen Arbeitsteilung, (Volkswirtschaftliche Schriften), Heft 31, Berlin 1957

Namek, S., Der internationale Handel, o.O., o.J.

Nehru, B.k., Vorstellungen über die Entwicklungshilfe aus der Sicht der Entwicklungsländer, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, 1. Aufl., Berlin und Mainz 1966

Nwogugu, E.I., The Legal Problems of Foreign Investment in Developing Countries, Frome and London 1965

Ortlieb, H.D., Ausbildungshilfe - wohin?, Zur Ausbildung von Spezialisten und Führungskräften der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Hrsg. von Erik Boettcher, Tübingen 1964

Osswald, K.D., Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe in ihrer historischen, politischen und wirtschaftlichen Ausprägung, ihre Motivationen und Formen, in: Frankreichs Entwicklungshilfe, Politik auf lange Sicht?, a.a.O.

Ott, A.E., Produktionsfunktion, Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 17, 1959

Derselbe, Technischer Fortschritt, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1959

Page, A., L'Investissement intellectuel, in: Tiers-Monde, Revue Trimestrielle, Janvier-Juin 1962, zit. nach K.D. Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe..., a.a.O.

Pakleppa, H., Zur Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, in: Aspekte der auswärtigen Kulturpolitik in Entwicklungsländern, Hrsg. von W.S. Freund und U. Simson, Meisenheim am Glan 1973

Petralias, N.S., Kritische Beiträge zur Theorie der dualistischen Entwicklung, Meisenheim am Glan 1973

Pincus, J., Economic Aid and International Cost Sharing, United States of America 1965

Poensgen, G., Alte und neue Assoziierungen in Afrika, in: Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, Beiheft zu Nr. 39, 1. Oktober 1965

Predöhl, A., Die sogenannten Entwicklungsländer in der Entwicklung der Weltwirtschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 119. Bd., 1963

Probleme des Investitionsschutzes, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

von Recum, H., Bildungsplanung in Entwicklungsländern, Die Regionalpläne der UNESCO, Einführung und Dokumentation, Braunschweig 1966

Reichert, P., Wie organisieren und finanzieren die Vereinten Nationen die Technische Bildungshilfe?, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1962

Rose, G., Das "Institut für Technische Ausbildung" in Kairo, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und Soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

Rose, K., Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. von K. Rose, Köln und Berlin 1965

Derselbe, Grundlagen der Wachstumstheorie, Göttingen 1971

Ruthenberg, H., Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung, (Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft), Hrsg. von O. Schiller u.a., Sonderheft Nr. 2, Frankfurt am Main o.J.

Scheel, W., Konturen einer neuen Welt, Schwierigkeiten, Ernüchterung und Chancen der Industrieländer, 1. Aufl., Düsseldorf und Wien, 1965

Derselbe, Methoden und Technik der Entwicklungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der Einfuhrförderung, in: Entwicklungspolitik durch Einfuhrförderung, a.a.O.

Schmid, H.M., Entwicklungsländer und internationaler Handel, (Diss.), o.O. 1965

Derselbe, Neue Aspekte der Entwicklungspolitik, in: Die Neue Gesellschaft, Hrsg. von Willy Brandt u.a., 20. Jahrgang, September 1973

Schmidthuber, I., Assoziierung als neue Form der Entwicklungshilfe, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1959

Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 1. Teil, 9. erweiterte Aufl., Tübingen 1961

Derselbe, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 3. Teil, 7. verbesserte Aufl., Tübingen 1962

Schneider, H.K., Wirtschaftspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie, in: Beiträge zur Wachstumspolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 55, 1970

Derselbe, Zur Konzeption einer Energiewirtschaftspolitik, in: Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft, Festschrift für Th. Wessels, Essen 1967

Schneider, H.K. i.V.m. Bals, H. und Bönner, U., Zur Konzeption einer interventionistisch-marktwirtschaftlichen Energiepolitik, Gutachten, als Manuskript vervielfältigt, Münster 1968

Schöllhorn, J., Internationale Rohstoffregulierungen, Berlin und München 1955

Schubert, H., Langfristige Finanzhilfe an Entwicklungsländer, Die Einzelheiten des Verfahrens der deutschen Maßnahmen, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1961

Schultz, Th., Investment in Human Capital, in: The American Economic Review, Vol. LI, 1961

Schuster, H., Direktinvestitionen und Zahlungsbilanz in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (bisher Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Hrsg. von A. Kruse, 93. Jahrgang, 2. Heft, Berlin 1973

Seidenfus, H. St., Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, (Schriften des Vereins für Socialpoltik), N.F. Bd. 30/I, 1964

Siebert, H., Zur Frage der Distributionswirkungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 54, 1970

Singer, H., Direkte und Indirekte Entwicklungshilfe, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, a.a.O.

Snyder, E., Protection of Private Foreign Investment, Examination and Appraisal, in: The International and Comparative Law Quarterly, Vol. 10, 1961

Sohn, K.-H., Entwicklungspolitik, Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe, München 1972

Derselbe, Zur Einkommens- und Verteilungspolitik in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 25. Jahrgang, Köln 1972

Sohn, L.B. and Baxter, R.R., Responsibility of States for Injuries to the Economic Interests of Aliens, in: The American Journal of International Law, Vol. 55, 1961

Solow, R.M., Technical Change and the Aggregate Production Function, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 39, 1957

Soltow, L., The Distribution of Income Related to Changes in the Distributions of Education, Age and Occupation, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XLII, 1960

von Spindler, J., Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart 1963

Stolper, W.F., Budget, Economic Policy, and Economic Performance in Underdeveloped Countries, (Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), Hrsg. von H. Giersch, N.F. Bd. 69, Tübingen 1971

Technische Hilfe an 74 Länder, Kapitalhilfe an 38 Länder, in: Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Baden-Baden und Bonn 1962

Thiessen und Cordemann, G., Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer und Auslandsinvestitionen, in: Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern, (Schriften des Vereins für Socialpolitik), N.F. Bd. 60, 1971

Timm, H., Staat, Wachstum und Preisniveau, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 119.Bd., 1963

Titzrath, A., Wirkungen internationaler Kapitalbewegungen auf Einkommen und Beschäftigung, Studie zum Stand der Transfertheorie, (Diss.), o.O., o.J.

Tuchtfeldt, E., Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, a.a.O.

United Nations, Economic Bulletin for Latin America, Santiago 1964

Dieselbe, Foreign Capital in Latin America, New York 1955

Dieselbe, International Flow of Long-term Capital and Official Donations 1951-1959, New York 1961

Veith, W., Schutz privater Auslandsinvestitionen, in: Außenhandelsdienst der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände, Nr. 36, Frankfurt am Main 1960

Vente, R.E., Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 1. Bd., Ein Überblick über die technische Hilfe - insbesondere die Ausbildungsprogramme in Industrieländern - Internationaler Organisationen, Europäischer Länder und der USA, Baden-Baden und Bonn 1961

Derselbe, Die technische Hilfe für Entwicklungsländer, 2. Bd., Möglichkeiten und Grenzen der Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer in Industrieländern, Baden-Baden und Bonn 1962

White, G., Nationalization of Foreign Property, London 1961

Wirtschaft und Statistik, Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, 4. Jahrgang N.F., 1952

Zahn, J.C.D., Die Weltwirtschaft als Operationsbasis der nationalen Wirtschaft, in: Offene Welt, (Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft), Jg. 1960, Nr. 65, Köln und Opladen 1960

Zimmermann, H., Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer, gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form, Berlin 1963

Lebenslauf

Mein Name ist Ahmed Aly Doghiem. Ich wurde am 15.1.1935 in Kairo (Ägypten) als Sohn des Kaufmanns Aly Doghiem geboren.

Nach dem Besuch der Gartenschule von 1941 bis 1943 trat ich im Jahre 1943 in die Volksschule ein. Diese Schule verließ ich im Jahre 1948. Von 1948 bis 1954 besuchte ich die Abbassiah Sekundärschule und bekam im Juni 1954 mein Abitur. Vom Oktober 1954 bis Mai 1958 studierte ich Volkswirtschaft an der Universität Kairo. Im Juni 1958 bekam ich Handels-Bakkalaureus ("Bachelor of Commerce"), Fachrichtung Wirtschaft. Dann leistete ich 1 1/2 Jahre Militärdienst ab, und zwar von April 1959 bis Ende Oktober 1960.

Im Mai 1961 kam ich nach Deutschland, um hier weiterstudieren zu können. Im Sommer-Semester 1961 erlernte ich an der Universität Heidelberg die deutsche Sprache. Mit dem Winter-Semester 1961-1962 begann ich mein wirtschaftswissenschaftliches Studium in Deutschland an der Universität Hamburg. Im Sommer-Semester 1962 und im Winter-Semester 1962-1963 studierte ich an der Universität Heidelberg weiter. Vom Sommer-Semester 1963 an setzte ich mein Studium an der Universität Münster fort. Im November 1966 wurde mir der akademische Grad "Diplom-Volkswirt" von der Universität Münster verliehen. Seit Oktober 1967 schreibe ich meine Dissertation. Inzwischen habe ich mehrere Monate in verschiedenen Branchen arbeiten müssen.